

GEORG HOFFMANN / HERBERT MATIS

„Pecunia est nervus rerum gerendarum“
Die Budgetierung der Akademie der Wissenschaften
1847–1945

Vorbemerkung

Dieser Artikel stellt eine Vorstudie zu der von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften beabsichtigten Veröffentlichung der Akademiegeschichte anlässlich ihres 175. Jubiläums dar. Es wird hier erstmals die finanzielle Dotierung dieser national wichtigsten außeruniversitären Forschungseinrichtung vornehmlich anhand der in der Institution selbst vorhandenen Quellenbestände für deren erstes Centennium erhoben; ein zweiter Teil, der die Entwicklung nach 1945 behandelt, wird in einer gesonderten Publikation folgen.

Es handelt sich also gewissermaßen um ein *Work in Progress*, das einen Teilbereich der geplanten Gesamtgeschichte der Akademie zum Gegenstand hat, für dessen Darstellung methodisch ein finanz- und wirtschaftshistorischer Zugang notwendig ist. Zentrale Forschungsfragen waren erstens die Entwicklung der Höhe der Einnahmen und Ausgaben und deren sachliche Aufgliederung in einzelne Positionen, zweitens die Aufteilung der Mittel auf die Gesamtakademie, die beiden Klassen sowie die einzelnen Forschungseinrichtungen, drittens die Herausarbeitung einer möglichen Koinzidenz zwischen finanziellen Zuwendungen und wichtigen Zäsuren in der Forschungspolitik der Akademie durch Verknüpfung der Finanzdaten mit konkreten Forschungsaufgaben und viertens die Rolle wirtschaftsexogener Faktoren auf die finanzielle Dotierung der Akademie.

Die Basis und damit essenzieller Teil der Budgetanalyse war zunächst die Anlage einer Datenbank, in der alle relevanten Budgetziffern detailliert erfasst wurden und die anschließend *online* abrufbar gemacht werden soll. Die nachfolgende Darstellung ist somit als erster Überblick über die Entwicklung der Budgetierung der Akademie in der Periode 1847–1945 zu verstehen.

Grundlagenforschung, wie sie die Österreichische Akademie der Wissenschaften von ihrer Gründung an betreibt, kann nicht über eigene Erträge finanziert werden, sondern bedarf in einem hohen Maß der direk-

ten und indirekten finanziellen Unterstützung durch die öffentliche Hand. Die Wertschätzung, die einer wissenschaftlichen Institution jeweils entgegengebracht wird, lässt sich zu allen Zeiten nicht zuletzt am Ausmaß dieser Unterstützung festmachen.¹ Umgekehrt ist der Empfänger öffentlicher Mittel dazu verhalten, über deren zweckentsprechende Verwendung auch einen Erfolgsnachweis zu erbringen.² Das sogenannte *Ordinarium*, das vom zuständigen Ministerium dotiert wird, legt dabei die Höhe der jährlichen Zuwendungen fest. Neben der Höhe der finanziellen Beiträge spielen auch die Art und Weise der flexiblen Handhabung und Verfügbarkeit sowie die finanzplanerische Sicherheit und Nachhaltigkeit eine Rolle.³ Eine wichtige Funktion kommt daneben der Finanzierung über Drittmittel zu. Diese stammen zum Teil indirekt ebenfalls aus der öffentlichen Hand, wenn es sich etwa um die Extradotierung von Forschungsaufgaben, Beauftragungen oder um die staatliche Bereitstellung von Infrastruktur (früher etwa Benützung der Staatsdruckerei, Portobefreiung, Gebäudenutzung, Transportmittel, lebende Subventionen durch Bezahlung von Personal aus der Staatskassa) handelt. Auch die Unterstützung der Wissenschaften durch private Stifter, Spender und Subventionsgeber erreichte vor allem in den letzten Jahrzehnten der Monarchie ein nicht unbeträchtliches Ausmaß.⁴ Was jedoch bei der Drittmittel-Akquisition im behandelten Zeitraum generell noch fehlte, war die Möglichkeit, sich im direkten Wettbewerb mit anderen Forschungsträgern um externe Forschungsmittel zu bewerben. Erst mit der Einrichtung des Fonds zu Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) 1967 und dann seit 2007 mit den verschiedenen Grants des European Research Council wurden die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

¹ So ist es durchaus interessant, wenn die staatliche Dotation der Akademie im Vorschlag für das Jahr 1871 mit 63.000 fl öW gleich hoch war wie jene für die Centralkommission und Direction für administrative Statistik. Vgl. Etat 1870, 14. Die tatsächliche Dotation in diesem Jahr belief sich aber wieder auf 42.000 fl öW. Die Wiener Akademie stand bei der Zuteilung der staatlichen Forschungszuwendungen durch das Ministerium für Kultus und Unterricht nicht nur in Konkurrenz zu den Universitäten und Hochschulen, sondern auch zu den Akademien in Prag und Krakau, der Statistischen Zentralkommission, der Geologischen Reichsanstalt und der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik.

² Durch den Abschluss von Leistungsvereinbarungen ist dies in jüngster Zeit auf eine neue vertragliche Ebene gehoben worden.

³ Mitunter steht die exakte Höhe der jährlichen staatlichen Zuwendungen in Form eines verbindlichen Budgetbriefs des zuständigen Ministeriums erst mit mehrmonatiger Verspätung fest.

⁴ Sie ist demgegenüber im heutigen Österreich von untergeordneter Bedeutung, vor allem wenn man einen Vergleich z. B. zu den Vereinigten Staaten oder Großbritannien zieht.

Archivalische Quellen, gesetzliche Grundlagen, Prinzipien der Buchführung

Es ist an dieser Stelle geboten, einerseits auf die Quellsituation und andererseits auch auf die gesetzlichen Grundlagen sowie auf einige technische Probleme bei der Budgetanalyse kurz einzugehen: Die Akademie war seit ihrer Gründung dazu verpflichtet, einen jährlichen Rechnungsabschluss vorzulegen, der vom jeweiligen Generalsekretär⁵ und dem angestellten Buch- und Rechnungsprüfer erstellt und unterschrieben wurde und üblicherweise den Titel „Rechnungsabschluss des Fonds der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften“ trägt. Dieser Rechnungsabschluss war zunächst eine einfache Einnahmen-Ausgaben-Rechnung nach kameralistischen Grundsätzen sowie die Aufstellung einer nicht unmittelbar aus der Buchhaltung abgeleiteten Vermögensbilanz, getrennt nach den beiden Klassen.⁶ Die Kameralistik ist rein Zahlungsstrom-orientiert, indem alle zahlungswirksamen Einnahmen und Ausgaben verbucht werden. Somit herrscht eine Synchronität zwischen Zahlungs- und Vermögensebene. Auf Grundlage des vom zuständigen Ministerium genehmigten Haushaltsvoranschlags wurden die Soll-Einnahmen und -Ausgaben vorgegeben. Diesen Sollvorgaben wurden in der Folge die tatsächlichen Ein- und Auszahlungen, die letztlich den Vorgaben entsprechen sollten, gegenübergestellt.⁷ Allfällige Einsparungen waren Revirement-fähig, konnten also ins nächste Jahr übertragen werden. Eventuelle unverbrauchte Kassenreste wurden üblicherweise kapitalisiert und in Effekten veranlagt.⁸

Bei der kameralistischen Buchführung erfolgen Buchungen über Konto und Gegenkonto: Im „Ist“ erfolgt hierbei die Erfassung der Einzahlungen und Auszahlungen, aus deren Differenz sich der Liquiditätssaldo ergibt. Die Gegenbuchung erfolgt im „Soll“ unter Zuordnung der Einnahmen bzw. Ausgaben zum entsprechenden Konto. Grundsätzlich gilt dabei das Kas-

⁵ Als Generalsekretäre fungierten in dem hier untersuchten Zeitabschnitt: Andreas von Ettingshausen (1847–1850), Anton Schrötter von Kristelli (1850–1875), Heinrich Siegel (1875–1890), Eduard Suess (1890–1893), Alfons Huber (1893–1898), Viktor von Lang (1898–1911), Friedrich Becke (1911–1929), Ludwig Radermacher (1929–1933), Egon Schweidler (1933–1938) und Ernst Späth (1938–1945). Vgl. MEISTER 1947, 257.

⁶ Die einfache Kameralistik erfasst zunächst die tatsächlich realisierten Zahlungsvorgänge (Ist-Buchungen). Darüber hinaus werden in der fortgeschrittenen Verwaltungskameralistik auch Zahlungsvorgänge (Soll-Buchungen) erfasst. In der weiterführenden Betriebskameralistik und in der Erweiterten Kameralistik werden auch Abschreibungen berücksichtigt sowie eine Vermögensrechnung und eine Betriebserfolgsrechnung in das Rechensystem integriert.

⁷ Vgl. § 15 der Statuten von 1847. Alle Änderungen der Statuten und Geschäftsordnungen sind in den jeweiligen Almanachen und bei MEISTER (1947, 220–253) zu finden.

⁸ Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (AÖAW), Buchhaltung Rechnungsabschlüsse, Rechnungsabschluss 1928, II. Teil, 15. März 1929, 10.

senwirksamkeitsprinzip. Demnach ist anders als bei der doppelten Buchführung nur ein bereits erfolgter Zahlungsstrom die Voraussetzung für eine Buchung; im Haushaltsjahr zahlungsunwirksame Vorgänge bleiben außer Betracht. Ausgangspunkt ist der Haushaltsplan (Haushaltsvoranschlag, Budget, Etat), in dem Einnahmen und Ausgaben einer Rechnungsperiode gegenübergestellt werden. Im Haushaltsvollzug trachtet die Verwaltung, dem Haushaltsplan zu entsprechen, worüber die Buchführung eine entsprechende Rechnung legt. Es besteht das Gesamtdeckungsprinzip, d. h., dass den Ausgaben Einnahmen in gleicher Höhe entgegenstehen müssen. Ein unterschiedlicher Betrag zwischen Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt wird durch die Zuweisung an den oder Auflösung von Rücklagen im Vermögenshaushalt in entsprechender Höhe ausgeglichen. Daraus folgt, dass sich unter Berücksichtigung des Vermögenshaushalts die Summen aus Einnahmen und Ausgaben immer entsprechen müssen.

Für die Gebarung der Akademie waren zunächst zwei Paragraphen der Statuten von 1847 maßgebend. Zunächst § 15:

Zu diesem Behufe wird die Akademie jährlich vor dem Eintritte des Verwaltungsjahres einen belegten Voranschlag über ihren Bedarf verfassen, und ebenso nach Ablauf des Jahres einen Gebarungs-Abschluss über die Verwendung der erhaltenen Geldmittel überreichen. Sollte die Jahres-Dotation nach Ablauf des Rechnungsjahres nicht verwendet sein, so verbleibt der Ueberschuss zur Verfügung der Akademie, und wird unter Beirath Unserer Finanz-Verwaltung als eigener Fond der Akademie zinsbar angelegt, ohne dass dadurch eine Verringerung der Dotation eintreten kann.

Weiter heißt es in § 16 der Statuten von 1847:

Die vorfallenden Auslagen, welche nicht systemisiert sind, werden in den periodischen Berathungen von der Akademie geprüft und beschlossen, von dem Präsidenten unter Mitfertigung des Secretärs angewiesen, und von einem hiezu bestellten Beamten, welchem die Gebarung obliegen wird, verrechnet.⁹

Eine Rechnungskontrollkommission wurde erstmals 1871 eingerichtet. In der revidierten Geschäftsordnung von 1899 wurde betreffend der Aufgaben des Generalsekretärs im Hinblick auf die Gebarung Folgendes festgehalten:

Derselbe hat jährlich der Akademie einen belegten Voranschlag über den Bedarf und dessen Bedeckung sowie eine detaillierte Rechnung über die Gebarung mit der Gesamteinnahme der Akademie vorzulegen, welche gedruckt unter die Mitglieder zu verteilen ist. Der Voranschlag sowohl als auch der Gebarungsabschluß werden von der [...] Kontrollkommission geprüft, dem Kurator zur weiteren Prüfung, und im Falle der Genehmigung zur Flüssigmachung der Geldmittel vorgelegt.¹⁰

⁹ Statuten der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften (1847), §§ 15 u. 16.

¹⁰ Geschäftsordnung v. 12. September 1899, § 73.

Der jeweilige Kurator – es waren dies entweder Angehörige des Kaiserhauses oder höchste Repräsentanten der Politik – hatte somit eine wichtige Kontrollfunktion. Als Kuratoren der Akademie wirkten in der Zeit von 1847 bis 1918 Erzherzog Johann (1847–1849), Franz Graf Stadion (März bis April 1849), Alexander Freiherr von Bach (Mai 1849–1859), Erzherzog Rainer (1861–1913), Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este (1913–1914), Erzherzog Eugen (1916–1918). Als deren Stellvertreter¹¹ fungierten Anton Ritter von Schmerling (1861–1893), Karl Ritter von Stremayr (1894–1904) und Ernest von Koerber (1904–1918).¹²

Auf der Einnahmenseite wurden die jährliche Staatsdotations aus der Staats-Zentralkassa,¹³ außerdem extra dotierte Pauschalsätze für Druck-, Pensions-, Infrastruktur- und Verwaltungskosten, Publikationserlöse, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Zinsen und Stiftungserträge, eventuelle Spenden und extra dotierte Durchlaufposten (verschiedene Beauftragungen z. B. für meteorologische Messungen, zurückverrechnete Vorschüsse etc.) verbucht.¹⁴ Auf der Ausgabenseite standen dem diverse Funktionsgebühren und Remunerationen, Beamtenbezüge, Pensionen, Verwaltungsaufwand (Kanzlei, Porto, Zoll, Frachtspesen), Reise- und Präsenzgelder, Kosten für Infrastruktur (Gebäude, Beleuchtung, Beheizung), Honorare und Belohnungen, Investitionen (Anschaffung von Geräten, Karten und Druckwerken), Publikationskosten, Provisionen für den Verkauf und Versand von Druckschriften und Sonstiges gegenüber. Der verbleibende Restbetrag wurde sodann zwischen den beiden Klassen zu gleichen Teilen aufgeteilt, wobei deren jeweils größte Auslagen auf Publikationskosten, Forschungsunterstützungen, Vergabe von Preisen sowie Reisekosten und Honorare entfielen. Ab 1916 wurden dann die Gesamtakademie und die beiden Klassen getrennt budgetiert, wobei die beiden Klassen – abgesehen von laufenden Verwaltungsausgaben – nur mit Zustimmung der Gesamtakademie darüber verfügen konnten.¹⁵

¹¹ Diese Funktion wurde erst 1861 neu geschaffen.

¹² Vgl. MEISTER 1947, 257.

¹³ Diese betrug anfänglich 40.000 fl CM, dann wurde im Zuge der Währungsumstellung von 1859 ein äquivalenter Betrag von 42.000 fl öW gewährt, der dann 1898 auf 50.000 fl öW erhöht wurde. Im Zuge der Einführung der Kronenwährung wurde dieser Betrag auf 100.000 K umgestellt, der in dieser Höhe bis 1908 gewährt wurde. 1909 wurde diese staatliche Zuwendung auf 130.000 K erhöht. Erst 1919 wurde der Inflation während des Ersten Weltkriegs durch eine Aufstockung auf 180.000 K Rechnung getragen.

¹⁴ Ab dem Verwaltungsjahr 1896 wurden bei den Einnahmen aus Stiftungen 3 % als Beitrag für die Verwaltungsauslagen abgeführt.

¹⁵ Vgl. MEISTER 1947, 245.

Auf Wunsch des internen Rechnungswesens ging man 1928 anstelle der kameralistischen auf die doppelte Buchführung über,¹⁶ wobei der endgültige Übergang zu den Grundsätzen des Unternehmensgesetzbuches (UGB) allerdings erst im Jahre 2008 erfolgte, sodass nunmehr auch die Bewertungsvorschriften des Unternehmensgesetzbuches zwingend zur Anwendung kommen. Die doppelte Buchführung stellt der Verrechnung des aktiven und passiven Vermögens eine solche des Eigenkapitals (Differenz zwischen Vermögen und Schulden) gegenüber. Es erfolgt dabei eine integrierte Erfassung aller Bestände (Vermögen und Schulden und deren Veränderungen) im „Verrechnungskreis 1“ sowie eine Erfassung des Eigenkapitals (Gewinn und Verlust sowie Ein- und Auszahlungen in und vom Eigenkapital) im „Verrechnungskreis 2“, wobei die zwei Verrechnungskreise aufgrund der Bilanzgleichung entgegengesetzte Buchungsrichtungen aufweisen. Damit kommt es zu zwei gegensätzlichen Verrechnungskreisen, die beide jeweils von einer Eröffnungsbilanz ausgehen und am Ende des Geschäftsjahres in einer Schlussbilanz zusammenfließen. Die Bilanz stellt somit eine wertmäßige kontenförmige Gegenüberstellung des Vermögens einerseits und der Schulden und des Eigenkapitals andererseits dar. Aus dem bilanzmäßigen Abschluss der beiden Verrechnungskreise ergibt sich somit einerseits eine doppelte Ermittlung des Periodenerfolges (Gewinn bzw. Verlust) und andererseits eine Kontrolle der formalen Richtigkeit der Buchungen (Soll-und-Haben-Gleichheit).¹⁷

Für einen längerfristigen Vergleich der Rechnungsabschlüsse sind dabei die verschiedenen Währungskonversionen zu berücksichtigen, nämlich für die Gulden-Währung (fl) 1859 die Umstellung von Konventionsmünze (CM)¹⁸ auf österreichische Währung (öW),¹⁹ dann 1892 auf Kronen-Währung (K),²⁰ was allerdings erst ab dem Verwaltungsjahr 1900 auch einen bilanzmäßigen Niederschlag fand, denn bis dahin wurden die einzelnen Posten weiter in Gulden österreichischer Währung ausgewiesen. Dann kam 1925 die Umstellung auf Schilling-Währung (öS),²¹ auf die von 1938 bis

¹⁶ Man verwendete dazu das Durchschreibeverfahren System Video nach Heinrich Weiß. Der Rechnungshof erteilte dazu am 16. Oktober 1928 seine Zustimmung. AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse, N. 2.2, 5–8; Rechnungshof Z. 3323/27.

¹⁷ Vgl. EGGER u. a. 2016, 609. Wir danken Prof. Anton Egger für zahlreiche Hinweise und Anregungen.

¹⁸ 1 fl CM entspricht 60 Kreuzern (kr).

¹⁹ 1 fl CM = 1,05 fl öW.

²⁰ 1 fl öW = 2 K.

²¹ 10.000 K = 1 öS. Der per Gesetz (BGBl. 461/1924) mit 1. März 1925 eingeführte Schilling ersetzte die im Zuge der Inflation im und nach dem Ersten Weltkrieg entwertete Kronenwährung. Sein Wert wurde mit 10.000 Papier-Kronen bzw. 0,21172086 Gramm Feingold festgelegt.

1945 die deutsche Reichsmark (RM)²² folgte. Nach Kriegsende kehrte man zum Schilling (ATS) zurück und führte schließlich 2002 den Euro (€)²³ ein. Die Umrechnung ist relativ einfach, solange man sich auf nominelle Zahlenangaben bezieht. Die Herausforderung besteht darin, dass man diese anhand der jeweiligen Kaufkraft deflationieren muss, um einen realistischen Vergleich über die Jahre hinweg zu ermöglichen.²⁴

Eine weitere Schwierigkeit resultiert daraus, dass die jeweils in den Rechnungsabschlüssen erfassten zeitlichen Perioden nicht immer gleich lang sind, also in diesem Fall eigentlich keine tatsächlich vergleichbaren Jahresabschlüsse darstellen. So umfasst etwa die erste Bilanz mit dem Zeitraum vom 1. Juli 1847 bis Ende Oktober 1850 insgesamt 40 Monate. Um eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen, müssen zunächst der auf einen Monat entfallende Betrag herausgerechnet und dieser dann mit der Zahl der betreffenden Monate multipliziert werden. Der nächste Rechnungsabschluss umspannt dann den Zeitraum vom 1. November 1850 bis Ende April 1851, also sechs Monate. Die Rechnungsabschlüsse der Jahre 1851 bis einschließlich 1863 beziehen sich jeweils auf das betreffende „Militärjahr“²⁵, derjenige für 1864 deckt schließlich die 14 Monate vom 1. November 1863 bis Ende Dezember 1864 ab. Erst 1865 geht man auf das sogenannte „Verwaltungsjahr“, mit Beginn 1. Jänner und Ende 31. Dezember, über. Nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich stellte man von der bisher in Geltung stehenden Periode Jänner bis Dezember auf eine Periode April bis März um, sodass es notwendig wurde, ein sich vom 1. Jänner bis 31. März 1939 erstreckendes Interkalar einzuschalten. Im Zuge der Wiedererrichtung der Republik Österreich 1945 ging man dann wieder auf das übliche Verwaltungsjahr zurück.

Zur Finanzgebarung der Akademie der Wissenschaften existieren in deren Archiv²⁶ (Zitat: AÖAW) unterschiedliche Materialien: Bis in die 1930er Jahre hinein gibt es insgesamt 26 archivalische Einheiten von Kontobüchern (A), die über sämtliche Kontobewegungen Auskunft geben.²⁷ Daneben gibt es über die meisten Jahre jährliche Rechnungsabschlüsse (B und C); diese sind entweder gedruckt, handschriftlich, später auch hektogra-

²² 1,50 öS = 1 RM, die Währungskonversion von 1945 erfolgte dann im Verhältnis 1 : 1.

²³ 13,7603 ATS = 1 €.

²⁴ Die Umrechnungen nach Kaufkraftparitäten erfolgen entsprechend den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamts. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass all diese längerfristigen Vergleiche unseres Erachtens problematisch sind und zumeist nur Annäherungswerte liefern können.

²⁵ Das Militärjahr begann jeweils Anfang November eines Jahres und dauerte bis Ende Oktober nächsten Jahres, das Militärjahr 1848 etwa währte von Anfang November 1847 bis Ende Oktober 1848.

²⁶ AÖAW, Buchhaltung, Archivbehelf, bearbeitet von Stefan Siennell.

²⁷ Zitat: AÖAW, Buchhaltung Kontobuch.

phiert oder mit Schreibmaschine geschrieben, und in jüngerer Zeit wurden entsprechende Computerausdrucke abgelegt. Insgesamt handelt es sich um 71 archivalische Einheiten für die Jahre 1847–1996²⁸ sowie 58 Einheiten mit handschriftlichen Reinschriften für die Jahre 1870–1927.²⁹ Seit 1982 werden die Rechnungsabschlüsse durch separate Kostenstellenlisten (D) ergänzt, das sind derzeit 90 Einheiten bis 1994.³⁰ Schließlich ist noch auf den Varia-Bestand (E) hinzuweisen, der neun Einheiten unterschiedlicher Art enthält.³¹

Für die Darstellung der Bilanzen sind vor allem die Rechnungsabschlüsse ein zentraler Quellenbestand. Von 1847 bis 1864 liegen die Rechnungsabschlüsse gedruckt vor, diejenigen von 1865 bis einschließlich 1867 erfolgten handschriftlich in einem vorgezeichneten Formular-Raster; für 1868 fehlt ein eigener Rechnungsabschluss, er ist jedoch im darauffolgenden Jahr inkludiert. Der Jahresabschluss 1869, der wie auch alle folgenden bis inklusive 1904 einen Rückblick auf die beiden vorhergegangenen Jahre enthält, ist wiederum gedruckt; leider sind diese Rückblicke nicht immer vollständig mit den Einzelausweisen ident, sofern diese überhaupt erhalten sind. Für diesen Fall wurde den vorhandenen einzelnen Jahresabschlüssen Priorität eingeräumt. Von 1869 bis einschließlich 1920 und von 1928 bis 1930 sind dann sämtliche Jahresabschlüsse in gedruckter Form vorhanden. Die Abschlüsse von 1921 und 1922 fehlen allerdings gänzlich.³² Hingegen erfolgten die Jahresabschlüsse 1923–1927 wiederum handschriftlich, diejenigen von 1931 bis einschließlich 1946 sind mit Schreibmaschine geschrieben. Alle anderen Abschlüsse seither liegen in gedruckter bzw. digitaler Form vor.

Die Rechnungsabschlüsse sind mitunter fehlerhaft, dazu nur einige Beispiele: Manchmal, so 1852, 1866 und 1867, stimmt der Anfangsbestand nicht mit den Übertrags-Summen aus dem Vorjahr überein, in den Jahren 1866–1871 gibt es Abweichungen bei den Überträgen, auch sind die Druckerlöse bei der philosophisch-historischen Klasse damals nicht erfasst. Passiv-Rückstände und Tilgungen von Passivständen sind manchmal ebenfalls nicht berücksichtigt, Ausgaben werden einmal in „behoben“ und „nicht behoben“ aufgeschlüsselt, dann wieder nicht, die Angaben über Durchlaufposten und den jeweiligen Kassarest fehlen z. B. in den Jahren 1860–1863. Es existieren auch simple Rechenfehler, so etwa 1888 bei den Einnahmen der philosophisch-historischen Klasse ein Plus in Höhe von

²⁸ Zitat: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse.

²⁹ Zitat: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse, Reinschriften.

³⁰ Zitat: AÖAW, Buchhaltung Kostenstellenliste.

³¹ Zitat: AÖAW, Buchhaltung Varia.

³² Diese beiden im Archiv nicht vorhandenen Rechnungsabschlüsse wurden durch Angaben in den Kontobüchern rekonstruiert.

9 fl öW und 1899 bei den Ausgaben der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse ein Minus von 50 fl öW. Im Jahre 1904 decken sich die Gesamtausgaben und die durchlaufenden Ausgaben bei den späteren Belegen nicht, 1909 gibt es bei den Einnahmen einen Rechenfehler von minus 100 K, 1923 werden aufgrund eines Rechenfehlers bei den Einnahmen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse 453.127,60 K zu wenig angegeben. Die Liste ließe sich noch fortsetzen.

Zwar hat Richard Meister in seiner ansonsten durchaus verdienstvollen Darstellung der Akademiegeschichte aus dem Jahre 1947 auch eine Tabelle über die Einnahmen der Akademie vorgelegt.³³ Diese ist aber in jeder Hinsicht problematisch, denn sie weist nicht nur im Einzelnen Fehler auf, sondern führt auf der Einnahmenseite lediglich die fixen staatlichen Dotationen sowie Kostenersätze für Publikationen und den stets gleichbleibenden Erhaltungsbeitrag für das Akademiegebäude an. Auf eine Darstellung der gesamten Einnahmen und auf eine solche der Ausgaben sowie auf die Berücksichtigung der unterschiedlichen Berechnungszeiträume und diversen Währungskonversionen, ganz zu schweigen vom Versuch einer Deflationierung, wird überhaupt verzichtet.³⁴ Auch die an einigen Stellen seiner Darstellung angeführten Zahlenangaben lassen sich nur in den seltensten Fällen archivalisch belegen. In der von Otto Hittmair und Herbert Hunger anlässlich des 150. Bestandsjahres 1997 im Akademieverlag herausgegebenen Darstellung „Akademie der Wissenschaften. Entwicklung einer österreichischen Forschungsinstitution“ finden finanzielle Fragen überhaupt keine Berücksichtigung.

Deshalb wird im vorliegenden Beitrag nunmehr versucht – gestützt auf eine von den beiden Autoren angelegte umfangreichen Datenbank und unter Berücksichtigung von bis ins Detail reichenden Einnahmen- und Ausgabenposten nicht nur für die Gesamtakademie und die beiden Klassen, sondern auch für einzelne Forschungseinrichtungen der Akademie³⁵

³³ Vgl. MEISTER 1947, 339.

³⁴ Wenn man den die Periode vom 1. Juni 1847 bis Ende Oktober 1850 umfassenden ersten Rechnungsabschluss betrachtet, für den MEISTER (1947) lediglich Einnahmen von jährlich 40.000 fl CM ausweist, so sind neben der für die gesamte Periode aufscheinenden staatlichen Dotation von 126.228 fl 25 kr CM auf der Einnahmenseite zusätzliche Erlöse angeführt, nämlich aus dem Verkauf von Druckschriften in Höhe von 2.221 fl 4 kr CM, an Zinsen 10 fl 54 kr CM sowie Durchlaufposten von insgesamt 22.635 fl 12 kr CM. Auf der Ausgabenseite stehen dem die Auslagen der Gesamtakademie (Funktionsgebühren, Besoldung von Mitarbeitern, Investitionen, Reise- und Präsenzgelder, Infrastrukturkosten) in Höhe von 55.797 fl 14 ¼ kr CM sowie die ausgabenwirksame Verwendung der Durchlaufposten gegenüber. Überdies hat die philosophisch-historische Klasse weitere 30.059 fl 51 2/4 kr CM und die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse 36.823 fl 55 kr CM für Publikationen, Reisen, Unterstützung wissenschaftlicher Leistungen und Investitionen in diesem Zeitraum ausgegeben.

³⁵ Für detaillierte Zahlenangaben verweisen wir auf die erstellte Datenbank.

–, eine Darstellung der finanziellen Gebarung auf Basis der archivalischen Quellen zu liefern. Dies geschieht, der Anschaulichkeit wegen, vor allem in Form von Grafiken, während für detailliertere Angaben auf die im Rahmen der für das 175. Jubiläum geplanten Geschichte erstellte Datenbank verwiesen werden muss. Die Bilanzsummen wurden dabei nicht nur nominell, sondern auch in deflationierter Form erfasst. Dabei erschien es allerdings aufgrund politischer und wirtschaftlicher Zäsuren sinnvoll, den Überblick über die finanzielle Gebarung in einzelne Perioden zu untergliedern.

Die finanzielle Gebarung der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1913

Finanzielle Überlegungen im Vorfeld der Akademiegründung

Bereits im Vorfeld der Gründung der Akademie der Wissenschaften wurde die Frage ihrer zukünftigen Finanzierung heftig diskutiert und von mancher Seite auch als Argument gegen die Schaffung einer derartigen Einrichtung genutzt. Schon Gottfried Wilhelm Leibniz, auf den bekanntlich die ersten Überlegungen zur Schaffung einer Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien zurückgehen, hatte sich – im Zusammenhang mit den notwendigen Dotierungen für die vorgesehenen Einrichtungen von Bibliothek, Handschriftensammlung, Druckerei, Laboratorien, Werkstätten und einer eigenen Sternwarte – auch intensiv mit der damit verbundenen Finanzierungsfrage befasst. In einem mit 17. August 1714 datierten Brief an seinen fürstlichen Gönner, den Prinzen Eugen von Savoyen, in dem er nochmals seinen Organisationsplan für die Akademie konkretisierte, schlug er vor, die für die Umsetzung erforderlichen Mittel durch Aufschläge auf Verzehrstuern und Zölle sowie insbesondere durch eine Stempelgebühr für bestimmte Rechtsgeschäfte aufzubringen. Auch schwebten ihm darüber hinaus, zur nötigen Alimentierung des Betriebes, jährliche Dotationen seitens der Erbländer vor. Obwohl Kaiser Karl VI. noch Ende 1715 die Realisierung der Akademie in Aussicht stellte, wies Prinz Eugen in einem mit 30. Jänner 1716 datierten Schreiben, angesichts der permanenten Geldsorgen des Staates infolge des Zweifrontenkrieges gegen Frankreich und das Osmanische Reich, auf Finanzierungsschwierigkeiten hin. Dies führte dazu, dass die Verwirklichung der an sich schon beschlossenen Akademiegründung immer wieder hinausgeschoben wurde.³⁶ Auch die bereits in die Zeit Maria Theresias fallende Initiative des deutschen Gelehrten Johann Christoph Gottsched von 1749 scheiterte nicht zuletzt an diversen finanziellen Restriktionen. Ein relativ detailliertes Finanzierungskonzept lag den Plänen des ebenfalls 1749 vom Präsidenten des „Directorium in

³⁶ Vgl. SEXL 2012.

publicis et cameralibus“ Graf Friedrich Wilhelm Haugwitz mit der organisatorischen Vorbereitung einer „Akademie der Wissenschaften, Künste und angenehmen Kenntnisse in Wien“ beauftragten Staatsbeamten Freiherrn Josef von Petrasch³⁷ zugrunde: Die nötigen Mittel für den laufenden Betrieb, die hauptsächlich auf Personal, Beleuchtung und Papier entfielen, wurden auf 24.000 fl CM geschätzt. Sie sollten aus den Erträgen einer eigenen Buchdruckerei, eines angeschlossenen eigenen Verlags sowie einer ärarischen Schriftgießerei, von der alle Druckereien in den Erblanden ihre Lettern beziehen sollten, aufgebracht werden.³⁸ Andere Überlegungen zielten auch auf Einnahmen aus dem staatlichen Kalendermonopol ab, was aber besonders von den Wiener Verlegern und Buchdruckern abgelehnt wurde. Die vom Oberstkämmerer Graf Johann Josef Khevenhüller-Metsch³⁹ stammende und letztlich ablehnende Stellungnahme zu diesem Vorschlag machte neben dem Zweifel, ob sich überhaupt genügend dafür geeignete Gelehrte in Österreich finden ließen, ebenfalls vor allem finanzielle Argumente gegen eine Akademiegründung geltend.⁴⁰ Es ist dabei freilich schwer zu entscheiden, ob die bestehenden finanziellen Restriktionen real existierten oder bloß als Vorwand dienten, um die Schaffung einer Gelehrtenengesellschaft zu unterbinden, die man aus Gründen der Staatsräson nicht wollte.⁴¹

Die Situation sollte sich auch in der Regierungszeit von Maria Theresia bei einem weiteren Vorstoß der Staatsverwaltung zu einer Neuordnung des gesamten Unterrichtswesens, von der Volksschule bis zur Universität mit dem krönenden Abschluss einer „zu errichten beschlossene[n] Akademie der Wissenschaften“, nicht ändern. 1774 wurden zu diesem Zweck

³⁷ Josef Leopold Freiherr von Petrasch (1714–1772) besaß einschlägige Kenntnisse über die Verwaltung einer Gelehrtenengesellschaft. Der Sohn eines Generals begann seine Laufbahn als Adjutant des Prinzen Eugen und wechselte später als Beamter in das „Directorium in publicis et cameralibus“. Er widmete sich neben der Verwaltung der von ihm erworbenen Herrschaft Neuschloss in Mähren auch der Schriftstellerei und Philologie, legte eine beachtliche Bibliothek mit wertvollen Erstdrucken an und begründete in Olmütz die „Societas incognitorum“, die erste Gelehrtenengesellschaft im Sinne der Aufklärung in den habsburgischen Ländern. Vgl. WURZBACH 1870, Bd. 22, 106ff.

³⁸ Vgl. HUBER 1897, 16ff.

³⁹ Vgl. WURZBACH 1864, Bd. 11, 211f.

⁴⁰ Vgl. MEISTER 1947, 14f.

⁴¹ Metternich drückte die Vorbehalte gegen eine Gelehrtenengesellschaft in einem Brief an Erzherzog Johann, den künftigen ersten Kurator der Akademie, folgendermaßen aus: „Die Gelehrten Republick ist die am schwersten zu regierende [...]“. Zit. n. KADLETZ-SCHÖFFEL 1986, 127. Die Zeitschrift „Vaterländische Blätter für den Österreichischen Kaiserstaat“ fühlte sich daher bemüßigt, in ihrer Ausgabe vom 2. Jänner 1811 im Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer Akademie der Wissenschaften auszuführen: „Die Zeit ist vorbei, wo man mit einigem Schein, aber auch nur Schein des Grundes, sagen konnte: Die Gelehrten sind ein unruhiges Volk, man lasse sie ja nicht zusammen kommen [...]“.

zwei Entwürfe ausgearbeitet, wovon ein Vorschlag, nämlich der des Ex-Jesuiten und Hofastronomen Maximilian Hell,⁴² auch Überlegungen zur Finanzierung beinhaltete. Er schlug vor, die für den Druck und Verkauf von Kalendern an private Buchdrucker erteilten Privilegien künftig an ein akademisches Direktorium zu vergeben.⁴³ Mehrere Kalenderprivilegien wurden eingezogen, und noch 1774 wurde von Hell ein akademischer Kalender herausgegeben, der viel Beifall fand. Der böhmisch-österreichische Hofkanzler Kajetan Graf Blümegen unterstützte in einem Vortrag vom 25. November 1775 den Vorschlag Hells, zur Vermehrung des Absatzes der neuen Kalender den ärarischen Kalenderstempel aufzuheben. Nach den Vorstellungen der Kaiserin sollten auch Erträgnisse aus dem Verkauf des „Wiener Diariums“, Vorläufer der späteren „Wiener Zeitung“, zur Finanzierung verwendet werden.⁴⁴ Der Erlös aus dem gesamten Kalenderwesen sollte einen Fonds für die Erhaltung der künftigen Akademie der Wissenschaften darstellen. Die in Wien niedergelassenen und um ihre Monopolstellung im Kalenderwesen kämpfenden Buchdrucker und Verleger, unter Führung des reichen Verlegers, Buchdruckers und Papierfabrikanten Johann Thomas von Trattner, erhoben dagegen aber Einspruch, und die Kaiserin nahm deshalb davon Abstand.⁴⁵ Die mit den Vorbereitungen zur Gründung einer Akademie betraute Studienhofkommission unter dem Vorsitz des Freiherrn Franz Karl von Kressel wies in ihrem abschließenden Bericht vom 11. Dezember 1775 daher darauf hin, dass „aus Ermanglung eines Fundi“ und „nachdem ferners weder Zeit noch Umstände, noch die zur Ausführung eines so wichtigen Werkes erforderlich scheinende Individuen dermalen vorhanden und in den Vorschlag gebracht seyen“, die Kaiserin „diesen ganzen Antrag zur Errichtung einer Akademie dermalen noch auf sich beruhen zu lassen gnädigst ruhen könnte“.⁴⁶

Der missliche Zustand der Staatsfinanzen war offenbar auch in der Folge ein triftiger Grund, den Plänen zur Schaffung einer kaiserlichen Akademie von staatlicher Seite reserviert zu begegnen. Dies zeigte sich etwa, als sich mehrere Gelehrte, darunter die Professoren Hammer-Purgstall, Baumgartner, Eittingshausen, Jacquin und Littrow, 1837 mit einem neuerlichen Vorschlag an die Staatskonferenz wandten und zur Finanzierung der künftigen Akademie wiederum auf die Idee eines Kalendermonopols bzw. einer sachgebundenen Erhöhung des Kalenderstempels zurückgriffen. Die Kosten für die zukünftige Akademie wurden mit 39.000 fl CM in Voranschlag gebracht, wovon 30.000 fl CM für die Besoldung von Mitgliedern und

⁴² Vgl. PÄRR 2013.

⁴³ Vgl. HUBER 1897, 19.

⁴⁴ Vgl. HUBER 1897, 19.

⁴⁵ Vgl. MEISTER 1947, 16; FEIL 1861, 68f.

⁴⁶ Zit. n. HUBER 1897, 27; MEISTER 1947, 16.

Mitarbeitern und 9.000 fl CM für Sachmittel veranschlagt wurden. Littrow wies auch auf die Möglichkeit hin, durch die Aufnahme von Ehrenmitgliedern „aus den begüterten und höheren Ständen“ gegen eine bestimmte Eintrittssumme oder einen jährlichen Beitrag zusätzliche Mittel zu lukrieren. Er machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die ungarische Akademie auf diesem Wege bereits im ersten Jahre ihres Bestandes ein Stammvermögen von 320.000 fl CM erworben habe.⁴⁷ Tatsächlich erhielt die 1825 zunächst in der ungarischen Krönungsstadt Pozsony (Bratislava/Preßburg) gegründete und später nach Budapest transferierte ungarische Akademie namhafte Zuwendungen, weil sie von den Magyaren als ein nationales Anliegen betrachtet wurde – vor allem auch durch die Widmung von Grundbesitz seitens des ungarischen Adels, insbesondere von Graf István Széchenyi. Damit erlangte diese Akademie eine größere Unabhängigkeit vom Staat als ihr österreichisches Pendant.

Der vorgeschriebene, äußerst komplizierte Instanzenzug sah eine Befassung der Studienhofkommission zwecks inhaltlicher Stellungnahme, dann der vereinigten Hofkanzlei als oberster Verwaltungsinstanz, der allgemeinen Hofkammer als zuständiger Finanzbehörde, der Polizei und Zensurhofstelle, dann erneut der Hofkanzlei und zuletzt die Vorlage des ganzen Konvoluts beim Staatsrat und bei der Staatskonferenz vor. Hinzu kamen noch weitere Hindernisse: Besondere Bedenken wurden gegen diesen Plan einer Akademiegründung vor allem seitens der von der Studienhofkommission zu einer Stellungnahme aufgeforderten niederösterreichischen Landesregierung geäußert. Deren beide Referenten, die Regierungsräte Karl Konstantin von Hoffinger und Baron Franz Xaver Schönaich, sprachen sich dagegen aus, eine neue wissenschaftliche Akademie mit einem doch bedeutenden Kostenaufwand ins Leben zu rufen; sie schlugen als Alternative die Gründung eines privaten Vereins ohne eine staatliche Kostenbeteiligung vor. Dennoch votierte eine klare Mehrheit der Mitglieder der Studienhofkommission zugunsten der Errichtung einer Akademie unter staatlicher Patronanz sowie deren Dotation aus öffentlichen Mitteln. Der amtierende Hofkammerpräsident Josef Freiherr von Eichhoff, der mit dem Projekt sympathisierte,⁴⁸ beantragte daraufhin eine jährliche Dotation von 30.000 bis 40.000 fl CM, was auch den finanziellen Vorstellungen der

⁴⁷ HUBER 1897, 29. Dazu zuletzt: SCHWEIZER 2003.

⁴⁸ In diesem Zusammenhang sei auf einen zeitgenössischen Artikel: „Welche nützlichen und nöthige Anstalten sind der Oesterreichischen Monarchie noch zu wünschen? Gedanken über eine Oesterreichisch-kaiserliche Akademie der Wissenschaften“ hingewiesen, in dem in einer Fußnote ausgeführt wird: „Auf die Staatsfinanzen wird die Akademie der Wissenschaften mit der Zeit höchst wohlthätig zurückwirken – Darum wird sie gewiß ihre wärmsten Freunde in dem Präsidio und den erleuchteten Gliedern der k. k. Hofkammer finden. Die Wissenschaften heben vielfach die Beförderung des innern und äußern Verkehrs (die Staatswirthschaft), und wo dieser Verkehr lebhaft ist, da erntet

Proponenten entsprach. Doch auch diesmal wurde der Plan nicht realisiert, nicht zuletzt weil der Präsident der Polizei- und Zensurhofstelle Graf Josef Sedlnitzky – vor allem wegen der von den Proponenten verlangten Forderung nach einer Selbstzensur (interne Evaluation) der von der Akademie herausgegebenen Schriften durch die Gelehrtenengesellschaft selbst – einer Akademiegründung ablehnend gegenüberstand und die Akten entgegen dem vorgeschriebenen Geschäftsgang nicht der Hofkanzlei, sondern direkt an den damals dem Plan noch sehr reserviert gegenüberstehenden Staatskanzler Fürst Clemens Wenzel Metternich weiterleitete. Es kam durch diese Verzögerung erst rund zehn Jahre später zur tatsächlichen Gründung und Einrichtung der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien.⁴⁹

Als dann am 5. Februar 1846 Kaiser Ferdinand die Genehmigung zur Gründung der Akademie erteilte und eine nach dem Vorschlag von Staatskanzler Metternich zusammengesetzte Kommission mit der Klärung der Einzelheiten ihrer Einrichtung und Ausgestaltung beauftragt wurde, waren die Fragen der Kosten und der Zuweisung der nötigen Räume ein neuerlicher Beratungsgegenstand: Auf der Ausgabenseite waren für das Präsidium Funktionsgebühren von insgesamt 5.500 fl CM vorgesehen, an Sitzungsgebühren für die Mitglieder insgesamt 18.000 fl CM; für das Hilfspersonal waren insgesamt 3.500 fl CM veranschlagt. Hinzu kamen noch einzeln ausgewiesene Sachposten für Preisschriften in Höhe von 3.000 fl CM, Honorare für Abhandlungen mit ebenfalls 3.000 fl CM sowie Erfordernisse für räumliche Unterbringung, Requisiten und Zeitschriften, die mit 7.500 fl CM kalkuliert wurden. Alles in allem ergab sich daraus ein Betrag von 40.500 fl CM. Überdies sollte der Akademie nach erfolgter Bewilligung durch den Hofkammerpräsidenten die unentgeltliche Benützung der Staatsdruckerei für ihre Veröffentlichungen zugestanden werden.⁵⁰ Von ursprünglichen Überlegungen, auch die wirklichen Mitglieder der Akademie zu besolden, ließ man ab, weil „die Akademie keine Versorgungsanstalt, sondern ein Institut zur Pflege der Wissenschaften, zur Aneiferung und Ermunterung der Studien und zur Honorierung ausgezeichneter Leistungen sein soll.“⁵¹

Halten wir zusammenfassend fest: Die jährlichen Kosten für den Betrieb einer Akademie der Wissenschaften wurden von mehreren Seiten auf einen Betrag von rund 30.000–40.500 fl CM geschätzt; für die Aufbringung der dazu nötigen Mittel dachte man einerseits an staatliche Erlöse aus

der Finanzier reichliche Früchte davon ein.“ *Vaterländische Blätter für den Österreichischen Kaiserstaat*, 2. Jänner 1811, 5.

⁴⁹ Vgl. MEISTER 1947, 19f.

⁵⁰ Vgl. MEISTER 1947, 34; HUBER 1897, 45 u. 60.

⁵¹ Zit. n. der Rede von Generalsekretär Schrötter in der Feierlichen Sitzung am 15. Juni 1872, *Almanach 1872*, 119.

dem Kalendermonopol, Aufschläge auf Verzehrssteuern, Zölle und Stempelgebühren und andererseits auch an direkte finanzielle Zuwendungen durch die kaiserlichen Erbländer. Letztlich sollten sich alle alternativen Finanzierungsüberlegungen zugunsten einer Basisfinanzierung durch den Staat zerschlagen.

Budgetplanung und Budgetvollzug

Als die Akademie dann schließlich aufgrund der Allerhöchsten Entschliebung Kaiser Ferdinands vom 14. Mai 1847 tatsächlich ins Leben trat, wurden ihr in der Folge durch den Staat ein jährliches Budget von 40.000 fl CM sowie die kostenlose Benützung der Staatsdruckerei für ihre Veröffentlichungen und für ihre Zusammenkünfte zunächst die Nutzung geeigneter Räumlichkeiten in dem 1815 in Wien gegründeten Polytechnischen Institut zuerkannt.⁵² Hier erfolgten auch die Beratungen zwecks Erstellung der Statuten und Geschäftsordnung.⁵³ Die Feierlichen Sitzungen während des gesamten ersten Jahrzehnts mussten schon aus Platzgründen im Festsaal des niederösterreichischen Landhauses in der Herrengasse abgehalten werden.

Die Anfangsjahre der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften standen unter keinem guten Stern. In ganz Europa herrschte eine wirtschaftliche Depression, gekennzeichnet durch eine strukturelle Krisenlage des Kleingewerbes infolge der zunehmenden Konkurrenz der Industrie. Hinzu kamen die Folgen der Missernten von 1845/46 – wohl als Folge des Ausbruch des Vulkans Fönuaiei im Norden des pazifischen Inselstaates Tonga im Juni 1846, der zu abnormen klimatischen Störungen in ganz Mitteleuropa führte – mit einer darauffolgenden Hungerkrise 1847⁵⁴ sowie die Rückwirkungen einer finanziellen Spekulationskrise in England.⁵⁵ Die missliche ökonomische Situation dürfte am Ausbruch der 1848er-Revolution ursächlich mitbeteiligt gewesen sein.⁵⁶ Aber auch die Revolutionsereignisse selbst, die folgende Währungserschütterung und die politische

⁵² „Die Bestreitung der gesamten Auslagen der Akademie der Wissenschaften finde Ich Mich bestimmt, auf den Staatsschatz zu übernehmen und zu diesem Ende eine nicht zu überschreitende Jahresdotation von 40.000 fl CM zu bestimmen, welche derselben nach Maßgabe des Bedarfes infolge geprüfter Voranschläge zuzuweisen ist. Ueberdieß ist derselben eine angemessene Lokalität in einem Staatsgebäude einzuräumen, bis zu deren bleibenden Ausmittlung die entsprechenden Räume im polytechnischen Institute dazu zu verwenden sind.“ Allerhöchstes Handschreiben an den Oberstkanzler Grafen Inzaghi, dto. Schönbrunn am 10. Mai 1846, zit. n. MEISTER 1947, 216.

⁵³ Vgl. MEISTER 1947, 48f.

⁵⁴ Vgl. ABEL 1986, 57.

⁵⁵ Vgl. MARX 1965, passim.

⁵⁶ Vgl. dazu u. a. BERGMANN 1984.

Unsicherheit bedingten die zusätzliche Lähmung des allgemeinen Geschäftsverkehrs, Absatz- und Produktionsstockungen sowie einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in ganz Europa.⁵⁷ Es ist angesichts dieser ungünstigen wirtschaftlichen Lage immerhin bemerkenswert, dass der österreichische Staat die mit der Gründung der Akademie 1847 übernommenen finanziellen Verpflichtungen pünktlich erfüllte.

Nachdem die ersten Wahlen durchgeführt waren und die Präsidiumsmitglieder ihre Funktionen angetreten hatten, berieten die beiden Klassen am 24. bzw. 25. Jänner 1848 über den statutengemäß zu erstellenden Budgetvoranschlag.⁵⁸

Am 9. Jänner 1849 legte die Akademie dem Finanzministerium eine erste Abrechnung über die Verwaltungsjahre 1847 und 1848 vor, die aber nicht die ungeteilte Zustimmung des k. k. Finanzministeriums und der staatlichen Kameral-Hauptbuchhaltung fand. Das Ministerium monierte in seinem Erlass vom 26. Februar 1849 (Zl. 2036/F. M.) vielmehr, dass die Akademie unbedingt eine Buchführung nach streng buchhalterischen Grundsätzen einführen müsse. Generalsekretär Andreas von Ettingshausen stellte daher den Antrag, „ihm zu bewilligen, daß er sich zu diesem Zwecke der Beihilfe eines geübten Buchhaltungsbeamten bedienen dürfe, welcher gegen eine angemessenen Remuneration in seinen freien Stunden die Rechnungsführung der Akademie in deren Locale zu besorgen hätte“.⁵⁹ Die Höhe dieser Remuneration wurde mit 200 fl CM jährlich festgesetzt, und der Generalsekretär wurde ermächtigt, „ein geeignetes Buchhaltungs-Individuum aufzunehmen“. Mit 1. Juli 1851 übernahm Johann Spitzka diese Funktion, die er bis zu seinem Tode am 6. September 1890 gewissenhaft ausüben sollte.⁶⁰ Spitzka war nebenbei bis 1874 im Hauptberuf in verschiedenen Funktionen als Beamter in der Finanzverwaltung tätig, zuletzt als Direktor im neu geschaffenen k. k. Ministerialzahlamt. Am 12. Dezember 1874 wurde er von der Finanzverwaltung unter zugleich erfolgter Ernen-

⁵⁷ Die unsicheren Verhältnisse in Europa fanden ihren Ausdruck nicht zuletzt in einer Kapitalflucht, von der besonders die Vereinigten Staaten von Amerika profitierten. Diese erlebten einen kolossalen Aufschwung, sodass hier trotz gleichzeitig intensivierter Zuwanderung das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung binnen weniger Jahre von 307,7 Dollar auf 510 Dollar anstieg. ROSENBERG (1934, 36) bringt dazu eine Schätzung des nach den USA transferierten Kapitals.

⁵⁸ Die von MEISTER (1947, 81) für das am 31. Jänner 1848 beschlossene erste ordentliche Budget vorgelegten Zahlen stimmen leider nicht: Er gibt für das Rechnungsjahr 1848 Ausgaben in Höhe von 20.381 fl CM an, nennt demgegenüber aber 9.000 fl CM an Funktionsgebühren, 2.081 fl CM Gehälter der Bediensteten, 9.183 fl CM für Reise- und Präsenzkosten, 160 fl CM für Kanzleibedürfnisse und einen verbleibenden Restbetrag von rund 1.800 fl CM, der zu gleichen Teilen den beiden Klassen zugewiesen wurde.

⁵⁹ AÖAW, A.34, Protokoll der Gesamtsitzung am 4. April 1850.

⁶⁰ Den Rechnungsabschluss 1889/90 erstellte bereits der neue Buchhalter Viktor Streicher, der bis 1925 in dieser Funktion verblieb; ihm folgte bis 1945 Leopold Liegler.

nung zum Rechnungsrat in den Ruhestand versetzt,⁶¹ er übte allerdings seine Tätigkeit an der Akademie noch weitere fast 16 Jahre aus.⁶² Der damalige Generalsekretär Eduard Suess gedachte seiner anlässlich der Feierlichen Sitzung 1891 mit folgenden Worten:

Es ist mir eine Pflicht, an dieser Stelle noch eines Mannes zu gedenken, welcher, obwohl den gelehrten Kreisen nicht angehörend, durch langjährige und treue Dienstleistung sich um die kaiserliche Akademie verdient gemacht hat. Herr Johann Spitzka, k. k. Regierungsrath und Ritter des Franz-Josef Ordens, hat seit dem 1. Juli 1847, d. i. seit dem Bestande der kaiserlichen Akademie, als Buchhalter, Cassier, später auch als Magazinsverwalter in gewissenhaftester Weise durch mehr als 43 Jahre bis zu seinem am 6. September 1890 erfolgten Ableben der Akademie gedient und sich den Anspruch auf ein freundliches Andenken erworben.⁶³

Der erste von Generalsekretär Anton Schrötter gemeinsam mit Buchhalter Johann Spitzka erstellte Rechnungsabschluss der Akademie umfasst die 40 Monate umspannende Periode vom 1. Juli 1847 bis zum Ende des Militärjahres am 31. Oktober 1850 (vgl. Tab. 1). Der Akademie standen für diesen Zeitraum 151.095 fl 35 kr CM zur Verfügung, ein Betrag, der sich aus der Dotation der Staatszentalkasse in Höhe von 126.228 fl 25 kr CM, dem Erlös aus dem Verkauf von Druckschriften mit 2.221 fl 4 kr CM und Zinsen von 10 fl 54 kr CM, insgesamt also 128.460 fl 23 kr CM, zusammensetzte; hinzu kamen noch Durchlaufposten aufgrund von Beauftragungen seitens Dritter in Höhe von 22.635 fl 12 kr CM. Dem standen Auslagen der Gesamtakademie in Höhe von 55.797 fl 14¼ kr CM gegenüber, wobei die größten Ausgabeposten Funktionsgebühren, Reisekosten und Präsenzgelder der Mitglieder sowie die Besoldung des Personals bildeten. Den beiden Klassen wurden jeweils 39.121 fl 11¼ kr CM zugewiesen. Deren hauptsächliche Ausgaben entfielen auf Publikationskosten, Reisegelder, Anschaffung von Geräten sowie Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten.⁶⁴

⁶¹ Vgl. Wiener Zeitung, 22. Dezember 1874.

⁶² Vgl. Wiener Zeitung, 6. September 1890.

⁶³ Almanach 1891, 173.

⁶⁴ Vgl. AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse, Rechnung über die Einnahmen der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften und deren Verwendung für die Periode vom 1. Juli 1847 bis Ende October 1850.

Tab. 1: Rechnungsabschluss vom 1. Juli 1847 bis 31. Oktober 1850
(nominell und umgerechnet in Kronen)

Kaiserl. Akademie d. Wissenschaften	in fl CM	in K
<i>Gesamtakademie</i>		
Einnahmen	151.095 fl 35 kr	302.190,70 K
Ausgaben	-55.797 fl 14 ¼ kr	-111.594,28 K
Ausgaben Durchlaufer	-19.838 fl 35 kr	-39676,70 K
<i>phil.-hist. Klasse</i>		
Einnahmen	39.121 fl 11 ¼ kr	78.242,22 K
Ausgaben	-30.059 fl 51 ¾ kr	-60.119,02 K
<i>math.-nat. Klasse</i>		
Einnahmen	39.121 fl 11 ¼ kr	78.242,22 K
Ausgaben	-36.823 fl 55 kr	-73.647,10 K
Kassarest Akademie	8.576 fl 58 ¾ kr	17.153,16 K

Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse, Rechnung über die Einnahmen der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften und deren Verwendung für die Periode vom 1. Juli 1847 bis Ende October 1850

Während also die ersten drei Jahre der neugegründeten Akademie unter dem Eindruck einer wirtschaftlichen und politischen Krise standen, waren die 1850er Jahre insgesamt eine Reform- und Wachstumsperiode, in der nach Meinung von Werner Sombart „der moderne Kapitalismus definitiv zur Grundlage der Volkswirtschaft gemacht [wurde].“⁶⁵ Sie bedeuteten für Europa somit eine ökonomische Zäsur, und nicht zu Unrecht hat sie Felix Pinner als das „große Jahrzehnt im großen Jahrhundert“⁶⁶ bezeichnet. Nach dem Abbau der politischen Spannungen wurde auch in Europa in verstärktem Ausmaß investiert. Der mit Beginn der 1850er Jahre einsetzende Konjunkturaufschwung hielt dann bis zur Weltwirtschaftskrise von 1857/59 an. Auch Österreich partizipierte an diesem Aufschwung, begünstigt durch zahlreiche Reformmaßnahmen, die das 1848 an die Herrschaft gelangte neoabsolutistische Regime auf wirtschaftlichem Gebiet setzte.⁶⁷ Der österreichische Nationalökonom und Statistiker Carl Freiherr von Czoernig konnte daher mit einiger Berechtigung im Jahre 1858 das Resümee ziehen: „Wer die heutigen Zustände von Gesamt-Österreich nach den Verhältnissen vom Jahre 1847 beurtheilen wollte, der würde einen gewaltigen Anachronismus begehen; er stünde mit seinem Urtheil näher dem Jahre 1758

⁶⁵ SOMBART 1903, 95.

⁶⁶ PINNER 1937, 67.

⁶⁷ Vgl. MATIS 2014.

als dem Jahre 1858.“⁶⁸ Der damals an der Wiener Universität lehrende Lorenz von Stein billigte der Aufschwung-Periode der 1850er Jahre ebenfalls zu, dass „in dem kurzen Zeitraume weniger Jahre [ein] auf das tiefste alle Zweige von Handel und Industrie berührender Wandel“⁶⁹ erfolgt sei. Ein weiterer Zeitzeuge, der Nationalökonom und Journalist Max Wirth, stellte fest, es habe „in jedem Theile des Wirtschafts-Organismus ein anhaltender beschleunigter Fortschritt stattgefunden“.⁷⁰ Auch die Wissenschaftslandschaft veränderte sich in dieser Entwicklungsperiode grundlegend; es setzten unter dem damaligen Minister für Cultus und Unterricht Leo Graf Thun-Hohenstein im Zeitraum 1849–1860 die bekannten Reformen im Unterrichts- und Hochschulwesen ein, bedeutende Gelehrte wurden aus dem Ausland berufen, und mit der Gründung der Akademie der Wissenschaften fand auch die außeruniversitäre Forschung ihre würdige Heimstätte.

Die Akademie erfuhr in dieser Zeit ebenfalls eine recht positive Entwicklung. Dass einige ihrer Präsidiumsmitglieder, wie z. B. Andreas Freiherr von Baumgartner, Anton Schrötter von Kristelli und Andreas Freiherr von Ettingshausen, in dieser Zeit auch öffentliche Funktionen ausübten, blieb nicht ohne positive Rückwirkungen auf die Gelehrtengesellschaft. Andreas von Baumgartner, welcher von 1840 bis 1847 der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn als Präsident vorstand, wurde 1847 auch mit der Leitung der k. k. Staats-Telegrafendirektion betraut und war als solcher maßgeblich daran beteiligt, dass Österreich unter den ersten Staaten Europas war, welche die moderne Telegrafie einführten. Am 8. Mai 1848 wurde ihm die Leitung des neuen Ministeriums für öffentliche Arbeiten übertragen. Es unterstanden ihm damit das Montan- und Hüttenwesen, die Staatsbahnen und das Telegrafwesen, das öffentliche Bauwesen sowie die Arbeitsbeschaffung. Baumgartner legte allerdings bereits am 18. Juli 1848 sein Amt zurück, um einen Monat später als Sektionschef die Leitung der Abteilung für indirekte Steuern im Finanzministerium zu übernehmen. Immerhin hatte er während seiner kurzen Ministertätigkeit versucht, die schlechte Konjunktursituation durch antizyklisch wirksame öffentliche Bauvorhaben zu beleben. Er nahm unter anderem den Ausbau der Semmering-Strecke als reine Adhäsionsbahn unter der technischen Leitung des aus Venetien stammenden Karl Ritter von Ghega in Angriff. Es war dies die erste Gebirgsbahn der Welt – deren Bau dann unter Baumgartners Amtszeit als Handels- und Finanzminister im Jahre 1854, also innerhalb von nur sechs Jahren, abgeschlossen werden sollte. Als Sektionschef hatte er an den Arbeiten zur Reform des österreichischen Zollsystems, das damals vom Prohibi-

⁶⁸ CZOERNIG 1858, Vorrede, IV.

⁶⁹ STEIN 1855, 43.

⁷⁰ WIRTH 1883, 257.



Abb. 1: Anton Schrötter, 1853

tiv- zum Hochschutzzoll umgestellt wurde,⁷¹ sowie des Münzwesens einen namhaften Anteil.⁷² Der neue Ministerpräsident Freiherr von Bach berief ihn daher am 23. Mai 1851 als Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten in sein Kabinett, am Ende dieses Jahres wurde ihm zusätzlich das Finanzressort übertragen – eine wirtschaftliche Machtkonzentration, die in der Geschichte der österreichischen Zentralverwaltung wohl einmalig genannt werden darf.⁷³ Für die Akademie wirkte sich die Doppelfunktion als Akademiepräsident und Minister vor allem bei der Förderung der Druckkosten durchaus positiv aus.

Besonders hervorzuheben ist auch, dass der am Wiener Polytechnikum wirkende Chemiker Anton Schrötter von Kristelli seine verantwortungsvolle Funktion als Generalsekretär 25 Jahre hindurch ausübte, was für die Akademie eine bemerkenswerte personelle Kontinuität in der Verwaltung ihrer finanziellen Gebarung bedeutete.

Das Ende des Neoabsolutismus fällt wiederum in die Zeit einer internationalen Wirtschaftskrise in den Jahren 1857–1859. Einige alteingesessene Privat-Bankhäuser fielen dieser Krise zum Opfer, die Produktionsleistung von Industrie und Gewerbe ging signifikant zurück, die angestrebte Sanierung von Staatshaushalt und Währung konnte nicht realisiert werden. Hinzu kamen noch die „bewaffnete Neutralität“ im Krimkrieg 1854 und die militärische Niederlage gegen Frankreich und Piemont-Sardinien 1859, die überdies mit dem Verlust der reichen Lombardei und einer völligen Zerrüttung der Staatsfinanzen endete. Alles in allem fällt die abschließende Beurteilung der neoabsolutistischen Ära in Österreich daher durchaus ambivalent aus: Wenngleich die Bemühungen der Regierenden, das Staatswesen zu reformieren, unverkennbar eine wichtige Zukunftsinvestition waren, konnten – aufgrund der politischen Umstände und insbesondere der Unfähigkeit, die überbordenden Militärausgaben zu reduzieren – die

⁷¹ Vgl. RGBI. 262 vom 8. Dezember 1853; SCHRÖTTER 1866, 156.

⁷² Vgl. SCHRÖTTER 1866, 150f.

⁷³ Vgl. FRITZ 2003, 30–32.

unzweifelhaften wirtschaftlichen Erfolge nur bedingt jene nachhaltige Wirkung zeitigen, die ihnen ansonsten zugekommen wären.⁷⁴

Es ist bemerkenswert, dass in der Folge die Höhe der staatlichen Dotation für die Akademie (Ordinarium) über ein halbes Jahrhundert gleich blieb: Die Akademie erhielt an staatlichen Zuwendungen ab 1848 jährlich 40.000 fl CM,⁷⁵ dann ab 1859 aufgrund der damals erfolgten Währungsumstellung von Konventionsmünze auf österreichische Währung jährlich 42.000 fl öW – ein Betrag, der bis 1897 unverändert blieb. Durch Allerhöchste EntschlieÙung vom 2. Mai 1897 wurde später die Jahresdotation der Akademie auf 50.000 fl öW bzw. 100.000 K und dann ab 1909 auf 130.000 K erhöht.⁷⁶ Derartige außerordentliche Maßnahmen hingen wohl mit dem 50- bzw. 60-jährigen Regierungsjubiläum von Kaiser Franz-Joseph I. zusammen. Später erfolgte Erhöhungen der staatlichen Dotation während des Ersten Weltkriegs entsprangen nicht einer Änderung der Forschungspolitik, sondern sind lediglich als Inflationsausgleich zu verstehen.

Die in den Akademie-Statuten festgehaltene Bestimmung auf unentgeltliche Benützung der Staatsdruckerei wurde von der Akademie in den ersten drei Jahren überhaupt nicht in Anspruch genommen, in der Folge allerdings recht großzügig ausgelegt: Die Auslagen für die Schriften der Akademie⁷⁷ beliefen sich in den Jahren 1851–1866 immerhin auf rund 23.000 bis fast 40.000 fl CM im Jahr; die ordentlichen und außerordentlichen Druckkostenzuschüsse bewegten sich damit auf einem auch in Bezug zum Ordinarium recht hohen Niveau. Akademiepräsident Baumgartner ergänzte als Finanzminister die unentgeltliche Benützung der Staatsdruckerei in einem mit 21. Dezember 1852 datierten Erlass dahingehend, dass auch das dazu nötige Papier durch den Staat finanziert werden sollte. Innenminister Bach,

⁷⁴ Vgl. MATIS 2014, 186.

⁷⁵ Statuten, 1847, § 14: „Zur Bestreitung ihrer Auslagen erhält die Akademie der Wissenschaften aus dem Staatsschatze eine nicht zu überschreitende Jahres-Dotation von 40.000 fl CM, die ihr von dem Präsidium Unserer allgemeinen Hofkammer auf Grundlage geprüfter Voranschläge nach Maßgabe des Bedarfes zugewiesen werden wird.“ MEISTER 1947, 221. Die Statuten bzw. ab 1921 die Satzung wurden jeweils in den Almanachen abgedruckt.

⁷⁶ Nachtrag zu § 14 der Statuten der Kaiserlichen Akademie: „Durch Allerhöchste EntschlieÙung vom 2. Mai 1897 wurde die Jahresdotation der Kaiserlichen Akademie auf 50.000 fl öW (100.000 K) erhöht.“ Und: „Durch Allerhöchste EntschlieÙung vom 20. Mai 1908 wurde die Jahresdotation der Kaiserlichen Akademie auf 130.000 K erhöht.“ MEISTER 1947, 223.

⁷⁷ Dies waren neben den Werken einzelner Autoren in den ersten beiden Jahrzehnten vor allem Sitzungsberichte, Almanach, Anzeiger und Denkschriften der beiden Klassen, *Fontes rerum Austriacarum*, Archiv für Kunde österreichischer-Geschichtsquellen (ab Band XXXIV umbenannt in: Archiv für Österreichische Geschichte), *Monumenta Habsburgica*, Jahrbücher der K. K. Central-Anstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus, Notizenblatt usw. Vgl. Verzeichnis 1869.

zugleich auch der damalige Kurator der Akademie,⁷⁸ nahm 1856 die während der letzten drei Jahre ständig angestiegenen Druckkostensubventionen zum Anlass, um eine Begrenzung dieser Fördermittel mit 33.110 fl CM bzw. 34.765 fl öW vorzunehmen. Allerdings kam es auch in den folgenden Jahren zu einer Überschreitung dieses Betrags. Im Jahre 1860 erfolgte im Zuge von Einsparungsmaßnahmen eine Deckelung der Druckkostensubvention mit 15.000 fl öW, wobei diese allerdings schon kurz darauf auf 20.000 fl öW angehoben werden musste. Die missliche finanzielle Lage nach dem verlorenen Krieg von 1866 führte dazu, dass die Akademie ab 1867 statt der unentgeltlichen Benützung der Staatsdruckerei eine Druckkostenpauschale von 20.000 fl öW erhielt und mit diesem Betrag fortan auch das Auslangen finden sollte. Allerdings wurde es ihr freigestellt, sich jeder beliebigen Druckerei zu bedienen.⁷⁹

Um mögliche Konflikte zwischen den staatlichen Kontrollbehörden und der Akademie zu vermeiden und weil er der Überzeugung war, dass eine selbständige Gebarung innerhalb der von der staatlichen Dotierung festgelegten Grenzen mehr Flexibilität bringen würde, machte der damalige Minister des Inneren Karl Freiherr von Giskra den Vorschlag, dass die Prüfung des Voranschlags und der Gebarung der Akademie nur mehr durch den als Stellvertreter des Kaisers fungierenden Kurator und nicht mehr durch staatliche Behörden erfolgen sollte. Auch die Kassageschäfte sollten nicht länger durch das Ministerialamt des Ministeriums für Inneres, sondern ab 1870 durch die Akademie selbst besorgt werden.⁸⁰

Eine Neufestsetzung der jährlichen Dotierung der Akademie geschah ebenfalls in diesem Erlass des Innenministeriums vom 31. Dezember 1869; die jährliche staatliche Dotation blieb damit bei 42.000 fl öW, die Druckkosten blieben mit 20.000 fl öW gedeckelt, die Kosten für die Gebäudeerhaltung wurden auch für die folgenden Jahre mit 1.000 fl öW festgesetzt. Die Auszahlung des Gesamtbetrags von 63.000 fl öW sollte in vierteljährlichen und im Voraus anzuweisenden Raten erfolgen. Allerdings wurde der Akademie in den Jahren 1872–1876 eine außerordentliche Zuwendung von 6.000 fl öW zwecks Erhöhung des offensichtlich zu gering dotierten Druckkostenbeitrags zugestanden. Dies diente vor allem dem kostspieligen Druck von Illustrationen und Tafeln in naturwissenschaftlichen Publikationen. Ab 1886 erhielt zunächst die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse deshalb eine außerordentliche Dotation von 7.000 fl öW, und

⁷⁸ Dem Rechnungsdepartment des Innenministeriums (Zahl-Amt) waren damals alle Rechnungen zur Prüfung vorzulegen.

⁷⁹ Vgl. MEISTER 1947, 82.

⁸⁰ Vgl. Almanach 1870, 12. Diese stärkere Autonomie entsprach auch den politischen Intentionen des Artikels 17 des Staatsgrundgesetzes von 1867, in dem die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre festgehalten wurde.

ab 1893 wurde diese auf beide Klassen ausgedehnt.⁸¹ Im Jahr 1908 wurden die Druckkostenpauschale auf 50.000 K und der außerordentliche Druckkostenbeitrag für jede Klasse auf 20.000 K erhöht.⁸² Da die Akademie damals noch keinen eigenen Verlag hatte, werden in der Bilanz auch jährliche Provisionszahlungen für Buchhändler ausgewiesen, die ihre Werke vertrieben.⁸³ Zur laufenden jährlichen Dotierung des Forschungsbetriebs kamen noch als reine Durchlaufposten zu betrachtende Einnahmen wie etwa die staatliche Gegenfinanzierung von meteorologischen Beobachtungen, die aus einem eigenen Fonds beglichen wurden. Hinzu kamen noch fortlaufende Unterstützungsbeiträge für große Editionsprojekte der philosophisch-historischen Klasse, wie „*Monumenta Germaniae Historica*“ und „*Thesaurus linguae Latinae*“, die in einer Kooperation mit deutschen Akademien erfolgten. Überhaupt ist festzuhalten, dass größere Forschungsaufgaben, aber auch Langzeitprojekte wie z. B. Editionsprojekte häufig mit Sonderfinanzierungen durch die öffentliche Hand, gemeinsam mit Kooperationspartnern oder auch mit Unterstützung privater Geldgeber bzw. unter dem Aspekt eines *Dual Use* etwa auch durch Zusammenarbeit mit der Kriegsmarine (Novara- und Nordpol-Expedition, Internationales Polarjahr, physikalische, meteorologische und maritime Messungen in der Adria) abgewickelt wurden.

Die durch die militärische Niederlage im Zweifrontenkrieg von 1866 erzwungene Umgestaltung des Kaisertums im Zuge des „Ausgleichs“ von 1867 mit Ungarn führte staatsrechtlich zur Begründung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Dies blieb auch auf Universitäten und Akademien nicht ohne Auswirkungen: Einerseits emanzipierten sich die ungarischen Hochschulen und die Budapester Akademie im Zuge ihrer Magyarisierungs-Politik noch stärker von den wissenschaftlichen Institutionen der anderen Reichshälfte,⁸⁴ andererseits bestand auch in Zisleithanien ein gesteigertes und von der Regierung gefördertes Bestreben nach wissenschaftlicher Emanzipierung von Deutschland.⁸⁵ Daher wurden auch die im Neoabsolutismus begonnenen Reformen des Hochschulwesens in der liberalen Ära fortgesetzt, wobei im Jahrzehnt von 1867 bis 1877 an

⁸¹ Nachtrag zu § 14 der Statuten der Kaiserlichen Akademie: „Durch Allerhöchste Entschliebung vom 6. Jänner 1867 wurde festgesetzt, daß die Akademie statt der unentgeltlichen Benützung der Staatsdruckerei ein Druckkostenpauschale von 20.000 fl erhält, ferner wurde durch Allerhöchste Entschliebung vom 24. April 1886 für die math.-nat. und vom 24. August 1893 für jede der beiden Klassen ein außerordentlicher Druckkostenbeitrag von 14.000 K gewährt.“ MEISTER 1947, 223.

⁸² Allerhöchste Entschliebungen vom 6. Jänner 1867, vom 24. April 1886, vom 24. August 1893 und vom 20. Mai 1908. MEISTER 1947, 223.

⁸³ Nachtrag zu § 14 der Statuten der Kaiserlichen Akademie. Vgl. MEISTER 1947, 223.

⁸⁴ Vgl. MADL 1983.

⁸⁵ Vgl. HÖFLECHNER 1990, 212f.

den österreichischen Universitäten nicht weniger als 131 neue Lehrkanzeln eingerichtet wurden. Die Expansion der Hochschulen erreichte damals einen ersten Höhepunkt. Gleichzeitig kam es auch zu einer stärkeren Ausdifferenzierung von einzelnen Disziplinen und Fächern.⁸⁶

Wenngleich die Kaiserliche Akademie in Wien in dieser Expansionsphase keine Steigerung der staatlichen Dotation erfuhr, so erreichte sie zumindest eine stärkere Selbständigkeit in ihrer Gebarung. Die Akademie war darin bisher nur beschränkt selbständig handlungsfähig gewesen, denn bis zum Jahre 1870 oblag die Kassenführung dem Zahl-Amt des damals für die Akademie zuständigen Ministeriums des Inneren, erst dann übernahm die Akademie die Kassenführung in ihre Eigenverwaltung, wobei nunmehr das Ministerium für Kultus und Unterricht für die Dotierung der Akademie zuständig war. Die Geldzahlungen des Staates blieben während der folgenden Jahre fixiert auf 42.000 fl öW, hinzu kamen noch die Druckkostenzuschüsse sowie eine jährliche Subvention von 1.000 fl öW für die Erhaltung des am 3. Jänner 1857 neu bezogenen Akademiegebäudes am Standort der alten Universität. Dieses war im Zuge der Revolutionsereignisse von 1848 Hauptquartier der aufständischen Akademischen Legion gewesen, wurde dann vom Militär besetzt und bis 1856 zur Stationierung von Truppen weiter militärisch genutzt. Das Gebäude wurde nach vorangegangener Adaptierung, wofür der Staat insgesamt 55.675 fl 54 kr CM aufwendete, am 29. Oktober 1857 durch Innenminister Bach in seiner Eigenschaft als Kurator im Rahmen einer Feierlichen Sitzung an die Kaiserliche Akademie der Wissenschaften übergeben.⁸⁷ Allerdings blieben noch Universitätssternwarte und einige wissenschaftliche Vereine wie die Gesellschaft der Ärzte in Wien, die Geographische und die Numismatische Gesellschaft sowie der Altertumsverein durch einige Zeit im nunmehrigen Akademiegebäude untergebracht.

Staatliche Zuwendungen und sonstige Einnahmen

Bei einer Betrachtung der budgetären Gebarung über den gesamten Zeitraum der Monarchie muss berücksichtigt werden, dass die Akademie neben der direkten und indirekten staatlichen Dotation laufend auch über zusätzliche Einnahmequellen, wie Publikationserlöse, Pensionszuschüsse, Stiftungsbeiträge usw., verfügte. Dadurch scheint die nominelle Steigerung der Einnahmen in dieser Periode durchaus beachtlich; die Einnahmen insgesamt erhöhten sich nämlich von 93.651,86 K (1851) auf 358.410,66 K (1911), fielen dann jedoch wieder auf 276.645,40 K (1918). Zwischen der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunkturlage und den staatlichen Zuwen-

⁸⁶ Vgl. HÖFLECHNER 1990, 212, Fußnote 5.

⁸⁷ Vgl. HUBER 1897, 90f.; MEISTER 1947, 83f.

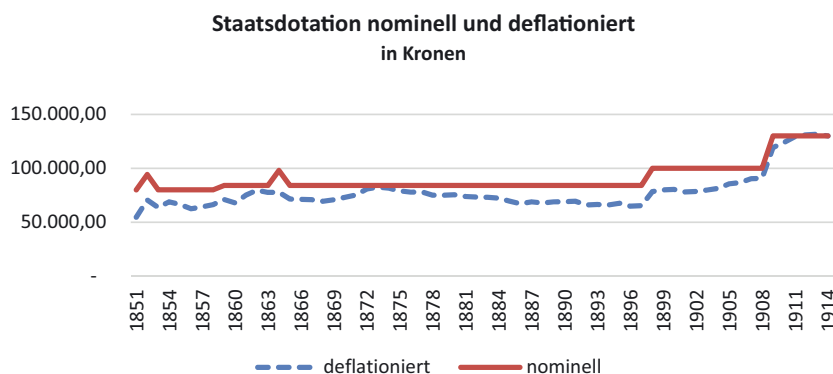


Abb. 2 (Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1851–1914)

dungen ist dabei eine gewisse Korrelation erkennbar: In der Periode des allgemeinen Konjunkturanstiegs während der sogenannten „Gründerzeit“ in den Jahren 1867–1873 erhöhten sich die Einnahmen beispielsweise 1870 auf 165.975,54 K,⁸⁸ sie stagnierten während der „Großen Depression“ 1873–1896, erreichten dann aber im Zuge der positiven Wirtschaftsentwicklung um die Jahrhundertwende beispielsweise 1899 wiederum 259.607,50 K und 1912 sogar 380.394,81 K.⁸⁹ Wenn wir für die *pars pro toto* herausgegriffenen Jahre 1851 und 1911 den Gegenwert in Euro berechnen, so beträgt dieser deflationiert 838.570,73 € bzw. 1.476.651,92 €, d. h., dass sich in diesen sechzig Jahren die Einnahmen der Akademie auch real nahezu verdoppelten.⁹⁰ Im Vergleich zu späteren Phasen in der Akademiegeschichte war die franzisko-josephinische Ära insgesamt durch eine relativ große Preisstabilität gekennzeichnet, was sich allerdings dann bereits während des Ersten Weltkriegs dramatisch verändern sollte.

Den weitaus wichtigsten Beitrag zur Dotierung der Akademie leistete während der gesamten Periode der Staat. Daher soll dieser Teil der finanziellen Zuwendungen sowohl nominell als auch in einer wertberechtigten Form, d. h. unter Heranziehung des vom Österreichischen Statistischen Zentralamt veröffentlichten Verbraucherpreisindex,⁹¹ in Abb. 2 zusammengefasst werden.

Eine Darstellung der Einnahmen und Ausgaben der Akademie insgesamt und davon getrennt der beiden Klassen während der Periode 1851–

⁸⁸ Deflationiert entspricht dies einem Wert von 144.398,72 K.

⁸⁹ Das entspricht deflationiert Werten von 207.686 K (1899) bzw. 383.437,97 K (1912).

⁹⁰ Allerdings machten dann die realen Einnahmen 1918, bedingt durch die Inflation im Ersten Weltkrieg, mit 102.358,80 € weniger als ein Achtel derjenigen von 1851 aus.

⁹¹ Vgl. MÜHLPECK u. a. 1980, 676.

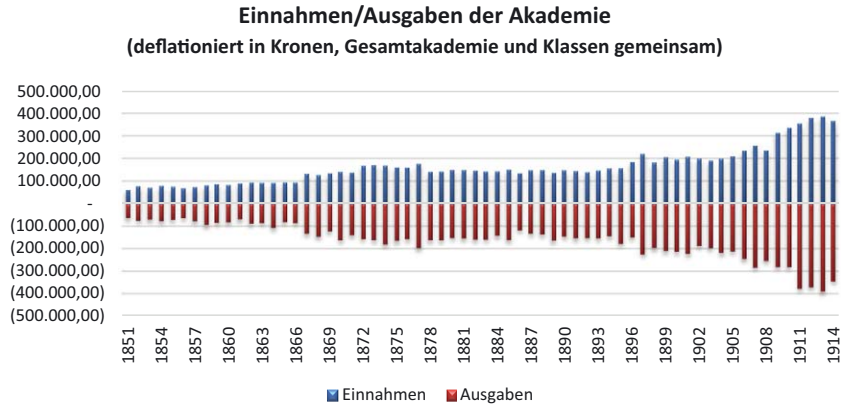


Abb. 3 (Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1851–1914)

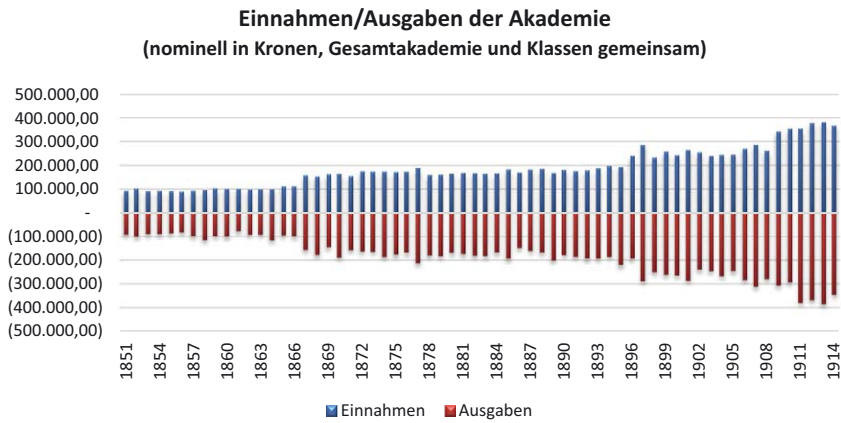


Abb. 4 (Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1851–1914)

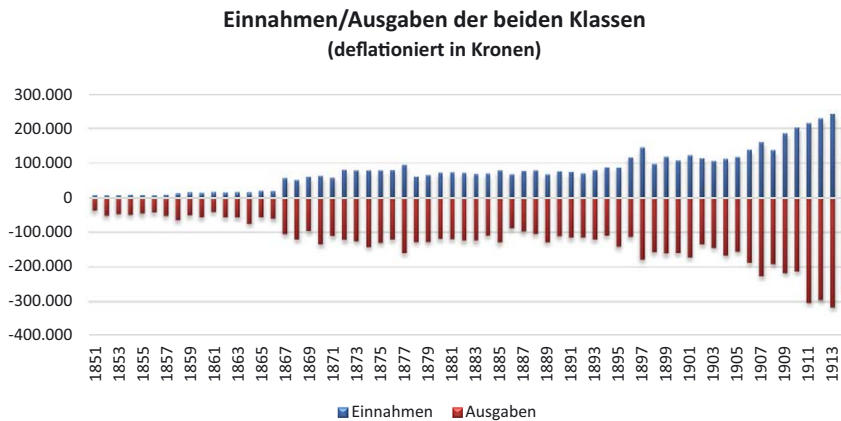


Abb. 5 (Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1851–1914)

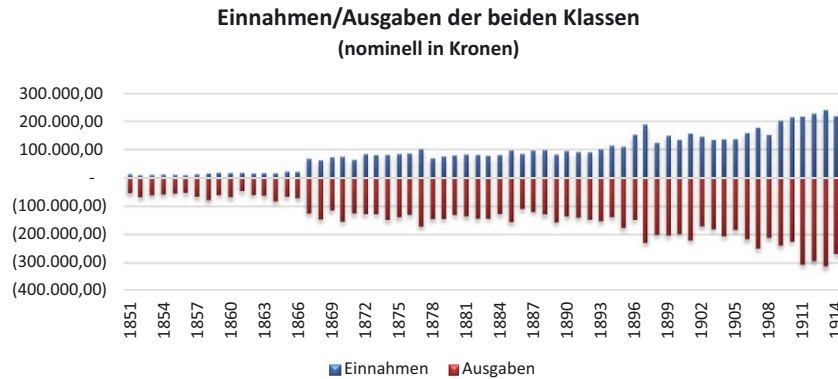


Abb. 6 (Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1851–1914)

1914 erfolgt zwecks besserer Übersichtlichkeit lediglich in grafischer Form (vgl. Abb. 3–6). Auffällig erscheint, dass die Dotierung nach einer ersten kleineren Steigerung in den 1860er und 1870er Jahren erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts einen signifikanten Zuwachs erfuhr. Wegen der geringen Inflation im gesamten Zeitraum zeigen die nominellen und deflationierten Werte lediglich geringe Differenzen.

Es standen zum Teil auch finanzielle Überlegungen dahinter, wenn sich die Akademie häufig nur als Anreger für die Initiierung neuer Forschungsfelder verstand und dann, wenn dieser Zweck erfüllt war, die betreffenden Einrichtungen an andere Trägerinnen und Träger übertrug. Dies war etwa der Fall, als die Akademie sich aufgrund eines schweren Erdbebens im April 1895, das sich insbesondere im heutigen Slowenien bemerkbar machte, entschloss, im Rahmen einer eigenen Kommission ein System von seismischen Stationen in den Kronländern einzurichten. Dieses System bewährte sich, wurde aber 1904, weil die finanziellen Notwendigkeiten die Möglichkeiten der Akademie überstiegen, im Rahmen der ebenfalls aus einer Einrichtung der Akademie hervorgegangenen Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik weitergeführt. Als Grund wurde angegeben, dass sich deutlich erwiesen habe, „worin bei solchen Unternehmungen die Aufgabe der Akademie bestehen konnte: für die Einrichtung künftiger dauernder Anstalten die wissenschaftliche Grundlage durch die erforderlichen Forschungen [...] zu schaffen, während der fernere Betrieb, wenn einmal seine wissenschaftliche Grundlage gesichert war, und die damit zusammenhängenden Verwaltungsgeschäfte besonderen Anstalten übergeben werden müssen, deren Erhaltung nur durch die größeren und stetigen Mittel des Staates möglich ist.“⁹²

⁹² Zit. n. MEISTER 1947, 120.

Die staatlichen Zuschüsse waren jedoch nur ein, wenngleich beträchtlicher Teil der Einnahmen; hinzu kamen noch Zinsen, Verlagseinnahmen, pauschalierte Kostenersätze, Stiftungserträge sowie die Überträge aus dem Vorjahr. Auf der Ausgabenseite hingegen fielen Funktionsgebühren, Infrastrukturaufwand, Investitionen in Geräte und Materialien, Honorare und Publikationskosten sowie Reisen und Präsenzgelder besonders ins Gewicht. Neben der regulären Dotierung der Akademie durch den Staat und diversen Betrauungen in Form von Durchlaufposten im Budget kam es im Verlauf ihrer Geschichte immer wieder auch zu Sonderfinanzierungen im Zusammenhang mit der Übernahme bestimmter größerer Forschungsaufgaben. Dies war erstmals der Fall, als der damalige Oberkommandierende der Marine, Erzherzog Ferdinand Max, die Fregatte SMS Novara⁹³ von 1857 bis 1859, unter dem Befehl des späteren Ehrenmitglieds der Akademie Kommodore Bernhard von Wüllerstorff-Urbair, zu einer Weltumseglung aussandte und die Akademie mit der Planung, Durchführung und Herausgabe der wissenschaftlichen Forschungsaufgaben im Rahmen einer eigens von ihr am 30. Oktober 1856 eingesetzten Kommission beauftragt wurde. Dieser Kommission gehörten die wirklichen Mitglieder Baumgartner, Ettinghausen, Fenzl, Fitzinger, Hyrtl, Kollar, Littrow, Schrötter und Unger von der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse sowie Pfizmaier und Miklosich von der philosophisch-historischen Klasse an. Die beiden Naturwissenschaftler Ferdinand von Hochstetter (Geologie) und Georg von Frauenfeld (Zoologie) wurden von der Akademie nominiert und begleiteten die Expedition. Man versicherte sich bei der Planung auch der Mitwirkung der Geographischen Gesellschaft, der Geologischen Reichsanstalt, der Zoologisch-Botanischen Gesellschaft und der Gesellschaft der Ärzte.⁹⁴ Die wissenschaftliche Planung wurde von der Regierung mit 8.000 fl CM unterstützt, von der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse kamen weitere 6.150 fl 16 ½ kr CM. Für die Bearbeitung und Herausgabe der in den Jahren 1861–1876 erschienenen insgesamt 21 Bände, die nautisch-physikalische, geologische, botanische, zoologische, anthropologisch-ethnographische, linguistische, medizinische und statistisch-

⁹³ Vgl. dazu allgemein BASCH-RITTER 2008. Die wissenschaftlichen Ergebnisse waren äußerst ertragreich und brachten sowohl der Kriegsmarine als auch der Akademie höchste Anerkennung. Selbst Charles Darwin bezog sich in seinem Werk „The Descent of Man, and Selection in Relation to Sex“ (1871) mehrfach auf Ergebnisse dieser Expedition. Als 1859 der Krieg zwischen Österreich mit Frankreich und Piemont-Sardinien ausgebrochen war, wurde der Fregatte von den Feindstaaten freies Geleit auf der Heimreise zugesichert, das Schiff gelangte aber erst nach dem Friedensschluss von Villafranca ins Mittelmeer. Im Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften befinden sich dazu vier Kartons an Akten (Karton 1: Akten der Jahre 1856–1862, Karton 2: 1863–1869, Karton 3: 1870–1878, Karton 4: 1879–1889 u. Varia).

⁹⁴ AÖAW, Novara-Expedition, Karton 1, Zl. 448 u. 449/1857.

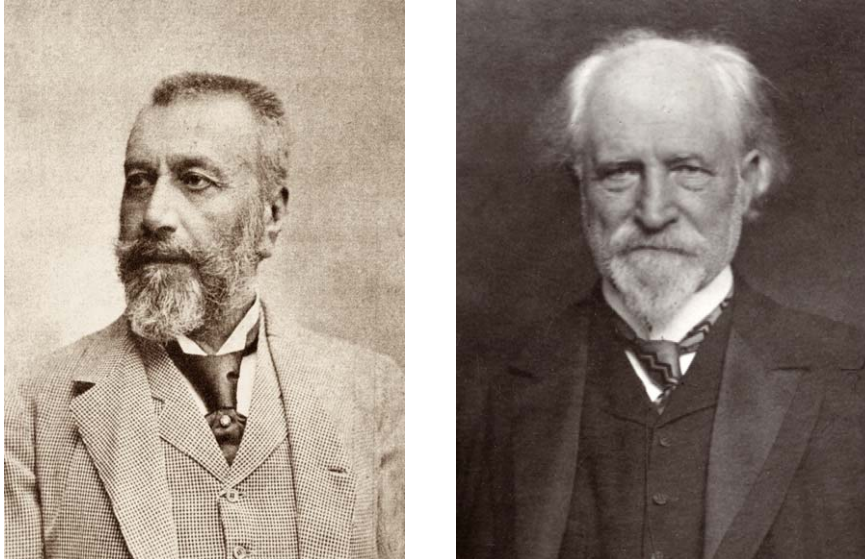


Abb. 7/8: Förderer der Akademie: Hans Nepomuk Graf Wilczek (1837–1922) und Karl Kupelwieser (1841–1925) (Foto: AÖAW, Bildarchiv, P-1691-B)

kommerzielle wissenschaftliche Ergebnisse zum Gegenstand hatten, erhielt die Akademie dann durch vier Jahre hindurch jeweils 20.000 fl CM ausgesetzt. Die Aufstellung, Katalogisierung und Bearbeitung der umfangreichen Sammlungen geschah ebenfalls im Rahmen einer von beiden Klassen beschickten Kommission in den Jahren 1858–1888.⁹⁵ Nach deren Auflösung wurden die Sammlungen dem k. k. Naturhistorischen Museum in Wien übergeben.

Zwei weitere wissenschaftliche Unternehmungen, die 1867 eingesetzte Kommission zur Erforschung der physikalischen Verhältnisse des adriatischen Meeres und 1874 die Veröffentlichung der wissenschaftlichen Resultate der auf Initiative und mit finanzieller Förderung von Hans Graf Wilczek durchgeführten österreichisch-ungarischen Nordpol-Expedition unter Leitung von Carl Weyprecht und Julius Payer, wurden hingegen nicht extra durch die Regierung gefördert.⁹⁶ Auch die Teilnahme Österreichs am Internationalen Polarforschungsjahr 1882/83, in dessen Rahmen unter der Leitung von Korvettenkapitän Emil von Wohlgemuth auf der Insel Jan Mayen östlich von Grönland systematische meteorologische, phy-

⁹⁵ Vgl. MEISTER 1947, 95f., 289 u. 291.

⁹⁶ Eine von Carl Weyprecht 1874 dem Meer übergebene Flaschenpost, in der die Ereignisse dieser Expedition vor der notwendig gewordenen Aufgabe des Schiffes „Tegethoff“ geschildert werden, wurde 1978 von dem russischen Polarforscher Wladimir Serow gefunden und befindet sich heute im Besitz der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

sikalische, zoologische, botanische und geologische Untersuchungen und Messungen durchgeführt wurden, wurde durch Graf Wilczek finanziert.⁹⁷

Sonderdotationen durch Dritte gab es auch für die Herausgabe großer Editionswerke im Rahmen der philosophisch-historischen Klasse wie der „*Monumenta Germaniae Historica*“, des „*Thesaurus linguae Latinae*“ und der „*Regestae Imperii*“.⁹⁸ Aber auch das Ministerium für Kultus und Unterricht förderte durch zusätzliche Mittel: im Zeitraum 1895–1919 die Herausgabe der „*Nuntiaturlberichte aus Deutschland*“ mit 88.810 K, die Unternehmungen der Internationalen Assoziation der Akademien (Realenzyklopädie des Islam, Edition der *Mahābhārata*, *Corpus der griechischen Urkunden*) 1915–1918 mit 57.000 K, Ausgrabungen in Ägypten 1910–1921 mit 56.150 K, Besuch des Botanischen Gartens in Buitenzorg in Java 1898–1913 mit einem jährlichen Reisestipendium von 1.000 K.⁹⁹ Das Ministerium des Äußeren wandte 1881 der Akademie einen Betrag von 1.000 fl öW für die geologische Aufnahme von Montenegro durch Emil Tietze zu, der sich schon bei der gemeinsam mit Johann Mojsisovics von Mojsvár und Alexander Bittner durchgeführten Landesaufnahme von Bosnien-Herzegowina bewährt hatte. Indirekte Förderungen durch die k. u. k. Kriegsmarine erhielten die meereskundlichen und nautischen Forschungen im östlichen Mittelmeer, Marmarameer und Roten Meer, indem diese die beiden Schiffe „*Pola*“ und „*Taurus*“ dafür zur Verfügung stellte – ebenfalls ein frühes Beispiel für Dual-Use-Forschungen.¹⁰⁰ Private Unterstützungen erfuhren auch die teilweise im Auftrag des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht 1875, 1881/82, 1884/85 und 1888 unternommenen archäologischen Forschungsreisen nach Kleinasien. Diese wurden vom Kurator der Akademie, Erzherzog Rainer, den beiden Ehrenmitgliedern und regierenden Fürsten von Liechtenstein Johann II. und Franz I.,¹⁰¹ dem Industriellen Karl Ferdinand Mauthner von Markhoff sowie dem korrespondierenden Mitglied im Inland Grafen Karl Lanckoroński-Brzezie, der selbst an einer der Expeditionen teilnahm, gefördert.¹⁰²

⁹⁷ Vgl. MEISTER 1947, 120f. Graf Wilczek wurde von der Gesamtakademie 1884 zum Ehrenmitglied gewählt.

⁹⁸ Das Ministerium überwies zusätzlich im Zeitraum 1895–1938 an die Direktion des *Thesaurus* in München 148.000 RM. Vgl. FICKER 1948, 42.

⁹⁹ Vgl. FICKER 1948, 42.

¹⁰⁰ Vgl. MEISTER 1947, 124. Die an diesen Unternehmungen beteiligte Kriegsmarine führte diese Reisen vor allem zu Ausbildungszwecken von Offizieren und Mannschaft, aber auch um „*Flagge zu zeigen*“ durch.

¹⁰¹ Auf Betreiben des Fürsten Franz I. von Liechtenstein wurde u. a. 1907 auch das Institut für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien gegründet, das er mit dem Kauf ganzer Bibliotheken in Russland förderte.

¹⁰² Vgl. MEISTER 1947, 116.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfuhren dann bedeutende Forschungseinrichtungen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, wie das Institut für Radiumforschung und die Biologische Versuchsanstalt, großzügige private Unterstützungen. Die Akademie hatte bereits 1901 unter der Obmannschaft des Physikers Franz Serafin Exner eine „Kommission für die Untersuchung radioaktiver Substanzen“ eingerichtet. Wegen ihres exklusiven Zugangsmonopols zu den Lagerstätten von Pechblende (Uraninit) im böhmischen Sankt Joachimsthal (Jáchymov) hatte die Habsburgermonarchie damals eine besondere Stellung in der Gewinnung von Uranerz. Der aus einer begüterten Unternehmerfamilie stammende Karl Kupelwieser, der neben seiner erfolgreichen beruflichen Tätigkeit als Rechtsanwalt und Aufsichtsrat in der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie großes Interesse an naturwissenschaftlichen Forschungen bekundete, widmete nach dem Unfalltod seiner Gattin Bertha, geborener Wittgenstein, 1908 den Betrag von 500.000 K für Bau und Einrichtung eines Instituts für Radiumforschung in Wien. Es war dies nicht nur das erste an der Akademie eingerichtete Institut überhaupt, sondern auch weltweit das erste Institut zur Erforschung der Radioaktivität. Es wurde am 28. Oktober 1910 durch den damaligen Kurator der Akademie Erzherzog Rainer eröffnet. Der laufende Betrieb wurde in den ersten zehn Jahren ebenfalls durch den Stifter subventioniert. Daneben errichtete Kupelwieser 1909 auf seinem eigenen Grundbesitz auch die Biologische Station Lunz am See für limnologische Forschungen, deren Betrieb 1924 von der Akademie übernommen wurde.¹⁰³ Aufgrund einer privaten Initiative kam die Akademie zudem in den Besitz einer modernen biologischen Forschungseinrichtung: Das Vivarium, ursprünglich ein anlässlich der Wiener Weltausstellung von 1873 im Wiener Prater errichtetes und später zu einem Tiergarten erweitertes Schauaquarium, wurde 1903 durch drei junge jüdische Privatgelehrte, nämlich den Zoologen Hans Leo Przibram und die beiden Botaniker Leopold von Portheim und Wilhelm Figdor, aus der Konkursmasse des vorherigen Betreibers angekauft und in eine experimentelle Biologische Versuchsanstalt (BVA) umgewandelt.¹⁰⁴ Diese wurde mit modernsten Geräten ausgestattet und betrieb höchst innovative interdisziplinäre Forschungen auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften. Die drei Wissenschaftler übertrugen schließlich am 1. Jänner 1914 das Gebäude und die gesamte dazugehörige und damals modernste Laborinfrastruktur an die Akademie der Wissenschaften, um der BVA eine gesichertere Zukunft zu ermöglichen. Die drei Gründer wurden als Leiter der einzelnen Abteilungen beibehalten,

¹⁰³ Vgl. MEISTER 1947, 282.

¹⁰⁴ Diese Zuwendungen werden auch unter den unten angeführten Stiftungen ausgewiesen.

während die Akademie ein Kuratorium unter dem Vorsitz des Botanikers Richard von Wettstein als Aufsichtsorgan einsetzte.¹⁰⁵

Forschungsunterstützung durch Stiftungen

Einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der von ihr besorgten Aufgaben leisteten die Stiftungen, die der Akademie entweder von Mitgliedern selbst, von deren Verwandten oder von Freunden und Gönnern zum Großteil in Form von testamentarischen Verfügungen, Widmungen und Schenkungen zugewendet wurden.¹⁰⁶ Diese ergingen entweder an die Gesamtakademie oder eine der beiden Klassen oder waren auch für sachliche Unterstützungen ganz bestimmter Forschungseinrichtungen oder zur Erfüllung ganz eng umrissener Aufgaben gewidmet. Dabei wurde die Akademie manchmal testamentarisch als Universal- oder als Teilerbin eingesetzt, wobei mitunter auch vom Erblasser verfügte Legate zu erfüllen waren.¹⁰⁷ Es handelte sich vielfach um direkte Zuwendungen in Form einer durch die Akademie zu veranlassenden Widmung, um Zinserträge aus Realitätenbesitz oder Erträge aus Wertpapieren (vgl. Tab. 2).¹⁰⁸

Ursprünglich wurden Stiftungserträge häufig zur Ausschreibung von Preisaufgaben,¹⁰⁹ Subventionierung von Publikationen oder Forschungsreisen in bestimmten Forschungsfeldern gewidmet; später stand dann generell die Unterstützung wissenschaftlicher Forschung im Vordergrund, wodurch eine größere Flexibilität bei der Mittelverwendung erreicht wurde. Die ersten beiden Stiftungen der Akademie wurden in den beiden Klassen 1863 eingerichtet: einerseits die Ignaz-Lieben-Stiftung zur Förderung der Physik und Chemie, andererseits partizipierte die Akademie auch zu einem Drittel an der Ausschüttung der Mittel der deutschen juristischen Savigny-Stiftung. Die erste der Gesamtakademie gewidmete Stiftung entstand 1874 aufgrund einer Widmung von Cavaliere Andrea Ponti in Erfüllung einer testamentarischen Verfügung des lombardischen Großgrundbesitzers Girolamo Ponti.¹¹⁰ Die mit 60.000 Lire oder 25.400 fl öW dotierte

¹⁰⁵ Vgl. REITER 1999.

¹⁰⁶ Vgl. Stiftungen 1919.

¹⁰⁷ Vgl. HÖFLECHNER 1990, 214. Diese Auflagen reichten vom Eintritt der Wirksamkeit erst mit erfolgtem Tod der Witwe des Erblassers über eine Leibrente bis hin zur Grabpflege.

¹⁰⁸ Die Akademie verfügte u. a. über Realitätenbesitz in Wien-Leopoldstadt, Czerningasse 17 und 23 und in Wien-Wieden, Prinz-Eugen-Straße 48.

¹⁰⁹ Die Ausschreibung von Preisaufgaben war damals eines der wichtigsten Anliegen, um aktuelle Forschungsfragen zu beantworten und den Fortschritt der Wissenschaften zu befördern.

¹¹⁰ Die Stiftung erging zu gleichen Teilen an die Akademien in Paris, London und Wien. Die Erben fochten dies allerdings wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit des Erblassers an, ihr Einspruch wurde aber gerichtlich abgelehnt. Vgl. HÖFLECHNER 1990, 215.

Ponti-Stiftung war der Akademie zur Verwendung nach freiem Ermessen gewidmet, wobei bei der Vergabe der Mittel die Fächer Mechanik, Agrikulturwesen, Physik und Chemie sowie die Förderung von wissenschaftlicher Reisetätigkeit und Literaturbeschaffung berücksichtigt werden sollten. Umfangreichere Stiftungen für die Zwecke der Gesamtakademie entstanden dann in den Jahren 1911–1917. Die bedeutendste ausschließlich der Gesamtakademie gewidmete Stiftung war 1912 die Erbschaft nach Franz Czermak mit über einer Million Kronen. Der weitaus größte Teil der Stiftungen wurde der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse gewidmet, auf die rund 60% aller Zuwendungen entfielen, während bloß 25% auf die philosophisch-historische Klasse kamen, der Rest auf die Gesamtakademie. Wenn es vom Geldgeber nicht explizit anders bestimmt wurde, versuchte die Akademie eine gleichmäßige Aufteilung zwischen beiden Klassen zu erreichen.¹¹¹

Tab. 2: Stiftungen 1878–1919

Stifter	Art der Stiftung	Stellung zur Akademie	Jahr	Dotierung	Verwendungszweck
<i>Gesamtakademie</i>					
Cavaliere Andrea Ponti	Widmung	priv. Förderer	1878	60.000 Lire	Publikationen u. Preise
Erbschaft Josef Treitl	Wertpapiere, Realitäten	priv. Förderer	1880	1,430.000 fl öW	Astronomie, Erdwissenschaften
Erzherzog Rainer	Widmung	Kurator	1911	100.000 K	Förderung v. Auslandsstudien p. a. 2-mal 2.000 K
Dr. Rudolf Nowak'sche Stiftung	Widmung	priv. Förderer	1911	100.000 K	allg. Förd. d. Wissensch., Klassen alternierend
Erbschaft Franz Czermak	Wertpapiere	priv. Förderer	1912	1,006.660 K	allg. Förd. d. Wissensch.
Legat Böhm-Bawerk	Widmung	Vermächtnis Präsident	1914	100.000 K	allg. Förd. d. Wissensch., Klassen alternierend
Johann-Orth-Stiftung	Widmung	Vermächtnis des Erzherzogs	1915	2.500 K	allg. Förd. d. Wissensch., Klassen alternierend
Legat Skranjka	Widmung	priv. Förderin	1916	6.818 K	Unterstützung f. Forschungsreisen
Erbschaft Strohmeyer-Hakmüller	Widmung	priv. Förderin	1917	52.356 K	allg. Förd. d. Wissensch.

¹¹¹ Vgl. HÖFLECHNER 1990, 214.

Stifter	Art der Stiftung	Stellung zur Akademie	Jahr	Dotierung	Verwendungszweck
<i>math.-nat. Klasse</i>					
Ignaz Lieben'sche Stiftung	Pfandbriefe	priv. Förderer	1863	10.000 fl	Preis für Physik, Chemie
Andreas-von-Baumgartner-Stiftung	Wertpapiere	Vermächtnis Präsident	1868	10.000 fl	Preisschriften
Dr.-Ami-Boué-Stiftung	Wertpapiere, Realitäten	Vermächtnis Mitglied	1887	42.200 fl	Geologie u. Paläontologie
Legat Karl Wedl	Kapitalerträge	Vermächtnis Mitglied	1892	96.450 fl	allg. Förd. d. Naturwissensch.
Viktor-Rt.-v.-Zepharovich-Stiftung	Kapitalerträge	Vermächtnis Mitglied	1893	22.300 fl	Förderung d. Mineralogie
Brüder-Lieben-Zustiftung	Kapitalerträge	Nachtrag zur Stiftung von 1863	1900	36.000 K	Preis für Physik, Chemie, Physiologie
Ludwig-K.-Haitinger-Preis	Kapitalerträge	Vermächtnis Förderer	1904	20.000 K	Physik u. Chemie
Legat Prim. Dr. Franz Scholz	Kapitalerträge	Vermächtnis Förderer	1906	200.000 K	allg. Förd. d. Naturwissensch.
Edmund v. Mojsisovich-Mojsvár	Wertpapiere, Realitäten	Vermächtnis Mitglied	1905	k. A.	
Richard Lieben Jubiläums-Zustiftung	Kapitalerträge	Förderung Mitglied	1909	18.000 K	Preis für Physik, Chemie, Physiologie, Mathematik
Legat Guido Goldschmiedt	Kapitalerträge	Förderung Mitglied	1916	25.000 K	Forschungsförderung d. Chemie
Prof.-Dr.-Josef-Pollak-Preis	Kapitalerträge	Vermächtnis Förderer	1916	10.000 K	Förderung physiologische Akustik
Karl von Kupelwieser	Widmung	priv. Förderer	1908	500.000 K	Institut für Radiumforschung
Leopold von Portheim, Wilhelm Figdor und Hans Przi Bram	Widmung plus Gebäude	priv. Förderer	1914	300.000 K	Biologische Versuchsanstalt, zusätzl. Jahresdotation v. 22.000 K vom Staat
Dr.-Josef-Breuer-Vorlesungen	Widmung	Mitglieder	1912	40.000 K	naturwiss. Anwendungen in Medizin u. Technik

Stifter	Art der Stiftung	Stellung zur Akademie	Jahr	Dotierung	Verwendungszweck
Erbschaft Joseph Seegen	Wertpapiere Realitäten	Vermächtnis Mitglied	1912	1,185.480 K	Förderung d. Stoffwechselphysiologie
Julius-Hann-Preis	Kapitalerträge	priv. Förderer	1919	25.000 K	Preis zur Förderung physikalischer Kenntnisse
<i>phil.-hist. Klasse</i>					
Savigny-Stiftung	Kapitalerträge		1863	10.000 T ¹¹²	juristische Schriften, Preise, Reise-subsvention
Grillparzer-Preisstiftung	Kapitalerträge	priv. Förderer	1872	10.000 fl	Literaturförderung
Friedrich-Diez-Stiftung	Widmung		1879	11.960 M ¹¹³	Förderung d. romanischen Sprachen
Bonitz-Stiftung	Kapitalerträge		1890	2.510 fl	Nachwuchsförderung in klassischer Philologie u. Philosophie
Erbschaft Karl Zatecky, Advokat	Widmung	Vermächtnis Förderer	1895	35.400 K	Altuntersforschung
Monumenta Germaniae Historica	Widmung		1875	k. A.	
J.-F.-Böhmer'scher Fonds	Widmung	Editionsvorhaben Regestae Imperii	1906	43.000 M ¹¹⁴	
Horace Landau	Widmung	priv. Förderer	1911	350.000 K	Nachlass Arabist Eduard Glaser
Legat Jakob Minor	Kapitalerträge	Vermächtnis Mitglied	1913	10.000 K	Preis für neuere deutsche Literaturgeschichte
Dr. Julius Franz Pascha	Kapitalerträge	Widmung d. Witwe ägypt. Architekt	1918	20.000 M ¹¹⁵	Förderung d. islamischen Kunst

Quelle: Stiftungen 1919; fl = Gulden österreichischer Währung; K = österreichische Kronen; M = Deutsche Mark; T = Preußische Taler

¹¹² Das entspricht in heutiger Kaufkraft etwa 283.000 €. Diese und alle folgenden Umrechnungen in Euro nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamts bzw. der Deutschen Bundesbank (vgl. Kaufkraftäquivalente 2018)

¹¹³ Das entspricht etwa 84.916 €.

¹¹⁴ Das entspricht etwa 249.400 €.

¹¹⁵ Das entspricht etwa 68.800 €.

Mitunter gingen die Stifter in ihren Widmungen auch sehr ins Detail. So widmete etwa der Wiener Bürger Josef Treitl¹¹⁶, an den sowohl eine Büste in der Aula der Akademie als auch eine solche in der Säulenhalle der Wiener Universität erinnern, im Jahr 1880 ein überaus stattliches Vermögen von 1,43 Millionen fl öW – bestehend aus einem Portefeuille von 4,5-prozentig verzinslichen Pfandbriefen der Österreichisch-ungarischen Bank sowie der Ersten Oesterreichischen Spar-Casse, Obligationen der Donauregulierungskommission und der Wiener Kommunalanleihe sowie einem Haus in der Wiedner Hauptstraße 27 – der Kaiserlichen Akademie für deren Forschungen auf dem Gebiet der Erdwissenschaften und Astronomie. Für die Verwendung dieser Mittel legte er fest:

Ein Teil des Reinertragnisses dieser Stiftung könnte zur Erforschung der physischen Beschaffenheit der Himmelskörper, ein Teil zur Erforschung der physischen Beschaffenheit des Erdballes und ein Teil zur Erweiterung naturwissenschaftlicher, physikalischer und chemischer Kenntnisse überhaupt verwendet werden; dies näher zu bestimmen, soll jedenfalls der besten Einsicht des leitenden Komitees der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften überlassen bleiben. Die Verherrlichung Gottes durch immer richtigere Erkenntnis seiner wunderbaren Schöpfung in allen ihren Teilen zu fördern und zu diesem Behufe die in den wahren Interessen der Naturwissenschaften gelegenen Forschungen einigermaßen zu unterstützen, ist bei dieser Stiftung mein innigster Wunsch. Ich glaube, mit diesen wenigen Worten meine Absicht hinlänglich gekennzeichnet zu haben, um von der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften jene Unterstützung zu finden, wodurch sowohl Verbreitung von Belehrung und Aufklärung in immer weitere, hierzu nach ihrem Bildungsgrade berufene Schichten der Bevölkerung gebracht, als auch Kräftigung der Moral, Erweiterung gewerblicher Kenntnisse, Vereinfachung der Heilkunst und Erhöhung des materiellen Wohlstandes der Menschheit im allgemeinen, letztere durch Bekanntmachung ihrer zur Benützung geeigneter Entdeckungen wissenschaftlicher Forschungen erreicht werden kann.¹¹⁷

Die Familie des Wiener Großhändlers und Privatbankiers Ignaz L. Lieben widmete nach dessen Tod am 13. März 1862 einen Betrag von 6.000 fl öW, dessen Zinsen einem alle drei Jahre zu vergebenden wissenschaftlichen Preis zugutekommen sollten, der alternierend in den Fächern Physik und Chemie für jeweils eine innerhalb der letzten sechs Jahre erschienene, herausragende Publikation vergeben werden sollte. Liebens Erben stockten diesen Betrag später zweimal jeweils im Zusammenhang mit den Kaiser-

¹¹⁶ An ihn erinnert heute nicht nur eine Gasse in Wien-Wieden, sondern auch eine durch ihn gestiftete Präzisionsuhr in der Aula der Akademie. Der Kaufmann und Wiener Bürger Josef Treitl (1804–1895) war 1848 im Gemeindeausschuss für Wieden und 1861–1884 auch Mitglied des Wiener Gemeinderats. Er war Direktor der Ersten Oesterreichischen Spar-Casse und betätigte sich als Mitglied zahlreicher caritativer Einrichtungen. Vgl. CZEIKE 1997, Bd. 5, 474.

¹¹⁷ Stiftungen 1919, 4f. Aus den Erträgen der Treitl-Stiftung wurde u. a. die Gründung des 1899 durch Siegmund Exner angeregten Phonogrammarchivs ermöglicht. Vgl. MEISTER 1947, 152.

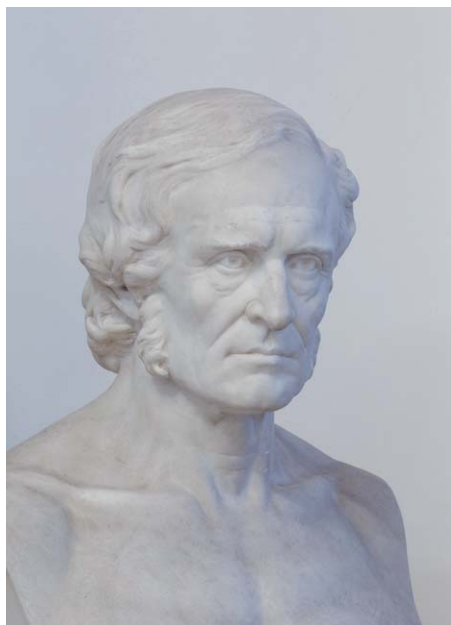


Abb. 9: Stifter Josef Treitl (1804–1895), Büste in der Aula der Akademie (Foto: Hubertl, Wikimedia Commons, CC-BY-SA 4.0)

Regierungs-Jubiläen auf und erweiterten auch die zu begünstigenden Fachbereiche um die Physiologie. Der Akademiepräsident Andreas Freiherr von Baumgartner hinterließ testamentarisch ein Legat von 10.000 fl öW zwecks Verleihung eines Preises, den die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse alle zwei Jahre für eine Arbeit über einen von ihr gewählten Forschungsgegenstand bzw., wenn keine der eingegangenen Preisschriften für preiswürdig erachtet werden sollte, für ein die Physik am meisten förderndes Werk vergeben sollte. Dem Andenken an das verstorbene Akademiemitglied Franz Grillparzer wurde 1872 basierend auf einem Stiftungsbetrag von 50 Stück Prioritäten der Nordwestbahn im Nominale von 10.000 fl öW ein Preis

gestiftet, welcher der Förderung der Literaturwissenschaften dienen sollte.¹¹⁸ Von den Erträgen aller Stiftungen wurde später ein 3-prozentiger Zinsertrag unter den Einnahmen der Gesamtakademie verbucht.

Fünf umfangreiche Zuwendungen ergingen noch vor dem Ersten Weltkrieg an die Wiener Akademie: 1908 übergab der aus einer Industriellenfamilie stammende Rechtsanwalt Karl von Kupelwieser 500.000 K für die Errichtung eines Radiuminstituts in Wien,¹¹⁹ 1911 widmete der Bankier Horace Ritter von Landau 350.000 K für den Erwerb und die wissenschaftliche Bearbeitung der damals noch in München aufbewahrten Sammlung des Südarabien-Forschers Eduard Glaser, 1912 wurden die Erbschaft Joseph Seegen mit 1.792.723 K an die mathematisch-naturwissenschaftliche

¹¹⁸ Zum 80. Geburtstag des Dichters hatte ein Damenkomitee dem Jubilar 100 Stück Vorzugsaktien zum Nominalwert von 20.000 fl öW überreicht, mit der Auflage, dass ein Teil davon in eine Stiftung überführt werden sollte. Nach dem Tode Grillparzers widmete seine Lebensgefährtin Katharina Fröhlich die Hälfte davon der Akademie.

¹¹⁹ Schreiben von Karl Kupelwieser an die Akademieleitung: „Ich verpflichte mich demgemäß hiermit, unter Aufwendung eines Höchstbetrages von fünfhunderttausend Kronen der geehrten Akademie der Wissenschaften in Wien ein der physikalischen Erforschung des Radiums dienendes Gebäude herzustellen und einzurichten [...]“. Zit. n. HÖFLECHNER 1990, 217.

Klasse zur Errichtung eines Instituts für Stoffwechselphysiologie und die Erbschaft Franz Czermak mit 1,006.660 K an die Gesamtakademie gewidmet. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass ein nicht unerheblicher Teil der Stiftungen so angelegt war, dass die Akademie nur über die Kapital-, Miet- oder Zinserträge verfügen konnte, und schließlich war eine Reihe von Stiftungen mit der Erfüllung von Legaten an Dritte belastet. Für die Zeit von 1878 bis 1919 erfolgten insgesamt 36 Zuwendungen an die Akademie, neun davon mit insgesamt 2,849.134 K galten der Gesamtakademie, 17 mit 2,721.380 K der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und zehn mit 420.420 K der philosophisch-historischen Klasse, wozu noch fallweise Zuwendungen aus Kapitalerträgen von deutschen Stiftungen (Savigny, Diez) kamen.¹²⁰

Mithilfe dieser doch recht zahlreichen Stiftungen, Widmungen und sonstigen Zuwendungen von vermögenden Privatpersonen, Mitgliedern und sonstigen Förderern der Wissenschaften war es der Akademie vor dem Ersten Weltkrieg möglich, immer wieder einzelne innovative Projekte oder Forschungsinitiativen auf unbürokratische Weise zu fördern. Angesichts der durch den Krieg ausgelösten inflationären Entwicklungen schmolz allerdings das Stiftungsvermögen vor allem in den 1920er Jahren dramatisch dahin.

Die finanzielle Gebarung der Akademie im Ersten Weltkrieg

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 fand zunächst in der Gebarung der Akademie keinen unmittelbaren finanziellen Niederschlag: Die staatliche Dotation blieb bis 1918 mit 130.000 K auf dem gleichen Stand wie schon 1909 und wurde dann 1919 sogar auf 180.000 K angehoben. Hinzu kamen noch Einnahmen aus pauschalierten Refundierungen für Personalkosten und Infrastruktur sowie Erträge aus Vermietungen und Zinsen, sodass der Akademie nominell ansehnliche Beträge zur Verfügung standen. Die Ausgaben überstiegen allerdings in den Jahren 1916, 1918 und 1919 die Einnahmen, was nur durch Kassaresten aus den Vorjahren ausgeglichen werden konnte (vgl. Tab. 3).

In die Zeit des Ersten Weltkriegs fällt auch die Gründung etlicher neuer Stiftungen: Für die Gesamtakademie waren dies 1914 das Legat des am 17. August des Jahres verstorbenen ehemaligen Präsidenten Eugen von Böhm-Bawerk in Höhe von 100.000 K, 1915 die Stiftung nach Erzherzog Johann Salvator (Johann Orth), 1916 das Legat Skrajnka mit 6.818 K und 1917 die Erbschaft Strohmeier-Hakmüller mit 50.000 K Nominale der 4. Kriegsanleihe und 2.356 K aus dem Verkauf einer Haushälfte zur

¹²⁰ Vgl. Stiftungen 1919.

Förderung der Wissenschaften nach freiem Ermessen. Die beiden letzten Zuwendungen gingen dann wegen der weitgehenden Entwertung des Kapitals in einen bereits 1916 gegründeten Sammelfonds über. In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse kam das Legat nach Guido Goldschmiedt in Höhe von 25.000 K zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten auf dem Gebiete der Chemie zustande. Weitere Widmungen erfolgten durch Josef Pollak 1917 mit 10.000 K für Preise auf dem Gebiet der physiologischen Akustik. Beide Widmungen gingen in den Sammelfonds ein, ebenso die Erbschaft Joseph Seegen 1917 mit 1,185.480 K für Stoffwechselphysiologie und 1919 die Widmung von 26.193 K und 1.000 Mark im Rahmen der Julius-Hann-Stiftung zur Förderung der physikalischen Kenntnisse von der Erde. In der philosophisch-historischen Klasse gingen das Legat Jakob Minor von 10.000 K für einen Preis auf dem Gebiet der Literaturwissenschaft (1918), die Julius-Franz-Pascha-Widmung von 20.000 Mark für Forschungsarbeiten zur islamischen Kunst (1918) und die Erbschaft Anton E. Schönbach (1919) für altdeutsche Forschungen in Österreich mit 18.441 K im Sammelfonds auf.¹²¹

Tab. 3: Einnahmen/Ausgaben 1913–1918 (nominell in Kronen)

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
<i>Gesamtakademie</i>						
Einnahmen	143.752,19	150.013,21	147.058,77	148.243,32	197.366,10	148.102,53
Ausgaben	-73.701,72	-76.603,08	-74.876,22	-126.848,32	-94.259,26	-126.377,59
<i>phil.-hist. Klasse (inklusive Vorjahresrest der Klasse und Beträgen aus dem Überschuss der Gesamtakademie)</i>						
Einnahmen	203.721,45	192.397,28	165.043,81	118.372,44	160.446,73	148.897,06
Ausgaben	-168.132,87	-140.633,84	-114.833,83	-73.861,58	-89.088,50	-119.355,73
<i>math.-nat. Klasse (inklusive Vorjahresrest der Klasse und Beträgen aus dem Überschuss der Gesamtakademie)</i>						
Einnahmen	212.510,96	205.775,12	199.386,74	180.183,89	198.639,16	200.092,67
Ausgaben	-143.634,04	-127.610,55	-94.841,58	-97.695,97	-71.275,47	-94.165,09
Kassarest	164.819,87	211.670,82	226.191,18	223.301,66	290.898,34	253.329,94

Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1913–1919

Die wirtschaftliche Unsicherheit ließ es allerdings geboten erscheinen, eine zurückhaltende Ausgabenpolitik zu verfolgen. Infolgedessen konnte man die gesamte Periode über ansehnliche Kassenreste verfügen, die allerdings aufgrund der laufenden Geldentwertung realiter rückläufig waren. Die größten Ausgabenposten stellten die Gehälter für Mitarbeiter, Funktionsgebühren, Reise- und Präsenzgelder sowie die Kosten für die Infrastruktur dar. Der Differenzbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben der Gesamtakademie wurde auf die beiden Klassen jeweils aliquot aufge-

¹²¹ Vgl. Stiftungen 1919.

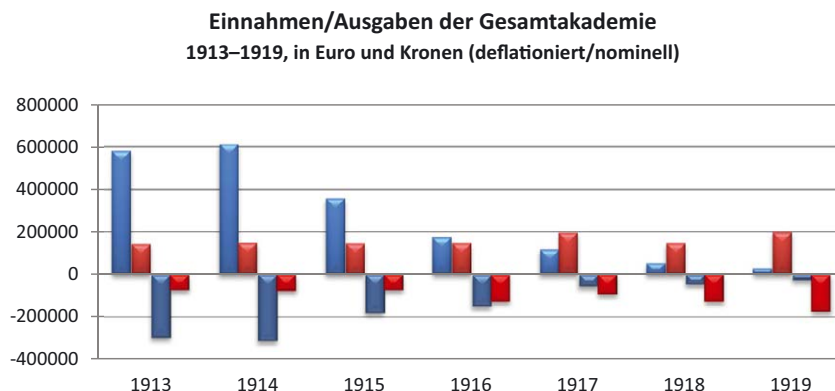


Abb. 10: Einnahmen/Ausgaben der Gesamtakademie deflationiert in Euro (blau) sowie nominell in Kronen (rot), Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1913–1919

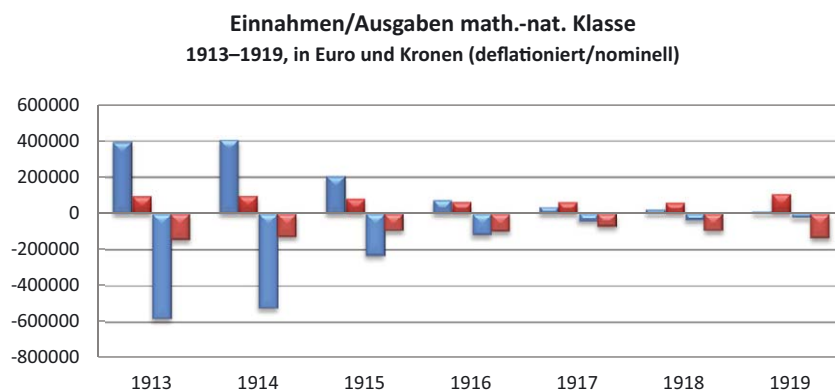


Abb. 11: Einnahmen/Ausgaben der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse deflationiert in Euro (blau) sowie nominell in Kronen (rot), Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1913–1919

teilt, die ihrerseits ebenfalls ihre Einnahmen und Ausgaben bilanzierten. Die staatlichen Zuschüsse für Druckkosten blieben während des gesamten Krieges auf 50.000 K und die außerordentlichen Druckkosten auf 40.000 K fixiert. Allerdings kamen 1916 davon nur 3.516 K zur Auszahlung und in den Jahren 1917 und 1918 jeweils nur 20.000 K. Die Einnahmen waren selbst 1919 noch fast gleich denjenigen des letzten Vorkriegsjahres 1913; wenn man also die nominellen Werte über die Kriegsjahre hinweg vergleicht, so sind keine dramatischen Veränderungen in der Dotierung der Akademie zu erkennen. Dieser Befund ändert sich jedoch, wenn man die Inflationsentwicklung während des Krieges, die trotz diverser Lohn- und Preisstopps beträchtlich war, berücksichtigt und die Beträge auf heutige

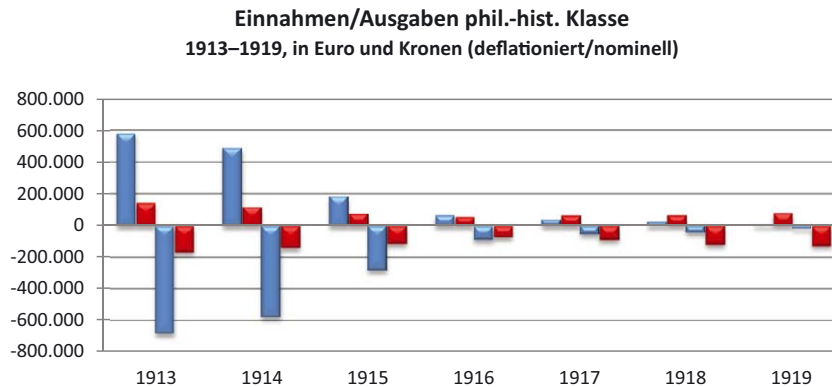


Abb. 12: Einnahmen/Ausgaben der philosophisch-historischen Klasse deflationiert in Euro (blau) sowie nominell in Kronen (rot), Quelle: AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1913–1919

Währung umrechnet. In diesem Fall erkennt man, dass sowohl Einnahmen als auch Ausgaben während des Krieges real stark rückläufig waren.

Wenn man die Einnahmen und Ausgaben deflationiert, so zeigt sich, dass bereits gegen Ende 1914 sämtliche realen Werte einbrachen und auch in den folgenden Jahren weiter dramatisch abnahmen, obwohl dies allein in den nominellen Werten gar nicht zum Ausdruck kommen würde. Lange Zeit verschloss man aber die Augen vor der Tatsache, dass Krone eben nicht gleich Krone war, obwohl der Wert einer Gold-Krone am Ende in aktueller Kaufkraft etwa 10.000 Papier-Kronen entsprach. In Abb. 10–12 wird die finanzielle Gebarung der Gesamtakademie sowie der beiden Klassen in deflationierter Form (und umgerechnet in Euro) dargestellt.

Die Finanzen der „Akademie der Wissenschaften in Wien“ 1919–1938

Der substanzverzehrende militärische Konflikt der Jahre 1914–1918 und seine Folgen erwiesen sich als eine gewaltige Hypothek für die weitere Zukunft. Der Zerfall der Habsburgermonarchie und die territoriale Neuordnung Zentraleuropas nach dem Ersten Weltkrieg brachten das Zerschneiden einer über Jahrhunderte gewachsenen interregionalen Arbeitsteilung mit sich. Die Pariser Friedensverträge hatten in erster Linie politische und nicht ökonomische Überlegungen im Fokus. Sie veränderten die geopolitischen Rahmenbedingungen drastisch, ohne dass man seitens der Siegermächte ernsthaft versucht hätte, die wirtschaftlichen Desintegrationsfolgen zu mindern. Mit der Aufsplitterung des einstigen Vielvölkerreichs in einzelne Nachfolgestaaten gingen neue Grenzziehungen, Währungstrennung,

Kapitalentflechtung, Aufteilung von Staatsvermögen und Staatsschulden, Nationalisierung von Unternehmungen, Um- und Neugestaltung der Infrastruktur einher. Vor allem die 1919 einsetzende Währungstrennung und die defizitäre Handelsbilanz beschleunigten den Verfall der österreichischen Kronen-Währung und damit die Inflation. Die Desintegrationseffekte wurden noch verstärkt durch Nostrifizierungsmaßnahmen und eine protektionistische Handelspolitik in den Nachfolgestaaten, welche durch die Errichtung von Zollschränken die neu gewonnene politische Souveränität zu unterstreichen trachteten.

In ganz besonderer Weise war davon das einstige Kernland des dahingegangenen Reiches, die nunmehrige Republik Österreich, betroffen, der noch dazu von den Siegermächten zunächst die Erfüllung aller finanziellen Verpflichtungen der einstigen Monarchie auferlegt wurde. Schon in der anfänglichen Bezeichnung „Deutsch-Österreich“ kam zum Ausdruck, dass der bloß als das Ergebnis eines „Diktats der Siegermächte“ angesehene neue Kleinstaat im Herzen Europas vielen als selbständig nicht überlebensfähig erschien. Österreich durchlief in der Tat während der Zwischenkriegszeit eine Phase des absoluten wie relativen wirtschaftlichen Niedergangs; die österreichische Wirtschaft erreichte in keinem Jahr nur annähernd das durchschnittliche Wohlstandsniveau von Westeuropa. Einerseits hing dies damit zusammen, dass die schwierigen strukturellen Ausgangsbedingungen nach dem verlorenen Krieg nicht bewältigt wurden, andererseits war es auch die Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die Teil einer allgemeinen politischen Destabilisierung der jungen Republik war.

Die schon während des Krieges vorhandene (jedoch durch Preis- und Lohnstopps verdeckte) Inflation gewann im ersten Nachkriegsjahr noch an Tempo: Der Außenwert der Krone sank allein im Zeitraum von November 1918 bis Juli 1919 von einem Drittel auf ein Siebtel und im zweiten Halbjahr bis November 1919 dann auf ein Achtzehntel des Vorkriegswerts. Gleichzeitig erhöhten sich nach Kriegsende, trotz der hohen Preisstützungen, die Lebenshaltungskosten innerhalb eines Dreivierteljahres um rund 90%; der Banknotenumlauf stieg hingegen gleichzeitig von 31.483 Milliarden auf 41.761 Milliarden K. Der am 10. September 1919 unterzeichnete Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye erlegte Österreich unter anderem eine Kollektivverantwortlichkeit für den Krieg und wegen der de facto uneinbringlichen Reparationsleistungen ein Generalpfandrecht auf, das sich in der Folge als ein wesentliches Hindernis für die Aufnahme von Auslandskrediten erweisen sollte. Dies führte zu einem weiteren Absturz der Kronenwährung.¹²² Während unmittelbar nach dem Krieg immerhin noch 84% der Staatsausgaben über Steuereinnahmen gedeckt werden konnten,

¹²² Vgl. MATIS 2005, 124–147.

betrug die Deckungsquote 1922 nur mehr 51 %, insgesamt betrugen die Budgetdefizite von Juli 1919 bis Dezember 1922 rund 3.500 Milliarden K, die größtenteils durch Verschuldung des Staates bei der Notenbank finanziert wurden. Die Lockerung der Refinanzierungspolitik der Notenbank zählte „zu den Faktoren, die die Beschleunigung des Inflationsprozesses, den Übergang zur Hyperinflation, verursachten.“¹²³ Denn die Entwertung der Kronenwährung im Inneren wie im Ausland nahm nach dem Scheitern der Bemühungen Österreichs um einen Auslandskredit über Vermittlung des Völkerbundes im Frühjahr 1921 dramatisch zu. Im Mai 1922 ging die bis dahin galoppierende Geldentwertung in das Stadium einer Hyperinflation über, in dem die Krone weitgehend ihre Funktion als Recheneinheit, Thesaurierungs-, Tausch- und Zahlungsmittel einbüßte und Importe nur mehr gegen fremde Währung getätigt werden konnten.¹²⁴

Als finanzielle Folge des verlorenen Krieges bestand, wie bereits ausgeführt, in der nunmehrigen Republik Österreich ein gewaltiger Geldüberhang, der sich während der Inflation der frühen 1920er Jahre in einer massiven Geldentwertung und einer Flucht in Sachwerte niederschlug. Es kam zwar in der Wirtschaft zu einer durch die Inflation befeuerten Scheinblüte, die aber wegen der fortschreitenden Geldentwertung die Gefahr von Fehlinvestitionen und weiterem wirtschaftlichem Substanzverzehr in sich barg. Die Inflation brachte nicht nur eine Entwertung des Spar- und Betriebskapitals, sondern auch eine Umschichtung der Einkommen mit sich. Während die Lohnbezieher ihre Position relativ gut behaupten konnten, kam es vor allem zu einer Verarmung des bürgerlichen Mittelstands.¹²⁵ Besonders fühlbar machte sich das in jenen Gesellschaftsschichten, die sich einst zur geistigen Elite zählen durften und sich nun wirtschaftlich deklasiert fühlten. Die damit verbundene soziale Dramatik hat der spätere Literaturnobelpreisträger Elias Canetti, der die damaligen Tage des Umbruchs in Wien miterlebte, in einer Passage seines Werkes „Masse und Macht“ eindringlich erfasst:

Wenn die Millionen in die Höhe klettern, wird ein ganzes Volk, das aus Millionen besteht, zu nichts. Dieser Vorgang wirft Menschen zusammen, deren materielle Interessen sonst weit auseinander liegen [...]. Die Inflation hebt Unterschiede zwischen Menschen auf, die wie für die Ewigkeit geschaffen schienen, und wirft Leute, die einander sonst kaum begrüßt hätten, in ein und derselben Inflationsmasse zusammen.¹²⁶

Für eine zum überwiegenden Teil aus staatlichen Mitteln finanzierte wissenschaftliche Einrichtung, die sonst über keine nennenswerten laufen-

¹²³ KERNBAUER 1991, 46.

¹²⁴ Vgl. MATIS 2008, 33.

¹²⁵ Vgl. LAYTON / RIST 1925, 17; BACHINGER / MATIS 1986, 87; BAUER 1923, 757.

¹²⁶ CANETTI 1980, 278.



Abb. 13: Friedrich Becke, Generalsekretär 1911–1929 (Foto: AÖAW, Bildarchiv, P-1200-B)

den Einnahmequellen verfügte, war dies eine große wirtschaftliche Herausforderung. Der für die finanzielle Gebarung der Akademie zuständige Generalsekretär Friedrich Becke hatte damit ein schwieriges Amt übernommen. In den Jahren 1921 und 1922 konnte aufgrund der herrschenden Hyperinflation gar keine Bilanz erstellt werden. Erst ab 1923 liegen wieder die üblichen jährlichen Rechnungsabschlüsse vor.

Die Zerrüttung der Staatsfinanzen und die Inflation bedeuteten auch eine gewaltige Belastung für die Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Infrastruktur im nunmehrigen Kleinstaat. Es war z. B. nur mehr schwer möglich, ausländische Lite-

ratur zu besorgen, Materialien, Versuchstiere, Apparate und Instrumente konnten wegen der massiven Teuerung nicht mehr nachbeschafft werden, infolge der drastisch reduzierten Besoldungsschemata für Universitätsangehörige waren Berufungen aus dem Ausland faktisch unmöglich geworden. Das hatte selbstverständlich auch gravierende Auswirkungen auf die nunmehrige „Akademie der Wissenschaften in Wien“, deren Nachkriegssetzung im Bundesgesetz vom 14. Oktober 1921, BGBl. Nr. 569, festgelegt, 1922 bestätigt und 1925 durch einen Nachtrag ergänzt wurde.

Einige Forschungseinrichtungen konnten nur deshalb aufrechterhalten werden, weil man im Rahmen eines Vereins eine Zusammenarbeit mit der deutschen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und deren finanzielle Beteiligung einging: Dies betraf 1923 die Biologische Station Lunz am See und 1925 das Observatorium auf dem Sonnblickgipfel. Als nach Kriegsende die zurückgestaute Inflation durchschlug, wurde zwar die staatliche Dotation an die Akademie von 180.000 K (1919) auf 295.000 K (1920) angehoben; hinzu kamen noch die Druckkosten-Ersätze und diverse kleinere staatliche Pauschalvergütungen, unter anderem für Amtserfordernisse, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung. Die staatlichen Zuwendungen für Druckkosten betragen zunächst 1,382.000 K (1920) und stiegen dann parallel zur laufenden Geldentwertung auf 19 Millionen K (1922), 666,5 Millionen K (1923) und 677,3 Millionen K (1924) an.¹²⁷ Die Einnahmen erhöhten sich

¹²⁷ Diese Zahlen ergeben sich aus den Rechnungsberichten sowie den Kontobüchern der Akademie. FICKER (1948, 41) und MEISTER (1947, 157) führen andere Zahlen an, bele-

damit 1920 auf insgesamt nahezu 4,48 Millionen K,¹²⁸ um dann in der Phase der galoppierenden Inflation 1923 nominell auf 939,35 Millionen K¹²⁹ und 1924 sogar auf 1,4 Milliarden K¹³⁰ anzuwachsen; d. h., dass sich die Einnahmen von 1913 bis 1924 nominell auf das 3.600fache erhöht hatten, was aber wegen der rasanten Geldentwertung realiter eine Verminderung um den Faktor 4 bedeutete. Die nominellen Ausgaben erhöhten sich im selben Zeitraum von 385.468,63 K (1913) auf 1,1 Milliarden K (1924), verringerten sich real jedoch drastisch, von umgerechnet 1,56 Millionen € (1913) auf 329.810,27 € (1924). Angesichts der dramatischen Geldentwertung und der Einmaligkeit finanzieller Zuwendungen war man zu einer vorsichtigen Ausgabenpolitik verhalten.¹³¹ Überdies kamen sowohl die Raten der Dotation als auch des Druckkostenbeitrags meistens sehr verspätet zur Anweisung. Die galoppierende Inflation hatte zur Folge, dass der Akademie kein finanzieller Handlungsspielraum zur Verfügung stand. Präsident Oswald Redlich musste daher in seiner Rede in der Feierlichen Sitzung 1921 bedauernd feststellen: „Es kam gegen Ende des Jahres 1920 zu jenem schrecklichen toten Punkt, wo die beiden Klassen der Akademie sich gezwungen sahen, ihre Veröffentlichungen einzustellen [...]“.¹³²

Angesichts der budgetären Nöte waren daher zusätzliche Mittel erforderlich, um den nötigen Verpflichtungen nachkommen zu können. Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und während der folgenden Jahre stand die Akademie vor einer wahrlich desaströsen finanziellen Situation; nicht einmal mehr die laufenden Periodika wie Sitzungsberichte, Denkschriften, Anzeiger konnten bezahlt werden. Daher waren die damals gewährten außerordentlichen Spenden des Ehepaars Jérôme und Margaret Stonborough äußerst willkommen.¹³³ Im Dezember 1920 übergaben die

gen diese jedoch nicht.

¹²⁸ Das entspricht heute etwa 331.825 € (deflationiert).

¹²⁹ Das entspricht heute etwa 328.773 € (deflationiert).

¹³⁰ Das entspricht heute etwa 417.832 € (deflationiert).

¹³¹ AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse 1913–1923.

¹³² Almanach 1921, 135.

¹³³ Jérôme Herman Stonborough (1873–1938) war der Sohn eines deutsch-jüdischen Industriellen (ursprünglich Steinberger) in New York, hatte Ägyptologie studiert und anschließend das Medizinstudium in Wien begonnen, wo er Margaret Wittgenstein (1882–1958), eine Tochter des Stahlmagnaten Karl Wittgenstein und Schwester u. a. des Philosophen Ludwig Wittgenstein, kennenlernte. Er betätigte sich als wichtiger Kunstförderer und heiratete die mehrfach von Gustav Klimt Porträtierte 1905. Der Physiologe Ernst von Brücke, 1881–1885 Vizepräsident der Akademie, gehörte zu ihrer angeheirateten Verwandtschaft. Als aktive Förderin von Wissenschaft und Künsten befand Margaret sich in langer Familientradition, denn der Industrielle und Anwalt Karl Kupelwieser, dem die Akademie die Gründung des 1910 eingerichteten Instituts für Radiumforschung und die Einrichtung der biologischen Versuchsanstalt in Lunz zu verdanken hat, war ihr Onkel. Vgl. PROKOP 2003, 138.



Abb. 14: Gustav Klimt: Margaret Stonborough-Wittgenstein, 1905

beiden der Akademie „zur Fortführung der Veröffentlichungen“ eine erste Spende in Höhe von 1 Million K. Die gesamten 1920er Jahre hindurch unterstützte das Ehepaar Stonborough die Wiener Akademie: mit 2,5 Millionen K im Jahre 1921, 1.000 Dollar im Jahre 1922, jeweils 70 Millionen K in den Jahren 1923 und 1924, 50 Millionen K im Jahre 1925 und nach der Währungsreform mit jährlich 7.000 öS in den Jahren 1926–1928 für die Drucklegung der Sitzungsberichte.¹³⁴ Auf vielen Akademie-Publikationen aus den 1920er Jahren findet sich der Vermerk „Gedruckt aus Mitteln des Jérôme und Margaret Stonborough-Legats“, was zwar wohl im Sinne der Spender war, juristisch jedoch unrichtig ist. Ein eigenes Legat wurde nämlich angesichts der laufenden Geldentwertung nie begründet, sondern das Geld wurde in Form von einzelnen Spenden – ohne besondere Statuten oder detaillierte Reglementierungen hinsichtlich der Verwendung – von den beiden Mäzenen zur Verfügung gestellt. Die einzige nachweisbare Gegenleistung war die kostenlose Bereitstellung des Festsaaes an Margaret Stonborough „für eine Veranstaltung zugunsten der Kriegsbeschädigten“ im März 1922.¹³⁵

Der „Schwarze Donnerstag“, der große New Yorker Börsenkrach am 24. Oktober 1929, machte diesem bemerkenswerten Mäzenatentum ein Ende, denn Jérôme und Margaret Stonborough verloren dabei den größten Teil ihres Vermögens. Jérôme Stonborough beging schließlich im Juni 1938 in New York Selbstmord. Als die Akademie Kenntnis vom seinem Freitod erhielt, schrieb der nach dem „Anschluss“ neu gewählte Präsident der Akademie Heinrich von Srbik am 21. Juni 1938 an die Witwe:

Die Akademie gedenkt hiebei dankbarst der grossen Förderung, die Herr Dr. Jérôme Stonborough in einer Zeit, wo die allgemeine Staatsnot die Akademie fast zum Aufgeben ihrer Publikationstätigkeit zwang, durch seine namhaften Geldzuwendungen der Akademie hat zuteilwerden lassen, sodass es der philosophisch-historischen Klasse erst durch diese Zuwendungen von Ihnen und Ihrem Herrn Gemahl möglich wurde, die Sitzungsberichte überhaupt weiter erscheinen zu lassen. Die Akademie der Wissenschaften und speziell die philosophisch-historische Klasse werden daher dem verehrten Abgeschiedenen stets ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.¹³⁶

Diese Aktion entbehrt im Übrigen nicht einer besonderen Ironie: Derselbe Präsident Srbik, der in so teilnehmenden Worten dem Verbliebenen für seine Zuwendungen dankte, nahm 1938 zugleich den Ausschluss von jüdischen Mitgliedern aus der Wiener Akademie vor.¹³⁷

¹³⁴ AÖAW, Allg. Akten, 741/1920, 619/1921, 714/1921, 501/1923, 1/1925, 15/1926, 22/1927, 23/1928.

¹³⁵ AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung 2 (A 771).

¹³⁶ Nachricht vom Tod von J. Stonborough. AÖAW, Allg. Akten, 250/1938.C 2584 vom 12. Mai 1938.

¹³⁷ Vgl. MARIS 2013.

Andere Spenden in Höhe von 1,232.825 K kamen in den 1920er Jahren unter anderem von den bekannten Wirtschafts-Tycoons Richard Kola, Camillo Castiglioni, Wilhelm Ofenheim Ritter von Pontouxin und Richard Kronstein; ein anonym bleiben wollender Spender gab weitere 60.000 K.¹³⁸ Es ist keine Übertreibung, wenn man feststellt, dass ohne die Spenden einer zum assimilierten jüdischen Großbürgertum zählenden wirtschaftlichen Elite die Akademie damals mehr oder weniger bankrott gewesen wäre.

In dieser prekären finanziellen Situation waren auch kleinere Zuwendungen von Bedeutung, die aber zumeist mit bestimmten Widmungen verbunden waren: Ein in Bern entstandenes Komitee zur Unterstützung der geistigen Arbeit in Österreich förderte auch die Wiener Akademie. Über Bemühungen des Grazer Professors für Mathematik Robert Daublebsky-Sterneck wurden über private und institutionelle Spender Mittel als Ausgleichsfonds für die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse aufgebracht. Freunde und Schüler des Begründers der modernen Meteorologie Julius Hann stifteten anlässlich von dessen 80. Geburtstag 1919 einen kleineren Betrag für einen Meteorologie-Preis. Die Witwe des Literatur- und Kulturhistorikers Anton E. Schönbach überließ der Akademie ihren Nachlass zur Förderung altdeutscher Studien. Der 1922 verstorbene ehemalige Direktor des Haus-, Hof- und Staatsarchivs Gustav Winter setzte die Akademie als Universalerbin ein, und der ehemalige k. u. k. Generalkonsul in Java, Dr. Erwin Zach, widmete ihr 1922 seinen in Shanghai deponierten Wertbesitz von rund 70.000 holländischen Gulden. Der Mediziner und Anthropologe Rudolf Pösch vermachte die Hälfte seines größtenteils aus englischen Effekten bestehenden Vermögens zur Bearbeitung seines wissenschaftlichen Nachlasses. Auf Anregung des Chemikers Josef Herzog widmete ein Kreis seiner Fachkollegen 1923 den Betrag von 12 Millionen K zur Verleihung eines Preises für Chemische Atomgruppen, und der Ärzteverein Semmering spendete 1.000 Goldkronen für einen Preis auf dem Gebiet der Höhenphysiologie. Nachdem ein Großteil dieser Zuwendungen, wie auch die meisten Stiftungen der Vorkriegszeit, im Zuge der nachfolgenden galoppierenden Inflation entwertet worden waren, beschloss die Akademie in ihrer Gesamtsitzung vom 14. Dezember 1924 die Zusammenfassung dieser kleineren Dotationen in einem Sammelfonds. Das Statut für diesen Sammelfonds wurde in der Gesamtsitzung vom 15. Oktober 1926 bestätigt.¹³⁹

¹³⁸ Vgl. Almanach 1921, 143 u. 203. Diese Spenden wurden in einem Spendenfonds 1921 zusammengeführt.

¹³⁹ Vgl. Almanach 1930, 151ff.; MEISTER 1947, 158. Diese Zusammenführung in einen Sammelfonds war jedoch nicht durch die Stiftungsbriefe der betroffenen Stiftungen gedeckt. Die Akademie bemühte sich daher bereits seit 1923 um eine rechtliche Absi-

Auch das renommierte Institut für Radiumforschung litt unter großen finanziellen Nöten: Es erhielt 1921 nur mehr einen staatlichen Zuschuss von 2.000 K durch das Bundesministerium für Inneres und Unterricht, während ein Kilogramm Butter bereits 400 K kostete.¹⁴⁰ Über Vermittlung des korrespondierenden Mitglieds im Ausland und seit 1928 Ehrenmitglieds der Akademie Lord Ernest Rutherford, der schon seit 1910 eng mit den Wiener Radiumforschern Franz-Serafin Exner, Stefan Meyer und Viktor Franz Hess zusammengearbeitet hatte, konnten zusätzliche Mittel auch aus dem Verkauf von Radium aus dem Besitz des Instituts erzielt werden. Es handelte sich um ein 400-mg-RaCl₂-Präparat, das an Rutherford noch vor dem Krieg verliehen worden war, wobei nunmehr sogar die Gefahr bestand, dass dieses im Zuge der Kriegsentschädigungen ohne Gegenleistung durch Großbritannien beschlagnahmt werden könnte.¹⁴¹ Das Radiuminstitut erhielt darüber hinaus ab 1925 vom International Education Board, einer 1923 von John D. Rockefeller jr. gegründeten Einrichtung, über mehrere Jahre Spenden von jeweils 2.000–3.000 US-Dollar, und befreundete ausländische Forschungsinstitutionen bezahlten dem Institut Abonnements für ausländische Fachzeitschriften; schließlich machte die Notgemeinschaft Deutsche Wissenschaft ab 1930 eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 4.000 RM zur Aufrechterhaltung des Betriebs. Auch Firmen widmeten Sachspenden, wie etwa die Siemens & Halske AG, die dem Institut eine Röntgen-Anlage schenkte.¹⁴²

Auch 1922 kamen weitere Spenden an die Akademie, unter anderem eine Million Kronen von der „Notgemeinschaft der Wissenschaften in Österreich“, die aber aus einer vom brasilianischen Schriftsteller Francisco de Assis Chateaubriand Bandeira de Melo angeregten Sammlung privater Gönner in Rio de Janeiro stammten. Überdies wurde die bereits länger bestehende Goldschmiedt-Widmung durch die Witwe des Stifters, Angelika Goldschmiedt, um 280.000 K aufgestockt; weitere 50.000 K kamen aus dem Nachlass Richard Lieben.¹⁴³ Die britische Royal Society stellte zwei Jahreserträge aus ihrem Joule-Fonds für Auslandsreisen österreichischer Physiker zur Verfügung.¹⁴⁴

Angesichts der schwierigen finanziellen Gebarung waren einige statutenmäßig festgehaltene staatliche Zuwendungen und Gebührenbefreiungen wichtig. Die auf Grundlage des neuen Akademiegesetzes aus dem Jah-

cherung, die schließlich durch den Artikel 23 des Verwaltungsentlastungsgesetzes vom 21. Juli 1925, BGBl. Nr. 277, geschaffen wurde. Vgl. Almanach 1939, 147–151, wo sich eine Zusammenfassung aller darin aufgegangenen einzelnen Stiftung findet.

¹⁴⁰ Vgl. FENGLER 2014, 95.

¹⁴¹ Vgl. Almanach 1938, 255.

¹⁴² Vgl. Almanach 1936, 213.

¹⁴³ Vgl. Almanach 1922, 143.

¹⁴⁴ Vgl. Almanach 1921, 143f.

re 1921 beschlossenen Statuten enthielten in § 12 folgende budgetrelevante Bestimmungen:

Die Akademie erhält vom Bunde eine jährliche Geldzuwendung, welche so zu bestimmen ist, dass sie zur Bestreitung der Kosten für Gehalte und Ruhegenüsse der Angestellten, soweit sie nicht aus Bundesmitteln bestritten werden, sowie zur Deckung der übrigen Ausgaben ausreicht, ferner einen jährlichen Beitrag für Druckkosten. Der Akademie ist das dem Bunde gehörige Gebäude, worin sie sich derzeit befindet, zur vollen Benutzung zugewiesen. Sollte aus zwingenden Gründen eine Einschränkung oder Aufhebung dieses Benutzungsrechtes notwendig werden, so werden der Akademie vom Bunde gleich entsprechende Räumlichkeiten in einem anderen Gebäude zugewiesen. Die Kosten der Erhaltung des Gebäudes trägt der Bund. Die Akademie verkehrt unmittelbar mit den Behörden. Nach Maßgabe der jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften genießt sie Portofreiheit für ihren dienstlichen Verkehr. Nach den derzeit geltenden Vorschriften steht ihr die persönliche Gebührenbefreiung im Sinne der Tarifpost 75 a des Gesetzes vom 9. Februar 1850, RGBl. Nr. 50, zu; ferner sind die zugunsten der Akademie erfolgenden Zuwendungen von Todes wegen oder durch Schenkung unter Lebenden gemäß § 4, Z. 1, § 36, Z. 1, und § 45, Z. 1, des Gesetzes vom 6. Februar 1919, StGBI. Nr. 98, von der Erb- und Nachlass-, beziehungsweise Schenkungsgebühr befreit. Der Akademie steht das Recht zu, bei ihren eigenen und den von ihr veranlassten Unternehmungen die werktätige Förderung der Bundes- und Landesbehörden in Anspruch zu nehmen.¹⁴⁵

Da die Akademie schon seit 1919 nicht mehr in der Lage war, ihre Personalkosten aus der laufenden staatlichen Dotation zu begleichen, wurden die Fehlbeträge zunächst durch außerordentliche ministerielle Zuschüsse ausgeglichen. Die Akademie versuchte daher die Besoldung ihrer Angestellten aus direkten Staatsmitteln zu erreichen, was ab dem 1. Juli 1920 realisiert wurde. Überdies wurden ab 1923 auch die Zahlungen für Ruhegenüsse der Angestellten und deren Hinterbliebenen durch den Ärar übernommen. Auch die Kosten für die Erhaltung des Akademiegebäudes, für die bis 1920 der Vorkriegsbetrag von 2.000 K eingesetzt war, stiegen im Zuge der Geldentwertung auf 175.400 K (1921), 162.000 K (1922), 4,1 Millionen K (1923) bis auf rund 10 Millionen K (1924).¹⁴⁶

Eine nachhaltige Sanierung der österreichischen Währung und Finanzen und damit die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse glückte bekanntlich erst mithilfe einer Völkerbundanleihe von 650 Millionen Goldkronen im Jahre 1922. Diese ging allerdings einher mit einer für einen souveränen Staat als demütigend zu empfindenden, von den internationalen Gläubigern diktierten Kontrolle der österreichischen Finanzen: Ein

¹⁴⁵ § 12 der Satzung vom Februar 1922 gem. Bundesgesetz vom 14. Oktober 1921, BGBl. Nr. 569, betreffend die Akademie der Wissenschaften in Wien; MEISTER 1947, 239.

¹⁴⁶ Vgl. MEISTER 1947, 157f. Die Rechnungsabschlüsse und Kontobücher weisen hier allerdings andere Zahlen auf: 32.085 K (1921), 163.654 K (1922), 6,4 Millionen K (1923) und 10 Millionen K (1924).

vom Völkerbund eigens bestellter Kommissär, der Holländer Alfred Zimmermann, sollte die Durchführung entsprechender Sanierungsmaßnahmen und die Einhaltung der mit der Kreditgewährung verbundenen Auflagen kontrollieren. Der Schilling, der mit dem Schilling-Rechnungsgesetz vom 20. Dezember 1924 beschlossen und am 1. März 1925 als neue Währung eingeführt wurde, ersetzte die durch die Inflation entwertete Krone. Per Gesetz (BGBl. 461/1924) wurde der Wert des österreichischen Schillings auf 10.000 (Papier-)Kronen bzw. 0,21172086 Gramm Feingold festgesetzt. Die Einführung der neuen Schillingwährung 1924 verkörperte die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die im Zuge der Währungsreform durchgeführte Erstellung von Goldbilanzen mit 1. Jänner 1925 erforderte dann auch eine Neubewertung der Aktiven und Passiven.¹⁴⁷ Die Kassengebarungsabschlüsse der Akademie erfolgten ab 1925 in der neuen Währung, obwohl Wertangaben in manchen Fällen noch bis Ende 1926 in beiden Währungen üblich waren.

Mit der Stabilisierung der Finanzen und dem Übergang zur Schillingwährung wurde auch die Gebarung der Akademie wieder übersichtlicher. Die staatliche Zuwendung wurde 1925 mit einer Jahresdotation von 14.640 öS und einem Druckkostenbeitrag von 34.160 öS¹⁴⁸ festgesetzt (interessanterweise entfiel also der größte Teil der staatlichen Förderung auf die Druckkosten). Bis einschließlich 1927 war die Akademie im Gefolge des leichten konjunkturellen Anstiegs und der allgemeinen wirtschaftlichen Konsolidierung während der 1920er Jahre noch relativ gut dotiert und erreichte bis zum Krisenjahr 1931 schrittweise eine Verdoppelung der staatlichen Dotierung gegenüber dem Jahre 1926. Sie konnte damit auch neue Forschungsinitiativen bestreiten;¹⁴⁹ jedoch kam es im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Depression nach dem New Yorker Börsenkrach von 1929 – verstärkt noch durch eine vom Fall der größten österreichischen Bank, der knapp zuvor mit der fallierten Allgemeinen Bodencreditanstalt fusionierten Creditanstalt, ausgelöste Bankenkrise im Mai 1931 – zu erheblichen budgetären Einschränkungen, was auch der Akademie

¹⁴⁷ Vgl. BACHINGER / MATIS 1974, 54–70.

¹⁴⁸ FICKER (1948, 41) und MEISTER (1947, 159) führen hier die Zahlen 14.660 öS und 31.160 öS an, allerdings ohne Beleg.

¹⁴⁹ 1930 beteiligte sich die Akademie, nachdem das Ministerium einen zusätzlichen Betrag von 50.000 Francs gewährte, mit einer Kommission für hochalpine Forschungen an einem Langzeitprojekt am Jungfrauoch, und 1927 schloss sie einen Treuhändervertrag zwecks Übernahme der Wiener Kuffner-Sternwarte, was allerdings wiederum aus Geldmangel am Beginn der 1930er Jahre storniert wurde. Trotz der angespannten finanziellen Situation ermöglichte die Bundesregierung auch die Beteiligung der Akademie am Internationalen Polarjahr 1932/33, wobei als Standort wie schon 1882/83 die Insel Jan Mayen gewählt wurde. Das Ministerium förderte dieses Vorhaben durch eine außerordentliche Dotation von 40.000 öS. Vgl. MEISTER 1947, 176f.; FICKER 1948, 42.

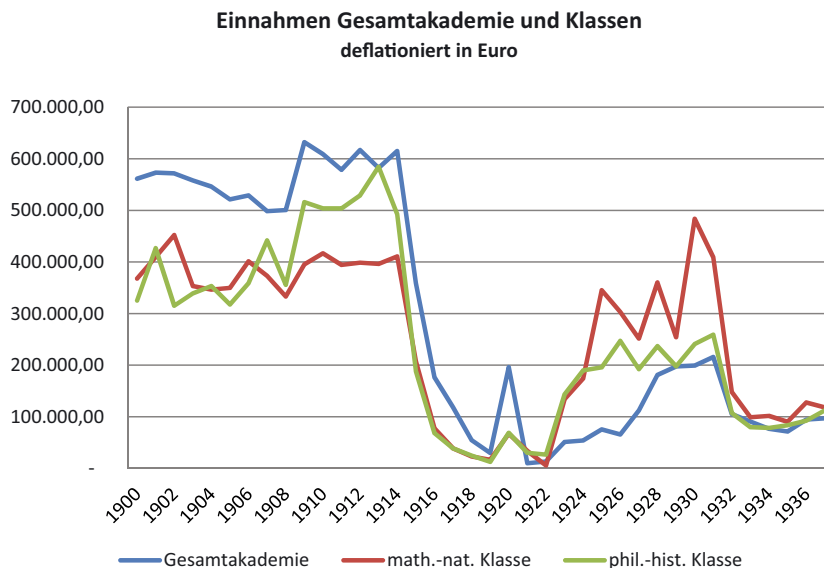


Abb. 15 (AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse der Jahre 1900–1937)

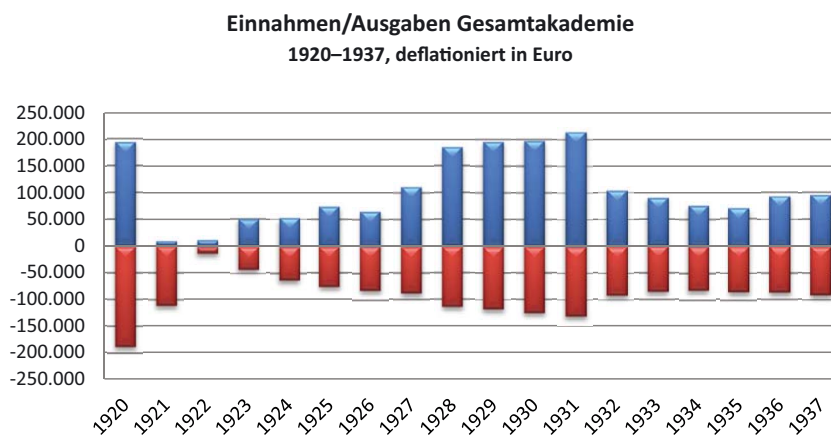
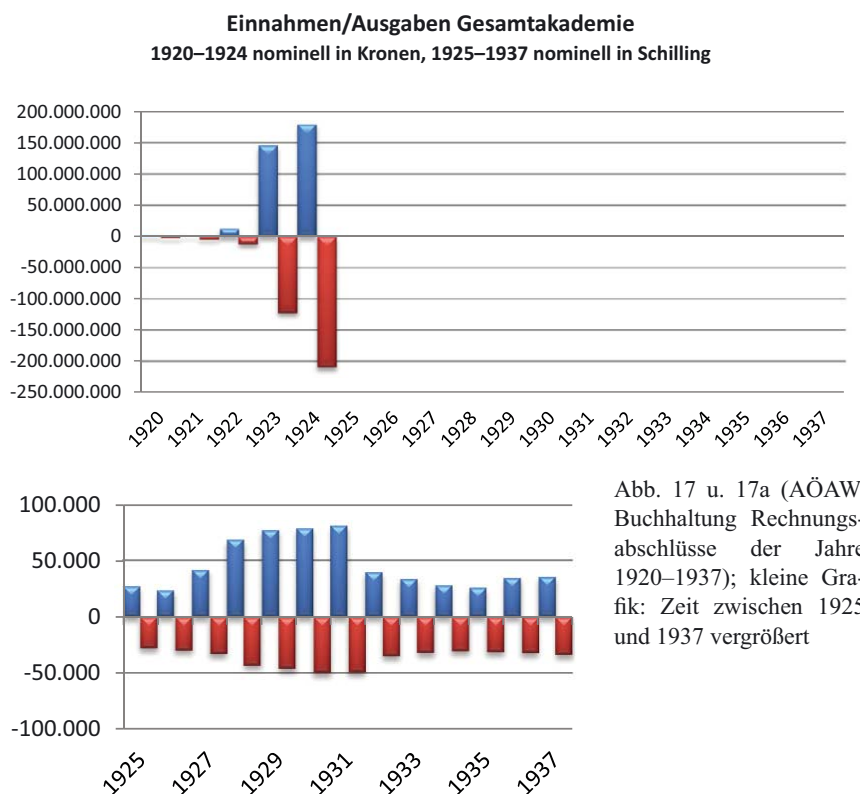


Abb. 16 (AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse der Jahre 1920–1937)

einen strengen Sparkurs auferlegte. In den Jahren zuvor war die staatliche Dotation laufend erhöht worden, sodass diese 1931 an Jahresdotation 66.492 öS und an Druckkostenförderung 111.000 öS betrug. Im folgenden Krisenjahr 1932 fielen diese Werte allerdings auf 31.831 öS bzw. 9.742 öS. Der Tiefststand an staatlichen Zuwendungen wurde 1935 erreicht, als die Dotation nur mehr 23.998,90 öS ausmachte, während die Druckkostenbei-



träge bereits ein Jahr zuvor überhaupt ausgesetzt wurden.¹⁵⁰ Die Bankenkrise von 1931 und die damit einhergehende Kapitalvernichtung hatten die finanziellen Handlungsspielräume der österreichischen Regierung während der Weltwirtschaftskrise enorm verengt. Dies fand selbstverständlich auch in der Dotierung der Akademie seinen Niederschlag. Die wirtschaftliche Lage der Ersten Republik schlug für die Akademie äußerst negativ zu Buche, und es stand fast nur mehr die Hälfte der bisherigen Mittel zur Verfügung. Erst 1936 und 1937 erhöhte die Staatsverwaltung wieder die Zuwendungen: 1937 betrug die staatliche Dotation 34.570 öS und der Druckkostenbeitrag 23.829,96 öS, was in Summe 58.399,96 öS ergibt.

Die krisenhaften Zustände während der Zwischenkriegszeit werden vor allem in einer Langzeitperspektive auf Basis einer deflationierten Darstellung der finanziellen Entwicklung noch deutlicher (vgl. Abb. 15–21a).

¹⁵⁰ Vgl. MEISTER 1947, 159.

**Einnahmen/Ausgaben math.-nat. Klasse
1920–1937, deflationiert in Euro**

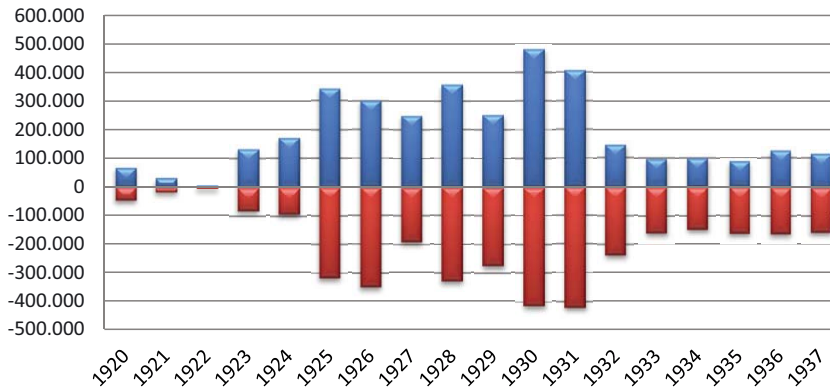


Abb. 18 (AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse der Jahre 1920–1937)

**Einnahmen/Ausgaben math.-nat. Klasse
1920–1924 nominell in Kronen, 1925–1937 nominell in Schilling**

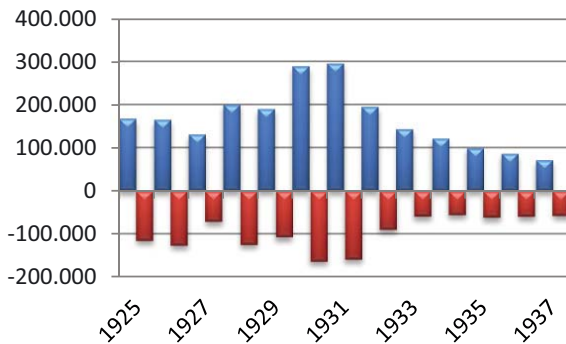
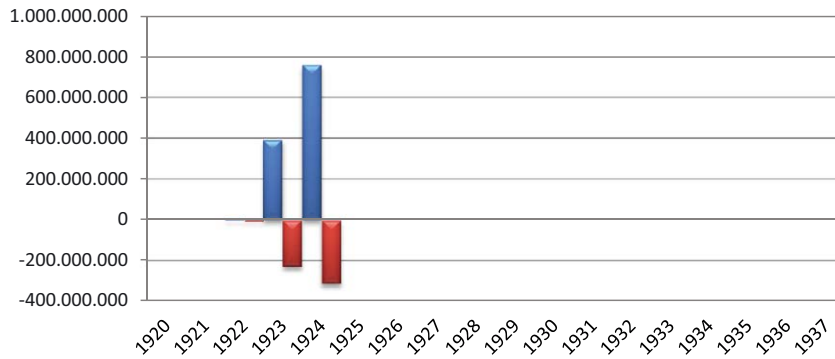


Abb. 19 u. 19a (AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse der Jahre 1920–1937); kleine Grafik: Zeit zwischen 1925 und 1937 vergrößert

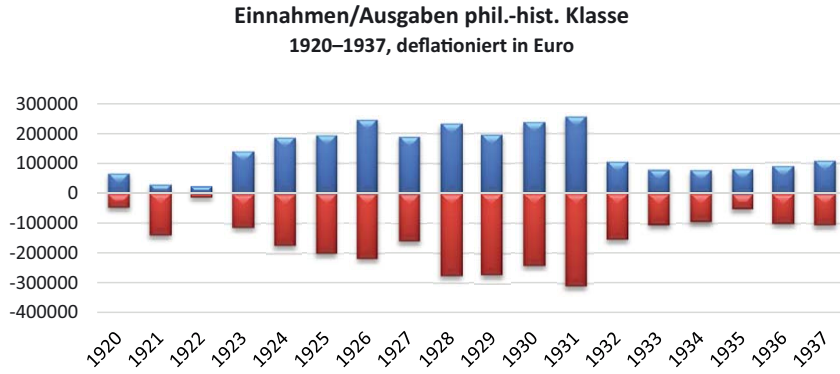


Abb. 20 (AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse der Jahre 1920–1937)

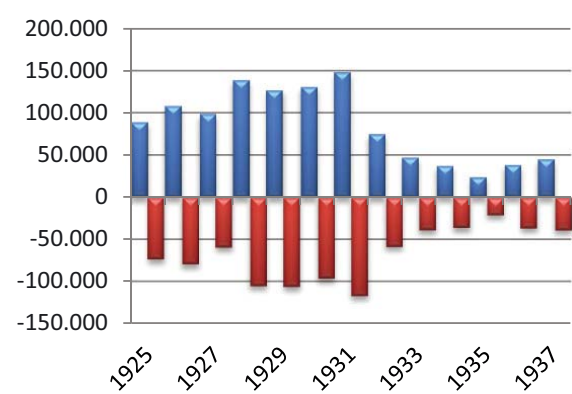
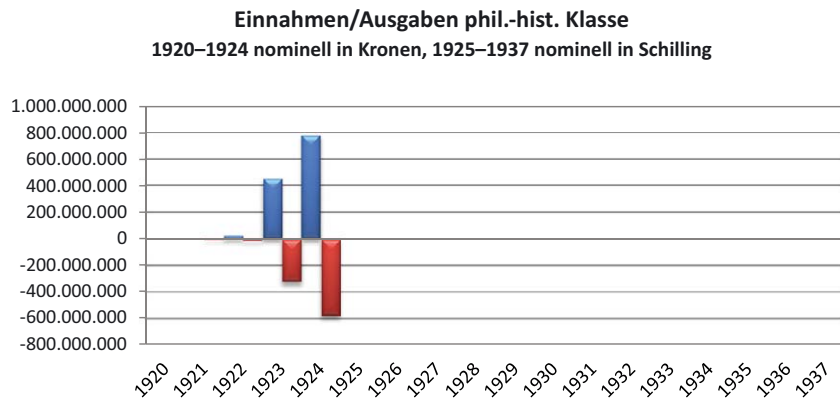


Abb. 21 u. 21a (AÖAW, Buchhaltung Rechnungsabschlüsse der Jahre 1920–1937); kleine Grafik: Zeit zwischen 1925 und 1937 vergrößert

Die Einrichtung des schon erwähnten Sammelfonds für kleinere Stiftungen wurde entsprechend dem mit der Einführung der Schillingwährung verbundenen Verwaltungsentlastungsgesetz vom 21. Juli 1925 mit Wirkung vom 15. Oktober 1926 genehmigt. Von den Erträgen dieses Sammelfonds erhielt die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse $\frac{7}{8}$ und die philosophisch-historische Klasse $\frac{1}{8}$, und zwar in der Form, dass in Jahren, deren Jahreszahl durch acht teilbar ist, der gesamte Jahresertrag der philosophisch-historischen Klasse zufiel, in den übrigen Jahren der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Diese Regelung blieb bis 1928 aufrecht.¹⁵¹ Nur die mit hohem Kapital oder wertbeständigen Anlagen ausgestatteten Stiftungen wurden selbständig weitergeführt: In der Gesamtakademie waren dies die älteren Erbschaften nach Treitl und Czermak sowie die Steinmetz-Sederl-Stiftung und aus jüngerer Zeit die Erbschaft Pöch sowie die Erwin-Zach-Widmung. In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse waren es die Legate Wedl und Scholz, die Erbschaften Mojsisovich und Seegen, der Hansgirk-Preis und die Widmungen für die Erhaltung des Radiuminstituts und der Biologischen Versuchsanstalt. In der philosophisch-historischen Klasse waren es der Bonitz-Preis, die Julius-Franz-Pascha-Widmung und der Böhmersche Regestenfonds.¹⁵² Der Akademie wurden auch in den 1930er Jahren einige neue Stiftungen und Widmungen zugeeignet (vgl. Tab. 4); es waren dies einerseits Widmungen durch verschiedene Mitglieder, andererseits eine Stiftung des Neffen des ehemaligen Akademiepräsidenten Eduard Suess in Erinnerung an seinen Onkel sowie die Figdor-Stiftung. Diese war aufgrund der letztwilligen Verfügung der 1933 verstorbenen Großgrundbesitzerin Ernestine Figdor im Gedenken an ihren 1932 verstorbenen Gatten, den Kaufmann Gustav Figdor, zustande gekommen. Es handelte sich dabei um ein mit 200.000 öS beziffertes Vermögen an Immobilien und Wertpapieren. Immerhin wurden also auch in der krisengeschüttelten Zwischenkriegszeit einige neue Stiftungen ins Leben gerufen, wovon einige allerdings durch die Inflation teilweise entwertet und daher in der schon erwähnten Sammelstiftung zusammengeführt wurden. Als nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich das gesamte Stiftungsvermögen der Akademie im Jahre 1939 erhoben wurde, belief es sich auf 286.771,82 RM.¹⁵³

¹⁵¹ Vgl. Almanach 1939, 150.

¹⁵² Eine Aufstellung all dieser Stiftungen findet sich im Almanach 1941, 135–159; vgl. auch MEISTER 1947, 159.

¹⁵³ Vgl. Almanach 1941, 135–159; vgl. HÖFLECHNER 1990, 221, Fußnote 27.

Tab. 4: Stiftungen 1920–1937

Stifter	Art der Stiftung	Stellung zur Akademie	Jahr	Dotierung	Verwendungszweck
<i>Gesamtakademie</i>					
Erwin Zach	Schenkung	Ehrenmitglied	1922	7.455 Pfund	Förderung d. Wissenschaften
Erbschaft Rudolf Pöch	Widmung	Vermächtnis Mitglied	1923	50,143.580 K	Anthropologie, Ethnologie
Steinmetz-Sederl-Stiftung	Widmung	priv. Förderer	1925	383.442 K	Förderung insb. d. Naturwissenschaften
Theodor Schmid	Widmung	Vermächtnis Mitglied	1932	20.000 K	Förderung v. Drucklegungen in Geometrie
Gustav-Figdor-Stiftung	Stiftung	priv. Förderer	1933	274.000 K*	allg. Förd. d. Wissenschaften
Erbschaft Emil Suess	Stiftung	Stiftung in Erinnerung an Eduard Suess	1936	171.610 RM	allg. Förd. d. Wissenschaften, v. a. Geologie
<i>math.-nat. Klasse</i>					
Anton-Hansgirg-Stiftung	Widmung	priv. Förderer	1923	26,703.000 K	Preise für Botanik, Astronomie
Hans-Horst-Meyer-Medaille	10 Medaillen	Widmung v. Schülern	1923		Auszeichnung für experimentelle Medizin
Rudolf-Wegscheider-Widmung	Widmung	priv. Förderer	1929	20.465 öS	Preis, Chemie
Flinker-u.-Wagner-Jauregg-Stiftung	Widmung	priv. Förderer	1929	20.000 öS**	Preise u. Unterstützung Medizin
Fritz-Pregl-Stiftung	Widmung	Vermächtnis Mitglied	1930	20.000 öS	Preise für Mikrochemie
Zindler-Widmung	Widmung	Vermächtnis Mitglied	1934	21.150 öS	Förderung für Mathematik, Physik, Astronomie
Kuschenitz-Stiftung	Stiftung	Vermächtnis Förderer	1936	28.000 öS***	Forschungsförderung für Physik u. Chemie
<i>phil.-hist. Klasse</i>					
Legat Gustav Winter	Widmung	Vermächtnis Mitglied	1922	30.000 K ¹⁵⁴	allg. Förderung d. Klasse
Legat Adolf Holzhausen	Widmung	Vermächtnis Förderer	1931	250.000 öS	Druckförderung für Orientalistik

* Widmung eines Hauses in Wien 2, Heine-Straße 38; ** nicht effektiert; *** Widmung eines Hauses in Wien 4, Prinz-Eugen-Straße 46

¹⁵⁴ Das entspricht in heutiger Kaufkraft etwa 283.000 €.

Vor allem die Arbeitslosigkeit erwies sich als das vielleicht gravierendste wirtschaftliche, soziale und auch politische Problem Österreichs in der Zwischenkriegszeit; dessen Nichtbewältigung trug entscheidend zum Untergang sowohl der Republik als auch des 1933 durch Ausschaltung des Parlaments an die Macht gekommenen autoritären Ständestaats bei. Noch 1937 war jeder fünfte Arbeitnehmer in Österreich ohne Beschäftigung, und die damals eingeschlagene Wirtschaftspolitik gestattete der Masse der Arbeitslosen auch kaum Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Situation. Dazu kam die innenpolitische Radikalisierung, die sich in Parteienhader, Bürgerkrieg, Ausschaltung des Parlaments und der Errichtung des Ständestaats niederschlug. Als schließlich die Wirtschaftskrise immer schärfere Formen annahm, kam es auch zum Ende der österreichischen Demokratie. Es war gewiss keine zufällige Kongruenz – wenngleich es verfehlt wäre, diese Entwicklung ausschließlich auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen. Aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nährten und beschleunigten zweifellos den sich seit einem Jahrzehnt abzeichnenden inneren Zerstörungsprozess. Der weltanschauliche und politische Antagonismus der beiden großen Parteien, also der Sozialdemokraten und der Christlich-sozialen, leistete im Verbund mit der andauernden hohen Arbeitslosigkeit und der Nichtbewältigung der latenten Wirtschaftskrise dem Aufkommen des Nationalsozialismus sowie dem späteren „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland in den Märztagen 1938 Vorschub.

Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938–1945

Wenn man die Gebarung der Akademie in der NS-Zeit betrachtet, muss man auch die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Auge haben: Das Deutsche Reich verfolgte mit der Annexion im Jahre 1938 nicht zuletzt auch ökonomische Interessen. Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich in den Märztagen 1938 bedeutete auch eine wirtschaftliche „Gleichschaltung“ in vielen Bereichen. Sofort nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich begannen die Beauftragten der deutschen Unternehmungen, österreichische Firmen systematisch aufzukaufen. Parallel zur Übertragung öffentlichen Eigentums an das Deutsche Reich erfolgte der Zugriff der Berliner Zentralstellen und der deutschen Banken und Großindustrie auf private österreichische Unternehmungen. Die dabei eingeschlagene Vorgangsweise lässt so etwas wie ein Grundmuster erkennen: Unter politischem und wirtschaftlichem Druck versuchte man zunächst, die österreichischen Eigentümer zum Verkauf zu bewegen. Die Unternehmensbewertung erfolgte dabei in vielen Fällen durch die reichseigene Deutsche Revisions- und Treuhand AG zugunsten der deutschen Interessentengruppen. Nach getätigter Übernahme erfolgte

häufig eine Fusion oder eine andere Art der betrieblichen Konzentration, mitunter wurde auch eine ausgegliederte eigene Verkaufsorganisation für den Bereich der „Ostmark“ geschaffen. Dabei bildete vor allem das neuentstandene deutsche Engagement bei den österreichischen Banken einen geeigneten Ausgangspunkt, denn diese verfügten über namhafte Beteiligungen oder Gläubigerinteressen an heimischen Unternehmungen, die sie nun unter zum Teil massiven wirtschaftlichen und politischen Pressionen abzutreten hatten; bzw. hatten die Unternehmen selbst eine direkte Partizipation deutschen Kapitals oder einen weiteren Ausbau bereits bestehender deutscher Beteiligungen zu akzeptieren. Teils waren aber die österreichischen Firmen von sich aus an einer derartigen Kapitalexpansion interessiert, um ihre Investitionsvorhaben realisieren zu können. In vielen Fällen bildete auch die „Arisierung“ jüdischen Eigentums eine Möglichkeit, sich auf billige Weise fremden Besitz anzueignen. Auch die Beschlagnahmung der österreichischen Gold- und Devisenreserven bei der Nationalbank war für die Deutsche Reichsbank, die damals nur mehr über wenige eigene Assets verfügte, enorm wichtig, vor allem um in Deutschland nicht vorhandene, aber rüstungswirtschaftlich wichtige Rohstoffe im Ausland einkaufen zu können. Eine Devisenordnung zwang die Bürger – unter Androhung schwerer Kerkerstrafen – überdies dazu, die in ihrem Besitz befindlichen Gegenstände aus Edelmetall der Reichsbank zum Verkauf anzubieten.

In nahezu sämtlichen Bereichen der österreichischen Wirtschaft kam es auf diese Weise zu gravierenden Besitzveränderungen. Das Deutsche Reich, das damals nach Aussage von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht finanziell bereits „am Rande des Zusammenbruchs“ stand, sicherte sich damit wichtige zusätzliche Ressourcen; zwar wurden in der Folge umfangreiche Erweiterungs- und Erneuerungsinvestitionen vorgenommen, wodurch ein Modernisierungsschub für die österreichische Wirtschaft erfolgte. Doch dienten diese primär der deutschen Aufrüstungs- und Autarkiepolitik und somit den Bedürfnissen der deutschen Wehrwirtschaft. Fünf Tage nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich, am 17. März 1938, wurde der österreichische Schilling durch die deutsche Reichsmark ersetzt. Der offizielle Umtauschkurs war 1,50 öS = 1 RM – ein Wechselkurs, der für die Wirtschaft der nunmehrigen „Ostmark“ nicht unvorteilhaft war.

Auch die Wiener Akademie der Wissenschaften, die schon jahrelang im Kartell der deutschen Akademien als Mitglied figurierte, wurde „gleichgeschaltet“. Johannes Feichtinger hat die Neuorientierung der Akademiearbeit sehr prägnant charakterisiert:

In der Akademie der Wissenschaften in Wien lassen sich zwischen 1938 und 1945 hinsichtlich der NS-Machthaber unterschiedliche Haltungen und Handlungen erkennen. Ein Großteil der Forschungsaktivitäten fand im Zeichen von opportunistischer Anpassung, Selbstmobilisierung und Selbstinvolvierung statt, denen hier verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Davon zeugen u. a. die Kernforschung,

die Rassenforschung, die Volkstumsforschung sowie die Südostforschung, deren Ausrichtung sich von der Grundlagen- auf die Anwendungsorientierung verschob. Die sich an der Akademie selbst mobilisierenden, häufig noch jüngeren Wissenschaftler ergriffen damit die Chance, durch politisch-beglaubigende Forschungsaktivitäten neue finanzielle Ressourcen zu lukrieren, wohl in der Hoffnung, dadurch auf der Karriereleiter aufzusteigen.¹⁵⁵

Die mit Erlass des deutschen Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 22. Juli 1938 genehmigte sogenannte „Vorläufige Satzung“ hielt hinsichtlich der Budgetierung Folgendes fest:

Die Akademie erhält vom Lande für das Haushaltsjahr einen Betrag, der so bemessen ist, dass er zur Bestreitung der Kosten für Gehälter und Ruhegehälter der Angestellten, soweit sie nicht unmittelbar aus Landesmitteln bestritten werden, sowie zur Durchführung der von der Akademie übernommenen wissenschaftlichen Aufgaben und zur Deckung der übrigen Auslagen ausreicht, ferner einen jährlichen Betrag für Druckkosten. Die Kosten für die Erhaltung des Gebäudes trägt das Land.¹⁵⁶

Wenn manchmal behauptet wurde, dass die Akademie durch das nationalsozialistische Regime mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet wurde, so stimmt das nur für die ersten beiden Jahre: Die staatlichen Zuwendungen an die Akademie, die als solche ausgewiesen sind, stiegen gegenüber 36.335 RM im Jahre 1938 zwar bis 1939 auf 151.146,40 RM¹⁵⁷ und 1940 sogar auf 184.036,43 RM an, fielen dann aber – betrachtet man allein die staatlichen Aufwendungen für die Ausgaben der Akademie¹⁵⁸ – sukzessive ab und erreichten 1944 nur mehr 24.866,64 RM.¹⁵⁹ Ab 1941 wurden keine Dotierungen seitens des Staates mehr vorgenommen. Stattdessen wurde, gemessen an den auftretenden Kosten, ein „staatlicher Aufwand“ festgesetzt. Leider ist nicht ersichtlich, wie viel Geld vom Staat tatsächlich an die Akademie floss. Die beiden Klassen behielten zwar ihre eigenen Budgets, alle Geldtransfers und damit auch die Rechnungsabschlüsse wurden ab diesem Zeitpunkt jedoch über die Gesamtakademie abgewickelt. Die Akademie war dabei genötigt, Rücklagen aus den vergangenen Jah-

¹⁵⁵ FEICHTINGER 2013, 136.

¹⁵⁶ Satzung der Akademie der Wissenschaften in Wien. Genehmigt mit Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 22. Juli 1938, § 12.

¹⁵⁷ 1939 wurde das bis dahin übliche Verwaltungsjahr (Jänner bis Dezember) auf eine im Deutschen Reich übliche Rechnungsperiode (April bis März) umgestellt und ein Interkalar eingeschaltet. Die hier angegebenen Zahlen ergeben sich aus dem Durchschnitt zwischen Interkalar (1. Jänner 1939 bis 31. März 1939) und Rechnungsjahr 1939 (1. April 1939 bis 31. März 1940).

¹⁵⁸ Da ab 1941 keine staatlichen Dotierungen mehr üblich waren, wurden hier die in den Rechnungsberichten als „staatlicher Aufwand“ gekennzeichneten Rechnungsposten, abzüglich der sonstigen Einnahmen der Akademie sowie der aus dem Stiftungsvermögen stammenden Gelder, als Grundlage herangezogen.

¹⁵⁹ Rechnungsabschlüsse 1938–1945.

Ausgaben der Akademie 1938–1945
nominell in Reichsmark (inkl. Gesamtakademie und Klassen)

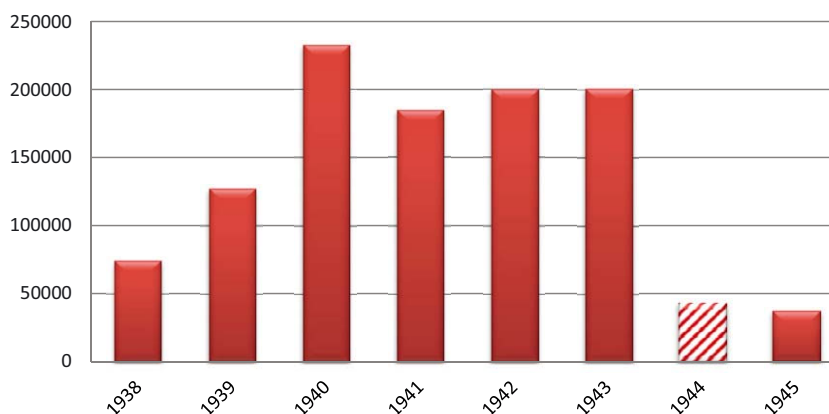


Abb. 22 (AÖAW, Buchhaltung, Rechnungsabschlüsse der Jahre 1938–1945). In den Zahlen für 1944 (Rechnungsjahr 1. April 1944 bis 31. März 1945) fehlen etliche Kostenstellen (z. B. Personalausgaben), weil die entsprechenden Belege nach einem Luftangriff am 12. März 1945 verbrannt sind. Daher sind die Ausgaben für 1944 schraffiert dargestellt. Von einer separierten Darstellung der Gebarung der beiden Klassen wurde Abstand genommen, weil deren Geldflüsse nur schwer darstellbar und zudem die Jahre 1938–1940 und 1941–1945 nicht vergleichbar sind

ren aufzulösen und zur Abdeckung der Kosten auch Stiftungsgelder und etwaige Druckeinnahmen zu verwenden. Die Geldflüsse waren also recht unterschiedlich, die Einnahmen entfielen nicht gleichmäßig auf jedes Jahr, sondern deckten teilweise Folgejahre mit ab, und bei den Gehältern gab es auch staatliche Sonderfinanzierungen. Es wurde hier deshalb darauf verzichtet, die Einnahmen auf die einzelnen Jahre umzulegen. Die Ausgaben hingegen sind für sich aussagekräftig (vgl. Abb. 22).

Wichtig war, wie dies aus einer Zusammenstellung der Vermögenswerte in der Eröffnungsbilanz 1939/I hervorgeht (vgl. Tab. 5), einmal mehr das der Akademie zur Verfügung stehende Fondsvermögen.

Tab. 5: Zusammenstellung der in der Verwaltung der Akademie stehenden Fonds mit ihren Vermögenswerten

	1937 RM	1938 RM
math.-nat. Klasse	9.646,06	1.420,52
phil.-hist. Klasse	5.177,01	4.891,79
Biologische Versuchsanstalt (Betriebskapital)	693,85	742,91
Biologische Versuchsanstalt (Reservekapital)	5.550,51	4.870,82
Böhmer-Fonds	1.630,44	6.341,85

	1937 RM	1938 RM
Bonitz-Stiftung	5.349,47	5.630,65
Czermak-Erbschaft	42.253,99	36.520,40
Figdor-Widmung	142.291,24	134.859,97
Franz-Pascha-Widmung	63,86	1.378,07
Goldschmiedt-Legat	968,19	1.134,85
Grillparzer-Preisstiftung	33,75	32,72
Haitinger-Preisstiftung	13.077,24	7.245,20
Hansgirk-Stiftung	2.412,52	2.368,52
Holzhausen-Legat	91.679,86	41.070,69
Kupelwieser-Fond	63.927,10	61.806,12
Kuschenitz-Verlassenschaft	1.153,26	3.382,01
Mojsisovics-Erbschaft	18.537,57	16.637,05
Pöch-Erbschaft	8.608,58	7.068,15
Pregl-Widmung	15.665,16	12.313,38
Sammelfonds	1.095,33	1.235,04
Theodor-Schmid-Widmung	13.947,57	13.593,57
Scholz-Legat	7.982,52	8.242,58
Sederl-Stiftung	5.157,56	5.086,05
Seegen-Erbschaft	159.940,73	131.878,09
Suess-Erbschaft	13.222,23	11.943,06
Treitl-Erbschaft	70.199,58	68.741,49
Wedl-Legat	9.745,80	8.983,97
Wegscheider-Widmung	12.777,39	10.076,89
Winter-Legat	111,47	120,77
Zach-Widmung	128.960,84	101.264,62
Zusammen	851.860,50	710.901,78

Quelle: AÖAW, Buchhaltung, Rechnungsabschluss 1939/I, 43

Auch kamen nur wenige neue Widmungen zustande; sie alle fielen ins Jahr 1941: Der Gesamtakademie wurden eine Matthäus-und-Rudolf-Much-Preisstiftung für Arbeiten über die Ur- und Frühgeschichte der Ostalpenländer sowie durch die Erste Österreichische Sparkasse, anlässlich ihres 125. Jubiläums, ein Betrag von 50.000 RM gewidmet. Die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse erhielt ebenfalls 1941 durch die Witwe nach dem Philosophen Anton Oelzelt-Newin zwei Zinshäuser in Wien-Leopoldstadt, Czerningasse 17 und 23, im Schätzwert von 223.000 öS (1937) zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten geschenkt. Und durch Clara Tlučhoř-Sonnleitner wurden der Akademie „zur Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen auf dem Gebiet der Biomedizinischen Grundlagenforschung unter besonderer Berücksichtigung der Karzinogenese“ die Urheberrechte an sämtlichen Werken ihres am 2. Juni 1939 verstorbenen Gatten Alois Sonnleitner übertragen, der unter anderem das populäre drei-

bändige Werk „Die Höhlenkinder“ verfasst hatte.¹⁶⁰ Überdies stellte der Reichsstatthalter Baldur von Schirach eine beträchtliche Summe für ein wissenschaftliches Unternehmen zur Verfügung, die von der Akademie für eine Edition bisher unveröffentlichter Wiener Kanzelreden des Augustiner-Barfüßer-Mönchs Abraham a Sancta Clara verwendet wurde.¹⁶¹ Die 1933 eingerichtete Figdor-Stiftung wurde während der NS-Zeit in Gutenbrunner-Stiftung umbenannt – eine Maßnahme, die nach 1945 wieder aufgehoben wurde.¹⁶²

Angesichts der sinkenden staatlichen Zahlungen während des Krieges lebte die Akademie in der Zeit des Nationalsozialismus somit zu einem großen Teil auf Kosten ihrer finanziellen Substanz und musste vor allem Stiftungserträge für den laufenden Betrieb heranziehen. Hinzu kamen noch, neben den menschlichen, auch die materiellen Verluste im Zuge der Kriegseignisse, deren wahres Ausmaß sich erst mit Kriegsende im April 1945 offenbaren sollte: Das Hauptgebäude der Akademie war bei einigen schweren Bombenangriffen, vor allem am 5. November 1944, durch Treffer in seiner Umgebung schwer beschädigt worden. Insbesondere hatte das Dach über dem großen Festsaal mit dem darunter befindlichen Deckengemälde von Gregorio Guglielmi durch Luftdruckeinwirkungen ziemlich schwere Schäden erlitten, sodass dieses wertvolle Freskogemälde wie auch das Deckengemälde von Franz Anton Maulpertsch im Johannessaal ernstlich gefährdet waren. Von den aus Stiftungen stammenden Liegenschaften wurde das Haus in Wien 4, Prinz Eugenstraße 46 (Kuschenitz-Stiftung) gänzlich und dasjenige in Wien 2, Heinestraße 38 (Figdor-Stiftung) erheblich zerstört, während die übrigen Häuser in Wien 2, Czerningasse 17 und 23 (Oelzelt-Newin'sche Stiftung) und einige kleinere Hausanteile aus der Emil-Suess-Stiftung keine Schäden erlitten hatten. Von den Forschungseinrichtungen erlitt das Phonogramm-Archiv in Wien 1, Liebiggasse 5 erhebliche Schäden.¹⁶³ Die Biologische Versuchsanstalt im Prater in Wien 2, Hauptallee 1 brannte noch in den letzten Kriegstagen vollkom-

¹⁶⁰ Vgl. Almanach 1943, 151–155. Der Preis wurde allerdings erst 1959 erstmals vergeben.

¹⁶¹ Vgl. MEISTER 1947, 182.

¹⁶² Vgl. Almanach 1940, 137; MEISTER 1947, 193. Neben einem Haus in der Heinestraße, die nunmehr Schönererstraße hieß, enthielt diese Stiftung 117.000 RM Deutsche Reichsanleihe 1938/II, 1.000 Schweizer Franken Wiener Anleihe von 1931 und 7.000 öS Wiener Anleihe von 1934 sowie in einem gerichtlichen Depot mit dem lebenslänglichen Fruchtgenuss der Helene Uxa-Pulsky belastet zwei Sparbücher der Ersten Österreichischen Sparcassa in Höhe von 7.177,10 RM, 30.100 RM Deutsche Reichsanleihe 1938/II, weiter 4.500 öS Schuldverschreibungen der Stadt Wien sowie 5.000 US-Dollar Wiener Stadtanleihe. Vgl. Almanach 1941, 137; MEISTER 1947, 193.

¹⁶³ Vgl. MEISTER 1947, 190 u. 194.

men aus, sodass in der Folge von einem Wiederaufbau abgesehen und das Grundstück veräußert wurde.¹⁶⁴

All das führte dazu, dass sich die Akademie bei Kriegsende auch in finanzieller Hinsicht in einer äußerst prekären Situation befand. Die Erstellung eines regulären Budgets und der mit Ende März fällige Rechnungsabschluss für das vergangene Jahr 1944 konnten nicht vorgenommen werden. Ab Juni 1945 übernahm der österreichische Staat wie schon nach dem Ersten Weltkrieg zumindest die Entlohnung der Angestellten, wodurch eine große Sorge für die Akademieleitung wegfiel. Aber für die Verwaltungsauslagen und die Erfordernisse des wissenschaftlichen Betriebs standen bis November 1945 überhaupt keine staatlichen Mittel zur Verfügung, sodass die im abgelaufenen Rechnungsjahr unbeglichenen Rechnungen bis dahin zu Lasten der Akademie fielen. Nur weil einige Zinserträge aus Stiftungen lukriert werden konnten, war es möglich, den dringlichsten Forderungen nachzukommen. Erst im November und Dezember 1945 wurden insgesamt 14.300 öS an staatlicher Dotation gewährt.¹⁶⁵ Damit waren die Jahre zwischen dem Untergang und der Wiedererstehung der österreichischen Republik – auch von der finanziellen Seite her betrachtet – sicher die schwierigsten in der damals fast hundertjährigen Geschichte der Akademie.

Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die finanzielle Dotierung der Akademie in den ersten hundert Jahren ihres Bestehens durch zahlreiche wirtschaftsexogene Ereignisse immer wieder beeinträchtigt wurde. Dies waren vor allem die beiden Weltkriege, der Zerfall des einheitlichen zentraleuropäischen Wirtschaftsraums der Habsburgermonarchie – einer Großmacht mit einer Bevölkerung von mehr als 52 Millionen Menschen –, die Reduktion auf einen als „Rest“ empfundenen Kleinstaat, die Hyperinflation während der frühen 1920er Jahre, die Weltwirtschaftskrise, dann der „Anschluss“ 1938 und die Wiedererrichtung der Republik im Jahre 1945. Zu berücksichtigen ist selbstverständlich auch der allgemeine Konjunkturverlauf, der sich auf den finanziellen Handlungsspielraum auswirkte: Zunächst war die Entwicklung durch einen Abschwung in den späten 1850er Jahren gekennzeichnet, dann in den 1860er Jahren durch einen konjunkturellen Aufschwung, der in der „Gründerzeit“ von 1867 bis 1873 mündete. Dem Börsenkrach vom 9. Mai 1873 folgte eine langwierige Depression, die bis etwa 1896 andauerte, gefolgt von einer neuerlichen Aufschwungphase, die bis 1913 anhielt. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg brachte

¹⁶⁴ Vgl. TASCHWER 2013, bes. 113–116.

¹⁶⁵ Vgl. MEISTER 1947, 190.

einen völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch, gefolgt von einer kurzen Erholungsphase bis 1929, die als die „goldenen Zwanzigerjahre“ in die Wirtschaftsgeschichte einging, bis dann die „Große Depression“ der 1930er Jahre den ohnedies nur leichten Konjunkturaufstieg beendete. Die Weltwirtschaftskrise brachte eine nachhaltige Erschütterung der Wirtschaft, mit Bankensterben, Produktionsausfällen und Massenarbeitslosigkeit, die erst im Zuge der internationalen Aufrüstungspolitik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs ein Ende fand.

Es ist festzuhalten, dass die Wiener Akademie der Wissenschaften zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs in hohem Ausmaß von der staatlichen Subvention abhängig war. Für größere Forschungsvorhaben war die Akademie daher daneben auf zusätzliche finanzielle Förderungen angewiesen. Diese erfolgten etwa durch die Gewährung weiterer staatlicher Mittel für besondere Aufgaben (z. B. Unterstützung bei der Generierung und Auswertung von Forschungsergebnissen diverser Expeditionen, Langzeitprojekte, Ausgrabungen usw.), aber auch durch Stiftungserträge oder private Sponsoren. Sobald man sich – spät genug – 1847 zur Gründung einer gelehrten Gesellschaft in der Haupt- und Residenzstadt des damaligen Kaisertums Österreich entschlossen hatte, versuchte der Staat, allen bereits im Vorfeld der Akademiegründung erhobenen finanziellen Vorstellungen im Wesentlichen nachzukommen. Die Höhe der offiziellen staatlichen Dotierung wurde mit Ausnahme der finanziellen Zuwendungen für die Publikationskosten während des Bestehens der Monarchie nur marginal verändert. Die jeweils zuständigen Ministerien, zuerst das Ministerium für Inneres, dann das für Kultus und Unterricht, hatten auf die Höhe der finanziellen Dotierung keinen unmittelbaren Einfluss, vielmehr stand die Akademie über die Funktion des Kurators in einer direkten Beziehung zum Kaiser. Alle Verwaltungs- und Haushaltsangelegenheiten fielen in die Zuständigkeit zunächst (bis 1870) des Innen- und später des Unterrichtsministeriums, auf das nach dem Ende der Monarchie auch alle Rechte und Pflichten des Kurators übergingen. Die Kontrolle über die sachgerechte Mittelverwendung oblag dem k. k. Obersten Rechnungshof, dessen Präsident im Ministerrang stand. Kleinere Korrekturen nach oben erfolgten lediglich im Zuge von Regierungsjubiläen des Kaisers; so wurde etwa die staatliche Dotation 1897 auf 100.000 K und 1909 auf 130.000 K erhöht und blieb dann wiederum bis 1918 auf diesem Niveau. Gleichzeitig war diese Periode von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs aber durch eine hohe Preisstabilität und Kaufkraftbeständigkeit gekennzeichnet. Einen finanziellen Spielraum erlangte man einerseits durch eigene Einnahmen etwa aus der Publikationstätigkeit, andererseits durch Stiftungen, durch Zins- und Kapitalerträge oder im Zuge von Sonderfinanzierungen von öffentlicher oder privater Seite. Die staat-

liche Dotation musste gegen Ende des Ersten Weltkriegs von 130.000 K auf 180.000 K angehoben werden, weil ein Inflationsausgleich notwendig erschien.

Bei einer Betrachtung der Ausgabenstruktur der Gesamtakademie (vgl. Tab. 6, ohne Einrechnung der Dotierung der beiden Klassen) fällt auf, wie hoch in der Anfangszeit die Funktionsgebühren waren. Dies darf als typisch für eine Gelehrtenesellschaft mit Honoratiorencharakter gelten, die ihre Forschungstätigkeit vor allem in den nicht Personal führenden Kommissionen ihrer beiden Klassen organisierte.¹⁶⁶ Der Anteil der Funktionsgebühren ging jedoch in der Folge kontinuierlich zurück. Die Aufwendungen für Gehälter und Pensionen in der zentralen Verwaltung stiegen hingegen von rund 30 % (1867) auf 47 % (1911) an. Weil ab 1916 nur mehr die Personalkosten der Gelehrtenesellschaft sowie der zentralen Administration unter dem Titel Gesamtakademie ausgewiesen werden und die beiden Klassen unabhängig davon dotiert wurden, sinkt in der Folge auch der Anteil der Position „Personal“ für die Gesamtakademie. Die Kosten für den laufenden Betrieb und die Infrastrukturkosten machten anfänglich unter 10 % aus, erhöhten sich dann jedoch auf rund ein Drittel der Ausgaben der Gesamtakademie. Die sonstigen Kosten waren lange Zeit sehr gering: Sie blieben zunächst bis in die 1930er Jahre ebenfalls unter 10 %; während der NS-Ära wurden aber viele Mittel in diese Kostenstelle verschoben.

Tab. 6: Ausgabenstruktur der Gesamtakademie

Kostenstelle	1853	1867	1880	1911	1930	1939*
Funktionsgebühren	62 %	59 %	50 %	27 %	24 %	18 %
Personal	23 %	30 %	35 %	47 %	22 %	23 %
Betriebskosten	9 %	6 %	9 %	11 %	26 %	22 %
wiss. Infrastruktur	1 %	2 %	1 %	4 %	9 %	13 %
Postporto, Fracht	4 %	2 %	4 %	7 %	10 %	3 %
Sonstige Kosten	1 %	1 %	1 %	4 %	9 %	21 %

Quelle: AÖAW, Buchhaltung, Rechnungsabschlüsse; * 1939 wurde von Verwaltungs- auf Militärjahr umgestellt, weshalb wir hier 15 Monate vorliegen haben. Die Zahlen wurden adaptiert (nämlich von 15 auf 12 Monate heruntergerechnet)

Die Gründung von neuen Kommissionen erforderte jeweils eine gewisse Mittelausstattung; die Zahl der jeweils neu eingerichteten Kommissionen

¹⁶⁶ Im Zeitraum 1847–1944 wurden 131 Kommissionen ins Leben gerufen, davon 51 in der philosophisch-historischen Klasse, 55 in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und 25 als gemeinsame Kommissionen. Von der Gesamtzahl der Kommissionen entfielen 38 auf Verwaltungs- bzw. Stiftungskommissionen. Vgl. die Übersicht bei MEISTER 1947, 283–325.

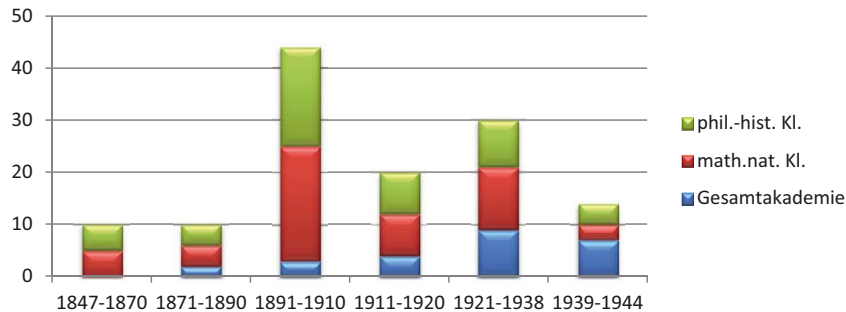


Abb. 23: Anzahl der neu gegründeten Kommissionen in einzelnen Perioden (vgl. MEISTER 1947, 283–325)

ist somit auch ein Indiz für die finanziellen Möglichkeiten, die sich der Akademie in bestimmten Zeiträumen eröffneten (vgl. Abb. 23 u. Tab. 7).

Tab. 7: Gründungsjahre der einzelnen Kommissionen 1847–1944

Herausgabe österreichischer Geschichtsquellen	1847
Leitung des meteorologischen Beobachtungssystems	1849
Fauna des österreichischen Kaiserstaates	1849
Braun- und Steinkohlevorkommen	1849
Österreichische Geschichtsquellen der Acta Conciliorum Saeculi XV.	1850
Durchführung der Novara-Expedition	1856
Aufstellung und Katalogisierung der Sammlungen der Novara-Expedition	1858
Herausgabe österreichischer Weistümer	1864
Savigny-Kommission	1864
Herausgabe Corpus der lateinischen Kirchenväter	1864
Erforschung der phys. Verhältnisse des Adriatischen Meeres	1867
Rechnungskontrollkommission	1871
Grillparzer-Stiftung	1871
Gesamtausgabe des griechischen Grabreliefs	1873
Wassermenge in Flüssen u. Quellen	1874
geothermische Untersuchungen im Bohrloch bei Böhmisch-Brod	1875
Historische Kommission	1878
Prähistorische Forschungen in Österreich*	1878
Boué-Stiftung	1887
Erforschung des östlichen Mittelmeeres	1889
Archäologische Erforschungen Kleinasiens	1890
Quellenschriften der indischen Lexikographie	1891
Verbandskommission wissenschaftl. Körperschaften	1892
Legat Wedl	1892
Zepharovich-Stiftung	1893
Thesaurus Linguae Latinae	1893
petrographische Erforschung der Zentralkette der Ostalpen	1894

Schweremessungen	1894
Herausgabe der mathematischen Enzyklopädie	1895
Erdbebenkommission	1895
Treitol'sche Widmung	1895
Herausgabe der Nuntiaturreports aus Deutschland	1896
ozeanographische Forschungen	1897
histor.-archäol.-ethnogr. Forsch. auf der Balkanhalbinsel	1897
Bibliothekskataloge des Mittelalters	1897
Erforschung des römischen Limes in OÖ u. NÖ	1897
Erforschung amerikanischer, asiatischer u. afrikanischer Sprachen	1897
orientalische (arabische) Übersetzungen griech. Literatur	1897
Buitenzorg-Reisestipendium	1897
Studium der Rostpilze	1898
Südarabische Kommission	1898
internationales Katalogunternehmen	1898
Erbschaft Treitol	1899
Gründung eines phonographischen Archivs	1899
Herausgabe eines histor. Atlas der Alpenländer Österreichs	1899
Untersuchungen beim Bau des Tauernbahntunnels	1901
Untersuchung der radioaktiven Substanzen	1901
mineralsynthetische Versuche bei hohen Temperaturen	1901
Luftelektrizität	1901
chemische Kristallographie	1902
Nordarabische Kommission	1902
Kommission f. Gehirnanatomie	1902
Vereinigte Weistümer- und Urbar-Kommission	1902
Nuntiaturreports aus Deutschland u. Trienter Konzilskorrespondenz	1902
Thesaurus Linguae Latinae	1903
Sonnenforschung	1904
Verwaltung des Haitinger-Preises	1904
wissenschaftliche Untersuchungen beim Bau des Alpentunnels	1905
archäologische Erforschung Kleinasien	1905
Druckschriften-Kommission	1906
Budget-Kommission	1907
Verwaltung des Legates Scholz	1907
Errichtung einer Sonnenwarte	1907
Ägyptische Kommission	1907
Mahābhārata u. Quellenschriften der altindischen Lexikographie	1908
Erforschung von illiteraten Sprachen außereuropäischer Völker	1910
Kommission f. Bonitz-Stiftung	1911
Kommission zur Herausgabe eines Österreichisch-Bayerischen Wörterbuchs	1911
Horace-von-Landau'sche Stiftung	1911
Herausgabe eines Mittellateinischen Wörterbuchs	1911
Revision des Druckschriftenmagazins der Akademie	1911
Nowak-Stiftung	1912
Subventions-Kommission	1913

Kuratorium BVA	1913
Thesaurus der griechischen Sprache	1914
historische u. linguistische Forschungen im Orient	1916
Phonogrammarchivs-Kommission	1917
Erbschaft Strohmeyer	1917
Legat Pollak	1917
Legat Goldschmiedt	1918
naturwiss. Durchforschung der Höhlen im Tennengebirge	1918
Gezeitenfonds	1918
Schönbach-Widmung	1919
Vereinigte Nord- und Südarabische Kommission	1920
Steinmetz-Sederl-Stiftung	1920
Seegen-Stiftung	1920
Revision der Geschäftsordnung	1921
Herausgabe der in den Kriegsgefangenenlagern aufgen. Gesänge und Texte	1921
Plöch-Erbschaft	1922
Mojsisovics-Erbschaft	1922
Herausgabe der arabischen Aristoteles-Übersetzungen	1923
orientalische, zumeist arabische Übersetzungen griech. Literaturwerke	1923
Widmung Erwin von Zach	1923
Thesaurus der griechischen Sprache	1926
Monatshefte für Chemie	1926
Finanzkommission	1927
Technische Kommission	1927
Schriftentausch-Kommission	1927
Zach-Widmung	1928
luftelektrische Untersuchungen	1928
Sternwarte-Kommission	1929
akademische Bibliothek	1929
Wegscheider-Preis	1929
Polarforschungen	1930
Verwaltung des Pregl-Preises	1930
hochalpine Forschungen	1930
Leitung der Regesta Imperii	1930
Österreichisch-Bayerisches Wörterbuch u. Erforsch. unserer Mundarten	1931
für Präsidentenbildnisse	1931
Figdor-Preisstiftung	1933
öffentliche Vorträge	1934
Schutz der Bezeichnung akademischer Einrichtungen und Titel	1936
Geschichte der Erziehung und des Unterrichts	1936
Neubearbeitung des Mittellateinischen Wörterbuches	1936
Herausgabe der deutschen Inschriften des Mittelalters	1937
Kuratorium Institut für Radiumforschung	1938
Erforschung primitiver Kulturen und Sprachen	1938
Prähistorische Kommission	1939
Neubearbeitung der Regesta Imperii	1939

Emil-Suess-Erbchaft	1939
Gutenbrunner-Stiftung 1940–1945 statt Figdor-Stiftung	1940
Wagner-Jauregg-Widmung	1940
Kuratorium Sonnleitner-Stiftung	1941
Herausgabe spätlateinischer Text	1941
Matthäus-und-Rudolf-Much-Preisstiftung	1941
Balkankommission	1940/41
Schriften z. Rassenkunde u. menschlichen Erblehre	1942
Sternwarte-Kommission	1942
Südost-Kommission	1943
Wörterbuch des Altsüdarabischen	1943
Musikforschung	1944

Quelle: MEISTER 1947, 283–325; *Als Kommission zur Förderung von prähistorischen Forschungen und Ausgrabungen auf österreichischem Gebiet von der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse eingesetzt am 4. April 1878, zur gemeinsamen Kommission erweitert am 15. Dezember 1886 (philosophisch-historische Klasse) und am 5. Mai 1887 (mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse), umbenannt 1939

Hinzu kamen noch die ersten Institute der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse: das Institut für Radiumforschung (1908/10) und die Biologische Versuchsanstalt (1914). Der überwiegende Teil der eigentlichen Forschungsdotierung erfolgte zunächst aus jenen Mitteln, die den beiden Klassen nach Abzug der Eigenregien durch die Gesamtakademie zugewiesen wurden, später aus extra dotierten Mitteln. Während für die Gesamtakademie etwa knapp 20% der Mittel aufgewendet wurden, entfielen auf die beiden Klassen zusammen rund 80%. Die Gliederung der Akademie in zwei Klassen stellt eine Besonderheit dar, die sie von anderen und älteren wissenschaftlichen Akademien wie etwa der britischen Royal Society, der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina und der französischen Académie des Sciences unterscheidet. Sie findet zum einen auf der Einnahmenseite einen Niederschlag in der finanziellen Gebarung: Zunächst wurden bis 1916 die staatlichen Mittel auf die Akademie insgesamt und dann – nach Abzug von deren eigenen Aufwendungen – auf beide Klassen aliquot aufgeteilt. Ab diesem Jahr kam es zu einer gesonderten Dotierung der beiden Klassen und damit bereits während des Ersten Weltkriegs zu einer starken Verschiebung zugunsten der Forschungseinrichtungen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Diese war allerdings schon wegen ihrer höheren Stiftungsmittel von Beginn an besser ausgestattet und verfügte auch mit der Biologischen Versuchsanstalt und dem Radiuminstitut über die ersten größeren Institute. Ihr wurden etwa 1918 57% und 1930 rund 67% der Mittel zugeteilt. Heute liegt das Verhältnis der Mittelzuteilung zwischen den Instituten der philosophisch-historischen und denen der

mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse (einschließlich der GmbHs) etwa bei einem Verhältnis von 1 : 4.¹⁶⁷

Zum anderen findet die Unterteilung der Akademie auch auf der Ausgabenseite Niederschlag, denn obwohl sich am Beginn die Ausgaben der beiden Klassen nicht auffällig unterschieden, hat sich in der Folge auch dieses Verhältnis zugunsten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse verschoben (vgl. Tab. 8).

Tab. 8: Ausgabenanteile der beiden Klassen

	1853	1867	1911	1930	1937
phil.-hist. Klasse	48 %	40 %	59 %	37 %	40 %
math.-nat. Klasse	52 %	60 %	41 %	63 %	60 %

Den Untergang der Monarchie und die Zerstörung des Vielvölkerstaates, vor allem aber die Zeit der darauffolgenden Hyperinflation erlebte auch die Akademie als finanzielle Katastrophe. Nur mithilfe von privaten Zuwendungen, vor allem seitens des Wiener jüdischen Großbürgertums, konnte damals etwa die Publikationstätigkeit aufrecht erhalten werden, während für die Besoldung des wissenschaftlichen Personals außerordentliche staatliche Zuwendungen erforderlich waren. Es ist dennoch beachtlich, dass die Akademie auch in dieser finanziell schwierigen Zeit durchaus wissenschaftliche Erfolge verzeichnen konnte, was sich auch in der Zahl von neu gegründeten Kommissionen ausdrückte. Ein besonderes Problem entstand dadurch, dass die nicht unbeträchtlichen Stiftungsmittel der Akademie durch die Hyperinflation entwertet worden waren, sodass man diese teilweise in einem Sammelfonds zusammenfasste. Sowohl die Erste Republik als auch der autoritäre Ständestaat bemühten sich zwar um eine adäquate finanzielle Ausstattung der Akademie, bedingt durch die negativen exogenen Einflussfaktoren war aber eine nachhaltige Dotation nicht möglich. Nach dem „Anschluss“ kam es zwar in den ersten beiden Jahren zu einer signifikanten Erhöhung der staatlichen Zuwendungen. Dies blieb freilich eine Episode, denn mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gingen diese drastisch zurück, sodass die Akademie in den folgenden vier Jahren nur mehr auf Kosten ihrer Substanz durch Auflösung von Rücklagen, Stiftungsgelder und bescheidene Einnahmen aus Publikationen überlebte.

¹⁶⁷ Vgl. ÖAW, Buchhaltung, Mittelverwendung, Globalbudget 2015. Auch beim Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) liegt das Verhältnis etwa bei 1 : 4.

Bibliographie

- ABEL, Wilhelm (1986): Massenarbeit und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland. 3. Aufl. Göttingen.
- Almanach = Kaiserliche Akademie der Wissenschaften / später: Akademie der Wissenschaften in Wien / später: Österreichische Akademie der Wissenschaften: Almanach. Wien 1850ff.
- BACHINGER, Karl / MATIS, Herbert (1974): Der österreichische Schilling. Geschichte einer Währung. Graz / Wien / Köln.
- BACHINGER, Karl / MATIS, Herbert (1986): Die österreichische Nachkriegsinflation 1918–1922. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde 16, H. 3, 83–91.
- BASCH-RITTER, Renate (2008): Die Weltumseglung der Novara 1857–1859. Graz.
- BAUER, Otto (1923): Die österreichische Revolution. Wien.
- BERGMANN, Jürgen (1984): Sozillage, Selbstverständnis und Aktionsformen der Arbeiter in der Revolution von 1848. In: Heinrich VOLKMANN / Jürgen BERGMANN (Hg.): Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und Kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung. Opladen, 283–303.
- CANETTI, Elias (1980): Masse und Macht. Frankfurt am Main.
- CZEIKE, Felix (1992–1997): Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden. Wien.
- CZOERNIG, Carl von (1858): Oesterreichs Neugestaltung. Stuttgart / Augsburg.
- EGGER, Anton / EGGER, Walter / SCHAUER, Reinbert (2016): Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. 27. Aufl. Wien.
- Etat 1870 = Etat des Ministeriums für Cultus und Unterricht für das Jahr 1870. Capitel VIII des Finanzgesetzes vom 12. April 1870. In: Jahresbericht des k.k. Ministeriums für Cultus und Unterricht für 1870. Wien 1871, 10–16.
- FEICHTINGER, Johannes (2013): Wissenschaft „im Dienste des deutschen Volkes“. In: FEICHTINGER u. a. 2013, 126–136.
- FEICHTINGER, Johannes / MATIS, Herbert / SIENELL, Stefan / UHL, Heidemarie (Hg.) (2013): Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945. Wien.
- FEIL, Joseph (1861): Versuche zur Gründung einer Akademie der Wissenschaften unter Maria Theresia. In: Jahrbuch für vaterländische Geschichte 1, 322–407.
- FENGLER, Silke (2014): Kerne, Kooperation und Konkurrenz. Kernforschung in Österreich im internationalen Kontext (1900–1950). Wien / Köln / Weimar (Wissenschaft, Macht und Kultur in der modernen Geschichte; 3).
- FICKER, Heinrich (1948): Österreichische Akademie der Wissenschaften. In: 100 Jahre Unterrichtsministerium 1848–1948. Festschrift des Bundesministeriums für Unterricht in Wien. Wien, 37–42.
- FRITZ, Wolfgang (2003): Für Kaiser und Republik. Österreichs Finanzminister seit 1848. Wien.
- HÖFLECHNER, Walter (1990): Zur nichtstaatlichen Wissenschaftsförderung in Österreich in der Zeit von 1848 bis 1938 am Beispiel der Akademie der Wissenschaften in Wien. In: Rüdiger vom BRUCH / Rainer A. MÜLLER: Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Stuttgart (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Beiheft 88), 211–224.
- HUBER, Alfons (1897): Geschichte der Gründung und der Wirksamkeit der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften während der ersten fünfzig Jahre ihres Bestandes. Wien.
- KADLETZ-SCHÖFFEL, Hedwig (1986): „Der Tarpäische Fels ist die wahre Wohnstätte der Geister.“ (Der Briefwechsel zwischen Erzherzog Johann und Metternich als Quelle für die Gründungsgeschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien.) In: Günther

- HAMANN (Hg.): Aufsätze zur Geschichte der Naturwissenschaften und Geographie. Wien (Sitzungsberichte der philosophisch-historischen Klasse; 475. Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte der Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin; 44), 119–135.
- Kaufkraftäquivalente 2018 = Deutsche Bundesbank: Kaufkraftäquivalente historischer Beträge in deutschen Währungen. Stand: Januar 2018. [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Unternehmen_Und_Private_Haushalte/Preise/kaufkraftaequivalente_historischer_betraege_in_deutschen_waehrungen.pdf?__blob=publicationFile]
- KERNBAUER, Hans (1991): Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit. Geschichte der Oesterreichischen Nationalbank von 1923 bis 1938. Wien.
- LAYTON / RIST 1925 = Die Wirtschaftslage Österreichs. Bericht der vom Völkerbund bestellten Wirtschaftsexperten W. T. LAYTON und Charles RIST. Wien 1925.
- MADL, Antál (1983): Die Universität Budapest und ihre Beziehungen zum österreichischen und deutschen Geistesleben im 19. Jahrhundert. In: Richard Georg PLASCHKA / Karlheinz MACK (Hg.): Wegenetz europäischen Geistes. Bd. 1: Wissenschaftszentren und geistige Wechselbeziehungen zwischen Mittel- und Südosteuropa vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Wien (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts; 8), 65–79.
- MARX, Julius (1965): Die wirtschaftlichen Ursachen der Revolution von 1848 in Österreich. Graz / Köln.
- MATIS, Herbert (2005): Österreichs Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit: Desintegration, Neuorientierung und Stagnation. In: Oliver RATHKOLB / Theodor VENUS / Ulrike ZIMMERL (Hg.): Bank Austria Creditanstalt. 150 Jahre österreichische Bankengeschichte im Zentrum Europas. Wien, 124–147.
- MATIS, Herbert (2008): „Notleidende Millionäre bevölkerten damals Österreich“. Die Währungs- und Geldpolitik in der jungen Republik. In: Helmut KONRAD / Wolfgang MADERTHANER (Hg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik. Wien, Bd. 2, 33–48.
- MATIS, Herbert (2013): Der Ausschluss von Mitgliedern. In: FEICHTINGER u. a. 2013, 55–62.
- MATIS, Herbert (2014): Staat und Industrialisierung im Neoabsolutismus. In: Harm-Hinrich BRANDT (Hg.): Der österreichische Neoabsolutismus als Verfassungs- und Verwaltungsproblem. Wien / Köln / Weimar, 169–189.
- MEISTER, Richard (1947): Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947. Wien (Denkschriften der Gesamtakademie; 1).
- MÜHLPECK, Vera / SANDGRUBER, Roman / WOITEK, Karl (1980): Index der Verbraucherpreise 1800–1914. In: Geschichte und Ergebnisse der zentralen amtlichen Statistik in Österreich 1829–1979. Festschrift aus Anlaß des 150jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik in Österreich. Wien (Beiträge zur österreichischen Statistik; 550).
- PÄRR, Nora (2013): Maximilian Hell und sein wissenschaftliches Umfeld im Wien des 18. Jahrhunderts. Nordhausen.
- PINNER, Felix (1937): Die großen Weltkrisen im Lichte des Strukturwandels der Kapitalistischen Wirtschaft. Zürich / Leipzig.
- PROKOP, Ursula (2003): Margaret Stonborough-Wittgenstein. Bauherrin, Intellektuelle, Mäzenin. Wien / Köln / Weimar.
- REITER, Wolfgang L. (1999): Zerstört und vergessen. Die Biologische Versuchsanstalt und ihre Wissenschaftler/innen. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 10, H. 4, 585–614.
- ROSENBERG, Hans (1934): Die Weltwirtschaftskrisis von 1857–1859. Stuttgart (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Beiheft 30).

- SCHRÖTTER, Anton (1866): Andreas Freiherr von Baumgartner. Eine Lebensskizze. Wien.
- SCHWEIZER, Claudia (2003): Zur Vorgeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Caspar Maria Graf von Sternbergs Gutachten zum ersten Gründungsgesuch von Joseph Freiherr von Hammer-Purgstall und der Vorschlag zu einer österreichischen naturwissenschaftlichen Fachzeitschrift. In: Anzeiger der philosophisch-historischen Klasse 138, 203–218.
- SEXL, Lore (2012): Gottfried Wilhelm Leibniz und die geplante Kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien. In: Theoria cum praxi – aus der Welt des Gottfried Wilhelm Leibniz. Beiträge anlässlich der Ausstellung Gottfried Wilhelm Leibniz – Philosoph, Mathematiker, Physiker, Techniker, 10. Juli bis 4. Oktober 2002. Wien (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte der Naturwissenschaften, Mathematik und Medizin; 63), 69–239.
- SOMBART, Werner (1903): Die deutsche Volkswirtschaft im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Berlin.
- STEIN, Lorenz von (1855): Die neue Gestaltung der Geld- und Creditverhältnisse in Oesterreich. Wien.
- Stiftungen 1919 = Stiftungen, Vermächtnisse und Schenkungen der Akademie der Wissenschaften. Wien 1919.
- TASCHWER, Klaus (2013): Vertrieben, verbannt, verkauft, vergessen und verdrängt. Über die nachhaltige Vernichtung der Biologischen Versuchsanstalt und ihres wissenschaftlichen Personals. In: FEICHTINGER u. a. 2013, 105–116.
- Verzeichnis 1869 = Verzeichniss sämmtlicher von der kais. Akademie der Wissenschaften seit ihrer Gründung bis letzten October 1868 veröffentlichten Druckschriften. Wien 1869.
- WIRTH, Max (1883): Geschichte der Handelskrisen. 3. Aufl. Frankfurt am Main.
- WURZBACH, Constantin von (1856–1891): Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich. Enthaltend die Lebensskizzen der denkwürdigen Personen, welche 1750 bis 1850 im Kaiserstaate und in seinen Kronländern gelebt haben. Wien.